

Anträge zum 25. Ordentlichen Gewerkschaftstag

Inhaltsverzeichnis

L1. - Energie- und Mobilitätswende gestalten

L1.018	Schaffung eines wettbewerbsfähigen Industriestrompreises	11
L1.019	Transformation ohne Atomkraft	12
L1.023	Nachhaltige Rohstoffnutzung im Bereich Holzverarbeitung und -bearbeitung	13
L1.025	Sozial-ökologische Transformation mit Cradle to Cradle erfolgreich bewerkstelligen	14
L1.028	Fairwandel im Rheinischen Revier – Den Strukturwandel sozial, ökologisch und demokratisch gestalten.	16
L1.029	Unterstützung regionaler Initiativen in den Geschäftsstellen	20
L1.030	Transformationsnetzwerke in der Fahrzeug- und Zulieferindustrie	22
L1.032	Grüne Transformation der Stahlbranche vorantreiben – Arbeitsplätze sichern!	23
L1.033	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz zur Umsetzung guter Arbeitsbedingungen nutzen	24

L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen

L2.079	Wirksame Regulierung der Leiharbeit	25
L2.081	Zeitarbeit	27
L2.084	Wer prekär beschäftigt, muss für Nachwuchs sorgen	28
L2.085	Leih- Und Zeitarbeit begrenzen	29
L2.086	Leiharbeit verbieten	30
L2.087	Wandel in den Betrieben: Entgeltgleichheit vorantreiben und die Situation für Teilzeitbeschäftigte verbessern	31
L2.088	Gleich, gleicher Island	33
L2.089	MINT-Berufe: Mädchen und Frauen fördern	34
L2.090	Optimale Teilnahme von Alleinerziehenden am Arbeitsmarkt	36
L2.091	Erleichterte Zuwanderung und verbesserte Integration	39
L2.093	Einflussnahme auf die Bundesinitiative Barrierefreiheit der Bundesregierung	41
L2.094	Rechenschaftsbericht „Die IG Metall als Behindertenverband“	42
L2.095	Rechenschaftsbericht des Behindertenverbandes der IG Metall 1 x jährlich	43
L2.096	Altersdiskriminierung begegnen	44
L2.097	Wir sind eine Belegschaft – keine Differenzierung durch Bilanzierungsregelungen	45
L2.098	Arbeitsplätze und Beschäftigtenrechte müssen in der Insolvenz des Arbeitgebers gesetzlich besser abgesichert werden	46
L2.099	Die Modifizierung des Paragraphen 56 Insolvenzordnung, Bestellung des Insolvenzverwalters	47
L2.100	Insolvenzordnung Paragraph 270. Die Einschränkung der Eigenverwaltung	48
L2.101	Insolvenzordnung Paragraph 270. Die Abschaffung der Eigenverwaltung	49
L2.102	Betrug in der Insolvenz verhindern	50
L2.103	Insolvenzordnung Paragraph 123. Aufhebung der doppelten Deckelung von Sozialplanvolumen bei Insolvenz	51
L2.107	IG Metall als sozialpolitischen Akteur stärken	52
L2.108	Sozialpolitik gehört zur IG Metall	54
L2.112	Stromkosten aus dem Regelsatz des Bürgergeldes herausnehmen	55
L2.115	Entschieden gegen Leistungskürzungen und höhere Eigenanteile in der GKV	56



- L2.116 Entschieden gegen Leistungskürzungen und höhere Eigenanteile bei der gesetzlichen Krankenversicherung – Für solidarische Finanzierung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt 57

L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg

L3.128	AVWL weiterentwickeln	58
L3.129	Erhöhung der Arbeitgeberleistung im Tarifvertrag AVWL	60
L3.130	Altersvorsorgewirksame Leistungen deutlich erhöhen	61
L3.135	Gesetzliche/betriebliche Rente stärken – Brutto- und Netto-Entgelt-Umwandlung abschaffen	62
L3.136	Altersvorsorgewirksame Leistungen zu erweitern und deutlich zu erhöhen	63
L3.137	Angleichung der Altersvermögenswirksamen Leistungen für alle Beschäftigten	64
L3.138	Ausgleich von Rentenabschlägen durch Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung	65
L3.139	Branchenarbeit stärken und fokussieren	66
L3.140	Stärkung der regionalen Branchenarbeit	67
L3.141	Überarbeitung der (Integrations-)Richtlinie zur Branchenarbeit in der IG Metall	68
L3.142	Wandel Gestalten – Handwerk stärken	69
L3.143	Start einer Handwerksoffensive	70
L3.144	Das Handwerk gewerkschaftlich erschließen	71
L3.145	Erschließungsarbeit in Zukunftsbranchen des Handwerkes	72
L3.146	Handwerksarbeit stärken - Mitglieder gewinnen	74
L3.147	Richtlinie Handwerksausschuss	76
L3.148	Handwerksarbeit aus einem Guss – auf allen Gliederungsebenen	78
L3.149	Thema Bundeshandwerkskonferenz	80
L3.151	Stärkung der Tarifbindung im Handwerk	81
L3.152	Den Wandel des Verkaufs im Kfz-Handwerk tarifpolitisch gestalten	82
L3.153	Stärkung der europäischen Arbeit im Bereich Holz und Kunststoff in der IG Metall	84
L3.155	Prekäres Berufsgrundschuljahr abschaffen	86
L3.156	Transformation der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie mitgestalten	87
L3.157	Wehrtechnik ist Teil der IG Metall	89
L3.158	Branchenarbeit im Maschinen- und Anlagenbau in der IG Metall gewährleisten	91
L3.159	Medizintechnik als branchenpolitisches Gestaltungsfeld	92



L3.160	Für eine Zukunft der industriellen Kontraktlogistik mit besten Tarifverträgen	93
L3.161	Stärkung der transnationalen Gewerkschaftsarbeit auf allen Gliederungsebenen der IG Metall	94
L3.162	Transnationale Gewerkschaftsarbeit stärken - Internationale Netzwerkinitiative ausbauen	95
L3.163	Transnationale Partnerschaftsinitiative fortführen und weiterentwickeln	97
L3.164	Transnationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit ausbauen	99
L3.168	Grenzüberschreitende Unternehmenspolitik, europäische Betriebsräte fördern	100

L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit

L4.034	Finanzielle Ausstattung von Geschäftsstellen zur eigenständigen Aufgabenerfüllung und -erledigung	101
L4.035	Stärkung der Arbeit vor Ort	102
L4.036	Leitlinien für faires Verhalten in der IG Metall	103
L4.039	Gleiche Voraussetzungen für IG Metall Mitglieder und Beschäftigte der IG Metall	104
L4.040	Tarifpolitik als Aufgabe des IG Metall Vorstandes	105
L4.041	Qualifizierungsmaßnahmen Ortsvorstand	106
L4.042	Stellvertretung für Delegierte der Delegiertenversammlung wahlbezirksfein bestimmen	107
L4.043	Ein starker DGB durch starkes Einbringen	108
L4.044	Ausbau und Intensivierung von Bildungsmaßnahmen	109
L4.045	Ausbau politischer Bildungsangebote	111
L4.046	Gewerkschaftliche Bildungsarbeit	112
L4.047	Wirkmächtigkeit durch politische Bildung	113
L4.048	Bildungsdebatte	114
L4.049	Politische Bildung für die Erhaltung der Demokratie	115
L4.050	Weiterbildungsverbände	116
L4.051	Neues Miteinander	117
L4.052	Vom Lernen zum Handeln – Mehr Praxistransfer von Seminarinhalten	118
L4.053	Themen für gewerkschaftliche Bildungsarbeit	119
L4.054	Stärkung der gesellschaftspolitischen Bildung	120
L4.055	Konzeptarbeit, Seminarpraxis und Referentenqualifizierung innerhalb der Teilhabepaxis-Seminare	121
L4.056	Herstellung der Transparenz zur Einhaltung des Teamprinzips in Seminaren	122
L4.057	Debatte über die nötigen Mindestinhalte gesellschaftspolitischer Seminare	123
L4.058	Ergänzung zum Seminarangebot der IG Metall	124
L4.060	Einfacher und transparenter Zugang zum Seminarprogramm der IG Metall	125
L4.061	IGM Bildungsplattform	126

L4.063	Nachhalten von Beschwerden bei Seminaren „Einen sicheren „Hafen“ für Seminarteilnehmende schaffen“	127
L4.064	Kampf gegen Rassist*innen, Faschist*innen und Sexist*innen in Seminaren oder sonst wo in der IG Metall!	128
L4.065	Ausbau der IG Metall Bildungszentren	129
L4.066	Aufbau eines Digitalen Bildungszentrum zur Umsetzung zentraler Anforderungen der Bildungsarbeit	130
L4.067	Stärkung und Ausbau der strategischen Bildungsarbeit	131
L4.068	Zentrale Bildungsstätte	132
L4.069	Mehr hauptamtliche Referent*innen in den Bildungszentren	133
L4.070	Unterstützung für alle Menschen mit einer Beeinträchtigung in unserer Bildungsarbeit	134
L4.071	Ausbau Bildungsangebot für gehörlose Funktionär*innen	135
L4.072	Rollstuhlgerechte Ausstattung aller Bildungsorte	136
L4.073	Zukunft der IG Metall stärken - regionales Bildungsbudget anheben!	137
L4.074	Erhöhung Fahrtkostenersatz	138
L4.075	Fahrtkostenregelung	139
L4.076	Aufhebung der reduzierten Fahrtkostenpauschale bei Bildungsveranstaltungen für Einzelfahrer	140
L4.077	Anpassung der Fahrtgeldentschädigung bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen inkl. Bildungsangeboten	141
L4.078	Gleichbehandlung der Fahrtkostenerstattung von Teilnehmenden bei Bildungsveranstaltungen	142
L4.079	Fahrtkostenzuschuss	143
L4.080	Fahrtkostenzuschuss	144
L4.081	Reisekostenerstattung bei Bildungsveranstaltungen	145
L4.082	Anpassung und Erhöhung Fahrtkostenpauschale	146
L4.083	Effektive Bildung durch gute Beratung	147
L4.084	Abführung von Aufsichtsratsstantiemen	148
L4.085	Funktionsverbot bei Fremdweiterbildung	149
L4.086	Modernisierung innerhalb der IG Metall	150
L4.088	ChatGPT und Co: Sich der Revolution stellen!	151
L4.089	Mitgliedsausweis als digitales Wallet für mobile Endgeräte	152

L4.090	Zeiteffiziente und ergonomische Digitalisierung der Revisionstools	153
L4.093	IG Metall als Marke etablieren	154
L4.094	Vom Betrieb aus denken mit allen betrieblichen Akteuren	155
L4.095	Digitale Kommunikation innerhalb der IG Metall verbessern	156
L4.096	Bundesweit einheitliches Homepage-System	157
L4.097	IG Metall - Mitgliedern einen Vorteil verschaffen	158
L4.098	Formale Strukturen für die Social Media Arbeit in der IG Metall	159
L4.099	Keine weitere Reduzierung von Papier Ausgaben der metallzeitung	160
L4.100	Beiträge in den IGM Medien in Englisch	161
L4.101	Roadshow	162
L4.102	Interessenbasierte Newsletter und Aktivenkommunikation	163
L4.103	Mehr Auswahl bei Kampagnenmaterialien	164
L4.104	Verzicht von Jahreszahlen in Aktionsmaterialien	165
L4.105	Nachhaltiges Merchandising der IGM	166



I. - Initiativanträge

I.06 Unterstützung der Speiseeisindustrie mit einer Eispause 10

Antrag I.06: Unterstützung der Speiseeisindustrie mit einer Eispause

Antragsteller*in:	Dirk Maas-Covato
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch Praxis/Beschlusslage
Sachgebiet:	I. - Initiativanträge

- 1 Am Mittwoch, den 25. Oktober allen Delegierten und Gästen des Gewerkschaftstags in
- 2 einer zusätzlichen Pause während der Antragsberatung Speiseeis aus tarifgebundenen
- 3 Betrieben zur Verfügung zu stellen. Der Initiativcharakter ergibt sich durch den
- 4 überraschenden Herbststeinbruch und dem damit einhergehende Nachfragerückgang bei
- 5 Speiseeis. Dieser Nachfragerückgang stellt die Speiseeisindustrie vor große
- 6 Herausforderungen – unserer Solidarität ist jetzt gefragt.

Antrag L1.018: Schaffung eines wettbewerbsfähigen Industriestrompreises

Antragsteller*in:	GS Völklingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L1. - Energie- und Mobilitätswende gestalten
Sachthema:	L1 Energiewende

- 1 Um energieintensive Branchen, Standorte und Beschäftigung auch langfristig in
2 Deutschland und Europa zu erhalten, sind mehr denn je richtige politische
3 Weichenstellungen unerlässlich. Die Energiekosten spielen bei der
4 Wettbewerbsfähigkeit von industrieller Produktion dabei, sowohl im europäischen als
5 auch im weltweiten Vergleich, eine Schlüsselrolle, dem die Bundes- und Europapolitik
6 derzeit nicht gerecht wird.
- 7 Die Industrie in Deutschland braucht einen Industriestrompreis, der dem europäischen
8 und internationalen Vergleich standhält. Zugleich muss der Strom konstant und in
9 ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen. Die IG Metall muss sich dafür einsetzen,
10 dass die Politik einen Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen auf den
11 Weg bringt, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrieproduktion auch
12 langfristig gesichert ist.
- 13 Die Industrie in Deutschland steht vor enormen Herausforderungen. Neben den Folgen
14 der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges muss sie gleichzeitig die Transformation
15 hin zur Klimaneutralität schaffen.
- 16 Deutschland ist der viertgrößte Industriestandort der Welt und zugleich der Größte
17 innerhalb Europas. Ziel der IG Metall muss es sein, die industrielle Wertschöpfung
18 und die vielen Industriearbeitsplätze durch einen Industriestrompreis zu sichern und
19 gleichzeitig den ökologischen Umbau unserer Industrie zu meistern. Einem günstigeren
20 ökologischen Fußabdruck bei der Stromerzeugung muss daher eine mindestens ebenso
21 große Bedeutung zugebilligt werden, wie dem daraus tatsächlich resultierenden
22 Strompreis.
- 23 Hierzu sind entsprechende Instrumente zu schaffen, welche die Ökologie und die
24 Ökonomie auch beim Strompreis verbindet. Nur wenn diese Instrumente geschaffen werden
25 und funktionieren, kann der Green Deal der EU gelingen, da der Erhalt der
26 Industriebranchen das entscheidende Fundament für Beschäftigung, Fortschritt und
27 Wohlstand sichert.
- 28 Allerdings darf es keinen Industriestrompreis ohne verbindliche Zusagen geben. Es
29 muss sichergestellt werden, dass die beziehenden Unternehmen langfristig den Standort
30 Deutschland und zugleich Beschäftigung und Arbeitsplätze sichern. Damit sind
31 Investitionszusagen beispielsweise über langfristige tarifliche Vereinbarungen
32 unabkömmlich.
- 33 Zugleich ist der Wandel rund um die Transformation nur mit den Beschäftigten möglich.
34 Bedingung muss die Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätze sein, ebenso wie
35 verbindliche Maßnahmen zur Qualifizierung bzw. Umqualifizierung der Beschäftigten.

Antrag L1.019: Transformation ohne Atomkraft

Antragsteller*in:	GS Salzgitter-Peine
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L1. - Energie- und Mobilitätswende gestalten
Sachthema:	L1 Energiewende
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 12 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Atomkraft ist nicht grün oder klimafreundlich. Sie ist die teuerste, riskanteste und
- 2 am wenigsten zum Ausbau der erneuerbaren Energien passende Form der Stromerzeugung.
- 3 Die Frage der Endlagerung des hoch radioaktiven Atommülls ist nach wie vor ungelöst.
- 4 Bau und Betrieb der in den anderen EU-Staaten geplanten Kernkraftwerke verschlingen
- 5 hohe staatliche Subventionen, welche zum Ausbau der regenerativen Energieformen und
- 6 sozialer Investitionen fehlen.
- 7 Katastrophen von Fukushima und Tschernobyl müssen uns eine Mahnung sein, dass diese
- 8 Technik immer ein Risiko mit sich bringt, das verheerende Folgen für die Menschheit
- 9 haben kann.
- 10 Eine klare Positionierung gegen das „Greenwashing von Atomkraft“ muss daher in der
- 11 Transformation erfolgen und in den Stellungnahmen der IG Metall auch nach außen
- 12 vertreten werden. Der „Grüne Stempel“ der EU Kommission für Atom ~~und Gas~~ muss
- 13 weiterhin abgelehnt werden und darf keine Option für den sozialen und ökologischen
- 14 Umbau der Industrie sein, wie wir ihn als IG Metall fordern.

Antrag L1.023: Nachhaltige Rohstoffnutzung im Bereich Holzverarbeitung und -bearbeitung

Antragsteller*in:	GS Osnabrück
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L1. - Energie- und Mobilitätswende gestalten
Sachthema:	L1 Energiewende
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 3 - 6 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Die IG Metall setzt sich dafür ein, den Umgang mit dem Rohstoff Holz ökologisch
- 2 verträglich zu gestalten. Wälder sind ein natürlicher CO₂-Speicher. Es gilt diesen
- 3 Speicher zu schützen und auszubauen. Eine notwendige Maßnahme dazu ist es, ~~in der~~
- 4 ~~deutschen und europäischen~~ eine europäisch koordinierte Gesetzgebung ~~die~~
- 5 ~~Kaskadennutzung von Holz festzuschreiben.~~
- 6 ~~Der Rohstoff Holz darf nicht weiterhin und zunehmend im ersten Schritt energetisch~~
- 6 ~~zur reinen Energie- und Wärmegewinnung verwendet werden.~~ Kreislaufwirtschaft für Holz
zu fördern.

Antrag L1.025: Sozial-ökologische Transformation mit Cradle to Cradle erfolgreich bewerkstelligen

Antragsteller*in:	GS Reutlingen-Tübingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L1. - Energie- und Mobilitätswende gestalten
Sachthema:	L1 nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik

1 Der Vorstand, die Bezirksleitungen und Geschäftsstellen werden aufgefordert, für eine
2 erfolgreiche Bewerksstellung der sozial-ökologischen Transformation geeignete
3 Maßnahmen zu entwickeln und anzuwenden. Hierzu gehört die konsequente Umsetzung von
4 Cradle to Cradle (C2C) („Von der Wiege zu der Wiege“). Cradle to Cradle geht weit
5 über die üblichen Definitionen der Kreislaufwirtschaft hinaus und misst sowohl
6 sozialen, ökologischen als auch ökonomischen Fragestellungen im gleichen Maße Wert
7 zu.

- 8 • **Soziale Komponente:** Gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung der
9 Beschäftigten. Denn nur wer ein gutes Einkommen hat und sich in seinem
10 Arbeitsumfeld wohlfühlt kann sich für Produkte mit hoher Qualität einsetzen. So
11 werden z.B.: gesundheitsgefährdende Stoffe aus der Produktion verbannt.
12 Arbeitnehmer*Innen die durch die Implementierung von Cradle to Cradle von
13 gesünderen Arbeitsbedingungen und einem faireren Einkommen profitieren, werden
14 Cradle to Cradle und Sozialstandards, sowohl im betrieblichen als auch privaten
15 Kontext einen höheren Stellenwert zukommen lassen. Durch diesen
16 Multiplikator*Innen-Effekt werden auch unsere Kolleg*Innen im globalen Süden,
17 welche aktuell noch unter unserem ausbeuterischen Konsumverhalten leiden, sei es
18 beim Lithium-Abbau im Dreiländereck Bolivien, Chile und Argentinien oder auf
19 Europas giftiger Elektroschrott-Müllkippe Agbogbloshie in Ghana, besseren
20 Arbeitsbedingungen und fairerer Bezahlung ein Stück näherkommen.
- 21 • **Ökologische Komponente:** Entsprechend dem biologischen Kreislauf werden nur
22 Materialien genutzt die nach ihrem Gebrauch in den biologischen Kreislauf
23 zurückgeführt werden können. Der Abfall eines alten Produktes wird so zur
24 „Nahrung“ für ein neues Produkt.
- 25 • **Ökonomische Komponente:** Entsprechend dem technischen Kreislauf wird bereits bei
26 der Herstellung des Produkts berücksichtigt wie die verarbeitenden Materialien
27 nach ihrem Gebrauch verlustfrei zurückgewonnen werden können. Dadurch werden
28 Unternehmen unabhängig von Preisschwankungen an den Rohstoffmärkten. Der
29 Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine, die neokolonialen Rohstoffkriege im
30 Sudan oder im Kongo und nicht zuletzt die Corona-Pandemie, haben uns gezeigt wie
31 vulnerable die Lieferketten und Rohstoffmärkte sind. Die Knappheit der Rohstoffe
32 und die Klimakrise verschärfen und beschleunigen diesen Vorgang weiter. Cradle
33 to Cradle ermöglicht es nicht nur diesen Abhängigkeiten und Entwicklungen zu
34 entkommen, sondern den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und dadurch
35 ein Differenzierungsmerkmal gegenüber anderen Wirtschaftsstandorten zu
36 entwickeln. Dies ist darin begründet, dass Cradle to Cradle nicht vermeiden
37 bedeutet, sondern die Innovationen und Qualität von Produkten.

38 Seit der Engineering- und IT-Tagung und dem Start der offiziellen Kooperation
39 zwischen der IG Metall und EPEA, im Februar 2012, hat sich nur wenig in diese
40 Richtung entwickelt. Wenn die IG Metall sich wirklich als Teil einer Bewegung für
41 eine sozial gerechte ökologische Transformation versteht, können wir keine weiteren
42 10 Jahre verstreichen lassen bis wir ins Handeln kommen und uns für die Interessen
43 der Beschäftigten einsetzen. Getreu unserem Motto „Besser statt billiger“ fordern wir
44 den Vorstand, die Bezirksleitungen und Geschäftsstellen auf geeignete Maßnahmen zur
45 Umsetzung von Cradle to Cradle zu entwickeln. Hierzu gehören unserem Verständnis
46 nachfolgende Maßnahmen:

- 47 • Eine offensiv geführte und großangelegte Kampagne, sowohl auf betrieblicher als
48 auf gesellschaftspolitischer Ebene, zur Steigerung der Bekanntheit, Umsetzung
49 und Zertifizierung nach Cradle to Cradle.
- 50 • Die bereits vorhandenen Seminarkonzepte, Beratungen etc. zum Thema Cradle to
51 Cradle an die aktuellen Gegebenheiten anpassen und wieder mehr in den Fokus
52 stellen.
- 53 • Hinwirken auf Cradle to Cradle-Zertifizierungen im betrieblichen Kontext, hierzu
54 benötigt es eine fachliche Expertise sowohl im Hauptamt als auch bei den
55 Betriebsrät*innen. Der Vorstand wird aufgefordert hierfür Zeit und Mittel zur
56 Verfügung zu stellen.
- 57 • Die IG Metall wird ihrem gesellschaftspolitischen Einfluss gerecht und setzt
58 sich über die Betriebsebene hinaus für Cradle to Cradle innerhalb der
59 Mitgliedsgewerkschaften des DGBs und der Gesellschaft ein. Cradle to cradle hat
60 das große Potenzial einer breiten Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft, da es
61 nicht wie die meisten Umweltkonzepte den Verzicht und Verbote in den Fokus
62 rückt. Gemäß dem Ansatz Ökoeffektivität anstelle von Ökoeffizienz, ist nicht ein
63 möglichst kleiner ökologischer Fußabdruck das Ziel, sondern ein möglichst großer
64 positiver Fußabdruck.

Antrag L1.028: Fairwandel im Rheinischen Revier – Den Strukturwandel sozial, ökologisch und demokratisch gestalten.

Antragsteller*in:	GS Düren-Stolberg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L1. - Energie- und Mobilitätswende gestalten
Sachthema:	L1 nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 153 - 161 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Der Umbau der deutschen Braunkohlereviere ist ein fortwährender
 2 Transformationsprozess, der in seinen Dimensionen in Europa kaum vergleichbar ist.
 3 Bereits auf dem 24. Ordentlichen Gewerkschaftstag wurden hierzu mit dem Antrag
 4 „L.004: Transformation in den Braunkohlereviere gestalten“ weitreichende und
 5 zielführende Beschlüsse gefasst.
- 6 Der Deutsche Bundestag hat mit der Verabschiedung des Kohleausstiegs- sowie des
 7 Strukturstärkungsgesetzes Rahmenbedingungen geschaffen, um die vom Kohleausstieg
 8 betroffenen Regionen strukturpolitisch zu unterstützen. Es ist der IG Metall im
 9 Verbund mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund gelungen, diese Gesetze im Sinne der
 10 betroffenen Beschäftigten mit zu gestalten.
- 11 Mit Abschluss des „Zukunftsvertrags für Nordrhein-Westfalen“ vom 23. Juni 2022 hat
 12 die nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl gebildete Koalition aus CDU und
 13 Grünen beschlossen, den Kohleausstieg im Rheinischen Revier auf das Jahr 2030
 14 vorzuziehen.
- 15 Diese Entscheidung stellt einen nordrhein-westfälischen Sonderweg dar. Die
 16 Beschleunigungseffekte, die daraus resultieren, sind in ihrer Art und ihrem Umfang
 17 weder sozial, noch ökologisch noch ökonomisch in vollem Umfang zu beziffern.
- 18 Als gesichert kann allerdings gelten, dass viele derzeit bereits angestoßenen
 19 Verfahren und Prozesse bzgl. Plan- und Förderungsverfahren nicht mehr zeitgerecht
 20 ablaufen werden, um einen kompensierenden Effekt auf die Auswirkungen eines um
 21 weitere acht Jahre vorgezogenen Endes von Braunkohleabbau und Verstromung zu haben.
- 22 Aus diesem Grund beantragen wir im Einvernehmen mit sieben Geschäftsstellen der „IG
 23 Metall im Rheinischen Revier“, folgendes:
- 24 Bedingungen für die faire Transformation des Rheinischen Reviers
- 25 • Die zentrale Forderung ist die Schaffung neuer und zusätzlicher
 26 sozialversicherungspflichtiger, tarifgebundener und mitbestimmter Arbeit in
 27 Industrie und Dienstleistung für alle Beschäftigtengruppen in der Region. Es
 28 braucht darüber hinaus auch eine Perspektive für nicht-akademische Arbeit.
 29 Niedriglohnjobs dürfen keine qualifizierte Industriearbeit ersetzen.
 - 30 • Um gute Arbeit sicherzustellen, braucht es eine sichere und bezahlbare
 31 Energieversorgung für die Unternehmen.
 - 32 • Die Auswirkungen des Wandels vom Ausstieg aus der Braunkohle in eine neue
 33 zukunftsfähige Energieregion reichen jedoch weit über die Braunkohlebranchen im
 34 eigentlichen Sinne hinaus.

35 • Unternehmen in der Region sind mit weiteren Transformationsprozessen
36 konfrontiert: der Digitalisierung, der Transformation der Fahrzeugindustrie, der
37 Dekarbonisierung der Industrie sowie der Veränderung von Lieferketten. Deswegen
38 muss regionale Strukturpolitik und -förderung im Rheinischen Revier alle
39 Transformationsherausforderungen in den Blick nehmen. Unterstützungsangebote
40 dürfen nicht nur auf originäre Braunkohle-Unternehmen und deren Beschäftigte
41 begrenzt werden, wenn der regionale Strukturwandel gelingen soll.

42 • Die vorhandenen Strukturfördermittel sind eine große Chance für die
43 Zukunftsentwicklung des Rheinischen Reviers. Diese Strukturfördermittel haben
44 primär den Zweck, zukunftsfähige gute Industriearbeitsplätze in der Region zu
45 halten und neue zu schaffen.

46 Finanzierung der Transformation

47 • Es fließen derzeit viele Strukturfördermittel in die Produktion von Wissen.
48 Hierbei sollen in Zukunft zwei Dinge zu beachten sein:

49 Erstens sollen bevorzugt Forschungs- und Entwicklungsprojekte gefördert werden, die
50 absehbar einen positiven Effekt auf Beschäftigung im Rheinischen Revier haben. Dies
51 muss ein verbindliches Kriterium zur Förderung von Projekten und im Falle der
52 Unternehmensförderung mit Bindefristen hinterlegt sein.

53 Zweitens muss das Beihilferecht der Europäischen Union so angepasst werden, dass
54 arbeitsplatzschaffende bzw. arbeitsplatzsichernde Investitionen in die Transformation
55 bestehender Unternehmen im Rheinischen Revier gefördert werden können.

56 • Die Etablierung einer eigenen, investiven Bundesförderrichtlinie für den
57 Strukturwandel ist überfällig. Da die Bundesregierung bislang keine
58 diskretionären Mittel zur Bewältigung einsetzt, sind die gesetzten Ziele mit dem
59 bisherigen Verfahren nur schwer zu erreichen. Der bisherige Mitteleinsatz lässt
60 nur Investitionen in den Bereichen zu, in denen das schon immer möglich war und
61 es existierende Förderrichtlinien gibt (bspw. Forschung, Verkehrsinfrastruktur).
62 Zusätzliche und speziell auf die Anforderungen des beschleunigten
63 Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen gerichtete Maßnahmen bzw. Initiativen
64 können damit nicht zur Anwendung kommen. Es besteht somit die Gefahr, dass die
65 Präqualifikation seitens der regionalen Akteure und des Landes Nordrhein-
66 Westfalen vom Bund nicht akzeptiert wird. Sollen im Rheinischen Revier für den
67 Strukturwandel maßgeschneiderte Projekte initiiert werden, bedarf es einer
68 gesonderten Bundesförderrichtlinie. Dabei darf es keine Anrechnung von bereits
69 geplanten und beschlossenen Förderprogrammen geben.

70 Flächen für Wertschöpfung

71 • Die industrielle Transformation im Rheinischen Revier bedingt die zeitnahe
72 Verfügbarkeit von Flächen zur Ansiedlung bzw. Erweiterung von Unternehmen.
73 Bisher dauern Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Entwicklung von
74 Gewerbe- bzw. Industriegebieten ca. 10 Jahre. Es müssen Planungszeiträume
75 verkürzt, Zusatzbedarfe an Flächen anerkannt und Flächenpoolösungen ermöglicht
76 werden. Die Einrichtung einer entsprechender Task Force ist zu begrüßen.

77 Dabei ist der folgende Faktor einer gesonderten Diskussion und schnellen Entscheidung
78 zu zuführen. Nach geltendem nordrhein-westfälischen Planungsrecht sind die Flächen
79 von Tagebauen nach Ende des „Eingriffs“ für eine Renaturierung vorgesehen. Es bedarf

80 nun dringend eines „Transformationsrechts“, dass es ermöglicht die Flächen von
81 Tagebauen für die Gewinnung erneuerbarer Energien zu nutzen. Ebenso müssen die
82 Flächen von Kraftwerksstandorten und die sie umgebenden Sicherheitszonen als
83 Konversionsflächen verstanden werden, die sich als Flächen für die Ansiedlung
84 industrieller Wertschöpfung eignen.

- 85 • Besonders beanspruchte Akteur*innen des Strukturwandels im Rheinischen Revier
86 sind die Kommunen. Aufgrund der Finanzierungsstruktur fehlen vielen (Anrainer-)
87 Kommunen die finanziellen Mittel, um die zusätzlichen Aufgaben des
88 Strukturwandels zu schultern. Gleichzeitig gibt es bei einigen Kommunen im
89 Rheinischen Revier – bedingt durch ihre Betroffenheit bei der Einstellung des
90 Steinkohlebergbaus im Wurmrevier in den 1990er Jahren – einen reichhaltigen
91 Erfahrungsschatz, welche Maßnahmen besonders geeignet sind, um
92 strukturwandelbedingte Herausforderungen zu bewältigen.
- 93 • Den Kommunen kommt eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung von Flächen für
94 die Transformation zu. Um das Tempo nicht durch die bedingt gegebene finanzielle
95 Handlungsfähigkeit der Kommunen zu mindern, sondern vielmehr zu erhöhen, müssen
96 die Kommunen mit einem Sonderfonds des Landes Nordrhein-Westfalen bei den Kosten
97 für die Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen unterstützt werden.

98 Neue Wertschöpfung schaffen

- 99 • Das Rheinische Revier wird nur dann eine industrielle Zukunft haben, wenn es
100 eine stabile Versorgung mit bezahlbarer Energie zu marktüblichen Preisen gibt.
101 Mittel- und langfristig muss der Ausbau erneuerbarer Energien im Revier nochmals
102 beschleunigt werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt
103 werden, allerdings ohne Sozial- und Umweltstandards zu vernachlässigen.
- 104 • Neben der Transformation der bestehenden industriellen Wertschöpfungsketten im
105 Sinne nachhaltiger industrieller Produktion bietet die Etablierung einer neuen
106 wasserstoffbasierten Wertschöpfungskette die größten Potentiale um Beschäftigung
107 und dafür notwendigen Bedingungen im Rheinischen Revier abzusichern. Wasserstoff
108 ist ebenso ein zentraler Baustein der Energiewende. Eine Studie der
109 „Zukunftsregion Rheinisches Revier“ kommt zu dem Schluss, dass mit Wasserstoff
110 eine Wertschöpfung von 700 Mio.€ generiert werden kann und bis zu 4.800
111 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden können.

112 Trotz der begrenzten klimatischen Bedingungen in Nordrhein-Westfalen müssen alle
113 verfügbaren Potentiale für die Erzeugung erneuerbarer Energien in der Region
114 ausgeschöpft werden, um auch im Rheinischen Revier „grünen“ Wasserstoff zu
115 produzieren. Von 288 Akteur*innen mit Wasserstoffaktivitäten in Nordrhein-Westfalen
116 sind bereits 111 im Rheinischen Revier ansässig. Es existieren Kompetenzen für die
117 Herstellung von Kompressoren, Elektrolyseuren und Brennstoffzellen, Stack-
118 Komponenten, Bauteile des Wärme- und Fluidmanagements sowie Elektronik.

119 Weniger ausgeprägte Kompetenzen gibt es in den wasserstoff-infrastrukturellen
120 Bereichen Fahrzeugbau, Wasserstoff-Speichersysteme und der Produktion von
121 Tankstellen. In diesen Bereichen wird ebenso wie für die Produktion von Transport-
122 und Verteilungspipelines mittelfristig eine relevante Nachfrage erwartet. Die IG
123 Metall soll sich deshalb dafür einsetzen, dass diese Bereiche gefördert werden.

124 Qualifizierte Fachkräfte gestalten den Wandel in gute Arbeit

- 125 • Das Gelingen des Strukturwandels im Rheinischen Revier wird ohne die benötigten
126 Fachkräfte nicht gelingen – und das gleich in doppelter Weise: zur
127 Aufrechterhaltung der aktuellen, noch laufenden Produktion, sowie beim Übergang
128 in neue Wirtschaftsformen. Schon heute zeichnen sich Fachkräftengpässe ab: z.B.
129 beim Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft, bei der Digitalisierung und bei der
130 energetischen Gebäudesanierung. Arbeitsmarktakteure und Sozialpartner rund um
131 Industrie und Handwerk müssen eine Kampagne zur Gewinnung von Fachkräften für
132 diese Bereiche auflegen.
- 133 • Das Rheinische Revier kann ein Reallabor für eine innovative Arbeitsmarktpolitik
134 in der Transformation werden. Der Schlüssel ist Qualifizierung. Dazumuss
135 Struktur in die Frage von Inhalten und Kompetenzen sowie die Trägerlandschaft
136 gebracht werden.
- 137 Betriebsräte mit ihrer Expertise müssen unbedingt eingebunden werden. Nur sie können
138 Beschäftigte wirksam zur Qualifizierung motivieren, die Bedarfe klar benennen und für
139 eine gerechte Auswahl bei der Teilnahme sorgen. Sie stellen ebenfalls sicher, dass
140 sich Qualifizierungsbedarfe nicht nur aus der Technologie ableiten, sondern aus der
141 Frage „Wie wollen wir arbeiten?“
- 142 Wichtig ist weiterhin, dass die Bereitschaft von Unternehmen in die
143 transformationsbedingte Weiterbildung zu investieren, zum Kriterium für die
144 Bewilligung von Fördermitteln werden soll.
- 145 • Der Strukturwandel kann eine Chance zur Stärkung von Mitbestimmung und
146 Tarifbindung sein. Mitbestimmung trägt u.a. häufiger dazu bei, dass Unternehmen
147 eine innovationsorientierte Transformationsstrategie verfolgen, dass mehr
148 Weiterbildung angeboten wird und das die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten
149 höher ist. Instrumente wie „Zukunftstarifverträge“ oder der „Tarifvertrag
150 Bildung“ sollen verstärkt bei tarifgebundenen Unternehmen mit
151 Strukturwandelherausforderungen angewandt werden. Hierzu bedarf es einer
152 Unterstützung der Geschäftsstellen im Revier.
- 153 Transformationswerkstatt für den Fairwandel
- 154 • Die IG Metall ~~selb~~stprüft, eine Transformationswerkstatt Rheinisches Revier zu
155 schaffen.
- 156 Eine aktive, professionelle und wirkungsvolle Begleitung von
157 Transformationsprozessen ist über das Tagesgeschäft aus den Geschäftsstellen
158 heraus nicht zu leisten. Es braucht Unterstützungsstrukturen zur
159 Orientierungsberatung von Betriebsräten, zur Zusammenarbeit mit
160 Wissenschaftsinstitutionen und zur wirkungsvollen Beteiligung im Sinne der
161 vorstehend beschriebenen Punkte insbesondere in regionalen Strukturen und
Netzwerken.

Antrag L1.029: Unterstützung regionaler Initiativen in den Geschäftsstellen

Antragsteller*in:	GS Saarbrücken
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Durch diesen Antrag erledigte Anträge:	L1.030
Sachgebiet:	L1. - Energie- und Mobilitätswende gestalten
Sachthema:	L1 nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik

- 1 Der Erfolg der Transformation entscheidet sich in den Regionen.
- 2 Aus den vielfältigen Erfahrungen wissen wir, dass die Transformation in den Betrieben
- 3 nur erfolgreich gestaltet werden kann, wenn passende regionale politische Strategien
- 4 zur Flankierung der Beschäftigungs- und Standortsicherung die betrieblichen
- 5 Zukunftsvereinbarungen unterstützen. Die bestehenden Instrumente, die die Kommunen,
- 6 das Land, der Bund und die EU bereitstellen, leisten aber keinen hinreichenden
- 7 Beitrag zur Bewältigung der Transformationsprozesse in der Industrie.
- 8 Gleichzeitig ist die Produktion auf Basis erneuerbarer Energien sehr kostenintensiv,
- 9 insbesondere in der Stahlindustrie, die eine Schlüsselindustrie für industrielle
- 10 Produkte ist. Klimawandel gestalten darf am Ende nicht der Abbau von industriellen
- 11 Strukturen, sondern muss vielmehr den Erhalt einer klimafreundlichen Industrie zum
- 12 Ziel und zum Ergebnis haben.
- 13 Der Wandel in der Industrie hin zu klimafreundlicher Produktion muss in den
- 14 jeweiligen Regionen erfolgen und sichergestellt werden.
- 15 Konkret geht es in den Geschäftsstellen darum, sich mit eigenen Konzepten und
- 16 Vorstellungen in die politische Debatte einzubringen. Hierbei geht es darum, mit
- 17 welcher Zielrichtung die regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
- 18 weiterentwickelt und neu ausgerichtet werden muss. Dabei stehen Themen wie
- 19 arbeitsmarkt-, regional- und strukturpolitische Flankierung, Instrumentarien zur
- 20 Krisenbewältigung und Innovationsförderung, Unternehmensfinanzierung, Unterstützung
- 21 für Umbau von Fertigungstechnologien oder Beratungsstrukturen auf der Agenda. Der
- 22 Aufbau, die Nutzung und die Steuerung von regionalen Netzwerkstrukturen, in die wir
- 23 gewerkschaftspolitische Positionen und Anliegen einbringen, vergrößern unsere
- 24 regionale Wirkmächtigkeit und bieten Chancen die regionalen Bemühungen zur Erhaltung
- 25 bestehender Beschäftigung starker Industrieregionen Mitgliederwerbewirksam zu nutzen.
- 26 Die Geschäftsstellen sind mehr denn je gefordert, sich über das Tagesgeschäft hinaus
- 27 strategisch in die regionalen Transformationsprozesse einzuschalten. Hierfür leisten
- 28 die regionalen Transformationsnetzwerke wichtige Beiträge. Die Förderungen sind
- 29 allerdings zeitlich befristet bis Mitte 2025. Bereits heute wissen wir, dass die
- 30 Transformationsprozesse in den Regionen bis Mitte 2025 nicht abgeschlossen sein
- 31 werden.
- 32 Daher fordern wir den Vorstand der IG Metall auf, sich für die weitere öffentliche
- 33 Förderung der regionalen Transformationsnetzwerke über 2025 hinaus einzusetzen, die
- 34 öffentliche Förderung für die eigene Arbeit stärker wie bisher zu nutzen und

35 innerorganisatorisch die notwendigen Ressourcen dafür bereit zu stellen. Die IG Metall
36 vom Betrieb aus zu denken sollte mit regionalpolitischen Strukturen/Initiativen in
37 den Geschäftsstellen verknüpft werden. Hierfür muss sich die IG Metall in allen
38 Gliederungen der Organisation einsetzen. Dafür braucht es entsprechende
39 Koordinierung. Diese Koordinierungsaufgabe muss die Vorstandsverwaltung übernehmen
40 und passgenaue fachliche Unterstützung und Möglichkeiten zur Vernetzung
41 bereitstellen.

Antrag L1.030: Transformationsnetzwerke in der Fahrzeug- und Zulieferindustrie

Antragsteller*in:	GS Köln-Leverkusen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L1.029
Sachgebiet:	L1. - Energie- und Mobilitätswende gestalten
Sachthema:	L1 nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik

1 Die meisten Branchen werden in den kommenden Jahren durch zunehmende Digitalisierung,
2 Entwicklung künstlicher Intelligenz durch die von der Bundesregierung bis 2045
3 anvisierten Klimaneutralität Umbrüche erleben. Jedoch steht außer Frage, dass die
4 Transformation in der Automobilindustrie durch die Umstellung des Antriebes hin zu
5 regenerativen Energien am gravierendsten ausfallen wird. Hunderttausende
6 Arbeitsplätze sind im Industrieland Deutschland gefährdet, während gleichzeitig neue
7 Anforderungsprofile und Stellen entstehen und Fachkräfte gesucht werden.

8 In den letzten Jahren sind unter Mitwirkung der IG Metall einige regionale
9 Transformationsnetzwerke entstanden, um die lokal ansässige Fahrzeug- und
10 Zulieferindustrie zusammenzuführen und sich gemeinsam für die Herausforderungen der
11 Mobilitätswende aufzustellen. Allerdings sind die personellen Ressourcen einer
12 Geschäftsstelle knapp und somit droht die Gefahr, die Chancen auf Einflussnahme in
13 jenen lokalen Bündnissen zwischen Politik und Wirtschaft nicht genügend
14 auszuschöpfen. Darüber hinaus ist es wichtig, Schnittstellen zwischen den
15 bundesweiten Transformationsnetzwerken zu bilden. Der Vorstand wird daher
16 aufgefordert zusätzliche Strukturen für die regionale und bundesweite Koordination -
17 bzw., falls noch nicht erfolgt, Gründung - von Transformationsnetzwerken zur
18 Verfügung zu stellen

19 Parallel dazu muss die IG Metall mit Politik und Wirtschaft Verhandlungen über ein
20 Strukturpaket aufnehmen, um die Transformation in der Automobilindustrie zu
21 bewältigen. Um beispielsweise die Beschäftigung in der Kohleindustrie Schritt für
22 Schritt umzubauen, wurden über Jahrzehnte hinweg Maßnahmen ergriffen. Eine ähnliche
23 Herangehensweise brauchen wir auch in der Automobilindustrie. Deshalb muss die IG
24 Metall in der Automobilindustrie eine Kommission mit politischer und industrieller
25 Beteiligung ins Leben rufen, analog der „Kohlekommission“.

Antrag L1.032: Grüne Transformation der Stahlbranche vorantreiben – Arbeitsplätze sichern!

Antragsteller*in:	GS Duisburg-Dinslaken
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L1. - Energie- und Mobilitätswende gestalten
Sachthema:	L1 nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik

- 1 Die IG Metall ist wesentliche Treiberin hin zu einer Klimaneutralität in ihren
2 Branchen. Auch die Zukunft der deutschen Stahlindustrie hängt im Wesentlichen davon
3 ab, wie erfolgreich eine grüne Transformation gelingt. Knapp 30 Prozent der
4 industriellen Emissionen in Deutschland emittiert die Stahlbranche. Mit einer auf
5 grünen Wasserstoff basierenden Erzeugung bietet dies ein erhebliches Einsparpotenzial
6 an CO₂.
- 7 Die IG Metall hat erfolgreich mitgewirkt und gegenüber Industrie, Politik und
8 Arbeitgebern dafür gesorgt, dass die ersten Schritte zum Einstieg in die
9 Transformation gemacht wurden. Konkrete Förderzusagen der Politik sowie anfängliche
10 Investitionsentscheidungen der Unternehmen sind erfolgt. Dennoch betrifft dies
11 lediglich einen Teil der Gesamtkapazitäten der Stahlerzeugung und nicht alle
12 Standorte. Das reicht nicht!
- 13 Die IG Metall wirkt deshalb auf allen Ebenen der Politik weiter darauf hin, dass
14 zusätzliche Fördermittel zugesagt werden. Überdies ist verstärkt auf allen Ebenen der
15 Mitbestimmung auf die strategischen Entscheidungen und damit verbundene zusätzliche
16 verbindliche Investitionszusagen der Unternehmen einzuwirken. Daher bedarf es der
17 konsequenten Fortsetzung der bisherigen Anstrengungen zum Erhalt der etablierten
18 Wertschöpfungsketten und der Sicherung dieser Grundstoffindustrie in Deutschland.
- 19 Nur so können wir auch weiterhin sichere, gut qualifizierte und tarifgebundene Arbeit
20 und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland erhalten!
- 21 Die IG Metall setzt sich weiter massiv dafür ein, dass die grüne Transformation
22 bundesweit in vollem Umfang der derzeitigen Mengen an Rohstahlherstellung an allen
23 Stahlstandorten vorangetrieben, alle bestehenden Hochöfen in Direktreduktionsanlagen
24 nachhaltig transformiert und damit Industriearbeitsplätze gesichert werden!
- 25 Der bundesweite Stahl-Aktionstag im Frühjahr 2023 war ein erfolgreicher Meilenstein.
26 In Duisburg haben 1.500 Stahl-Aktive stellvertretend für mehrere tausend Kolleg*innen
27 unter dem Motto „Steelworkers for Green Steel“ mit Nachdruck und lautstark ein
28 Zeichen gesetzt. Weitere Aktivitäten zielen darauf, alle Aktiven in den Betrieben und
29 auch die Belegschaften auf die Reise der Transformation mitzunehmen, den Dialog mit
30 Bürger*innen und Bündnispartner*innen der Zivilgesellschaft zu suchen, um der
31 gesamtgesellschaftlichen Aufgabe einer ökologischen und sozialen Transformation
32 gerecht zu werden.
- 33 Die IG Metall setzt daher ihre erfolgreichen Anstrengungen und pro-aktiven
34 Initiativen auf allen Gliederungsebenen und Handlungsfeldern fort, behält die
35 Adressaten Politik und Wirtschaft weiter im Blick und entfaltet weiter den Druck.
36 Denn: Stahl ist Zukunft!

Antrag L1.033: Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz zur Umsetzung guter Arbeitsbedingungen nutzen

Antragsteller*in:	GS Köln-Leverkusen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L1. - Energie- und Mobilitätswende gestalten
Sachthema:	L1 nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik

- 1 Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LKSG) soll von der IG Metall aktiv genutzt
2 und gefördert werden, um weltweit die ILO-Arbeitsstandards durchzusetzen:
- 3 Dazu bedarf es einer internen Anpassung der vorhandenen Strukturen, um auch
4 rechtliche Unterstützung für betroffene Betriebe sowie die gewerkschaftliche Rolle im
5 Paragraph 11, Abs. 1 LKSG erfüllen zu können.
- 6 Die Bildungszentren werden verstärkt Angebote zum LKSG für Betriebsrät*innen,
7 Vertrauensleute und Mitglieder etablieren. Geschäftsstellen, Betriebsräte und
8 regionale internationale gewerkschaftliche Arbeitskreise werden in ihrer Arbeit zum
9 Thema unterstützt.
- 10 Positive betriebliche Umsetzungsbeispiele sollen über die IG Metall Publikationen
11 veröffentlicht werden, um die guten Möglichkeiten des LKSG publik zu machen und damit
12 auf dieser Basis weitere Schritte zur Verbesserung der globalen Arbeitsbedingungen
13 ausgelotet werden können. Das wäre zukünftig bei der Aushandlung globaler
14 Rahmenvereinbarungen über die Einhaltung von Mindeststandards hinaus ein wichtiges
15 Ziel.
- 16 Die IG Metall wird sich an der Formulierung einer EU-Richtlinie zum Thema maßgeblich
17 beteiligen, denn in ausländischen Niederlassungen und bei Lieferanten deutscher
18 Metallunternehmen wird auch heute noch in vielen Ländern Gewerkschaftsarbeit
19 systematisch verhindert. Dadurch entstehen dort prekäre Arbeitsverhältnisse mit
20 schlechten und rechtswidrigen Arbeitsschutzbedingungen, nicht nur in der Produktion,
21 sondern auch in den sogenannten Shared-Service-Bereichen. Trotz vergleichbarer
22 Arbeitsschutzgesetze gelingt deshalb nicht deren Umsetzung und häufig fehlt die
23 Arbeits-Gerichtsbarkeit.
- 24 Das LKSG bietet eine neue Möglichkeit weltweit in ausländischen Standorten deutscher,
25 international agierender Konzerne, sowie Lieferanten, demokratische
26 Gewerkschaftsvertretungen zu fördern. Die geplante EU-Richtlinie könnte diese
27 Möglichkeiten noch ausweiten.

Antrag L2.079: Wirksame Regulierung der Leiharbeit

Antragsteller*in:	GS Salzgitter-Peine
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Arbeitsmarktpolitik

1 Die Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, die im April 2017 in Kraft getreten
2 ist, hat den Trend nach immer mehr prekärer Arbeit nicht gebremst. Eine deutliche
3 Eingrenzung ist weiterhin nicht gegeben. Durch den unbegrenzten Einsatz von
4 Leiharbeitskräften werden weiterhin systematisch Tarifstandards unterlaufen und
5 Stammebelegschaften reduziert.

6 Die Arbeitgeber setzen die Leiharbeit strategisch ein, um Belegschaften zu spalten
7 und zu disziplinieren. Leiharbeiter*innen werden nach wie vor diskriminiert und
8 wie Menschen zweiter Klasse behandelt.

9 Das muss aufhören!

10 Die IG Metall wird sich für eine wirksame Regulierung der Leiharbeit mindestens in
11 folgenden Punkten einsetzen:

- 12 • Leiharbeit darf nicht als dauerhaftes Instrument im Einsatzbetrieb legitimiert
13 werden. Die Leiharbeit muss auf die Ursprünge zurückgeführt werden, um
14 Auftragsspitzen im Unternehmen abzubauen. Auftragsspitzen sind maximal ein
15 Geschäftsjahr und nicht 4 Jahre Überlassungsdauer. Hierfür ist ein
16 Kriterienkatalog zu erarbeiten, den Arbeitgeber einhalten müssen, sofern sie
17 Beschäftigte über Leiharbeit rekrutieren müssen.
- 18 • Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Leiharbeit müssen erweitert
19 werden. Betriebsvereinbarungen zur Regelung der Leiharbeit (u.a. Einsatzzweck,
20 Einsatzbereich, Volumen, Höhe der Vergütung, Höchstdauer des Einsatzes,
21 Übernahmeregeln) müssen erzwingbar sein. Eine adäquate Personalplanung ist mit
22 dem Betriebsrat zu vereinbaren.
- 23 • Dementsprechend muss es eine Begrenzung von Leiharbeit im Betrieb geben. Eine
24 maximale Einsatzdauer darf sich nicht auf einzelne Leiharbeiter*innen,
25 sondern muss sich auf den Arbeitsplatz im Einsatzbetrieb beziehen.
- 26 • Prekäre Beschäftigungen werden auf sechs Monate begrenzt. Danach erfolgt eine
27 unbefristete Übernahme ohne Probezeit im Einsatzbetrieb, mit Anerkennung der
28 vorhergegangenen Beschäftigungszeit.
- 29 • Auch in der Leiharbeit muss ausgeschlossen werden, dass „Sub-Sub-Beschäftigung“
30 erfolgt und muss verboten werden!
- 31 • Der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ (equal pay und equal treatment)
32 muss ab dem 1. Tag des Einsatzes für alle Arbeitsbedingungen gelten. Das gilt
33 auch bei Sonderzahlungen, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen (z. B.
34 Inflationsausgleichsprämie). Auch in Krisenzeiten (KUG) erhalten sie automatisch
35 die Rahmenbedingungen der Stammbeschäftigten.
- 36 • Initiative Mitbestimmung ist die Forderung nach zusätzlichen

- 37 Mitbestimmungsrechten für Betriebsräte bei der Fremdvergabe von Tätigkeiten und
38 der Auslagerung von Produktionsbereichen.
- 39 Die IG Metall wird auf dem Feld der Leiharbeit dafür sorgen, alle tariflichen
40 Bedingungen mindestens auf das Niveau der Einsatzbranchen ab dem ersten Einsatztag
41 angehoben werden. Außerdem muss ein Flexibilitätszuschlag beim Wechsel des
42 Einsatzbetriebs eingeführt werden.
- 43 Beides dient dem Ziel, die Leiharbeit als prekäre Beschäftigung zurückzudrängen.
- 44 Die IG Metall wird beim Gesetzgeber darauf hinwirken, dass neben der
45 Höchstüberlassungsdauer belastbare gesetzliche Regelungen zur Übernahme von
46 Leiharbeitnehmern geschaffen werden.
- 47 Die IG Metall muss die Tarifverträge zur Leiharbeit in den Grundzügen überarbeiten,
48 damit die Attraktivität sinkt.

Antrag L2.081: Zeitarbeit

Antragsteller*in:	GS Hannover
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Arbeitsmarktpolitik

- 1 Bereits auf dem 24. Ordentlichen Gewerkschaftstag 2019 wurde folgende Position
2 beschlossen:
- 3 „Wir brauchen eine stringente Regulierung atypischer Beschäftigungsformen wie der
4 Leiharbeit. Insbesondere gilt es zu verhindern, dass Leiharbeit dazu missbraucht
5 wird, reguläre Beschäftigung zu verdrängen. Der rotierende Einsatz von
6 Leiharbeiter*innen auf dauerhaften Arbeitsplätzen ist deshalb zu verbieten und
7 Leiharbeit wieder auf die Funktion der Abfederung von Auftragsspitzen zu begrenzen.“
8 (Entschließung 2, Punkt 2.2.1.1)
- 9 Die IG Metall wird im Sinne dieses Beschlusses weiter aktiv, dazu gehört
10 insbesondere:
- 11 1. Initiative für eine politische Kampagne des DGBs zur Änderung der Rechtslage im
12 Sinne des oben genannten Beschlusses.
 - 13 2. Eine Überprüfung der bestehenden Regelungen in den Tarifverträgen zur Zeitarbeit
14 und Befristung entsprechend des oben genannten Beschlusses und Erstellung von
15 Handlungsempfehlungen für die zuständigen Tarifkommissionen. Hierbei ist das
16 Ziel, gesetzliche Öffnungsklauseln nicht weiter auszubauen. Nach geltendem Recht
17 darf eine Befristung von Leiharbeitnehmer*innen maximal 18 Monate betragen (
18 Paragraph 1 Abs. 1b AÜG). Einige Tarifverträge gestatten den doppelten Zeitraum
19 (36 Monate), so bspw. bei Volkswagen.
 - 20 3. Bei einer Übernahme im Anschluss an einer Tätigkeit als Leiharbeitnehmer*innen
21 im selben Unternehmen soll diese in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis
22 erfolgen. Ein anderes Vorgehen ist eine Art der Kettenbefristung, die wir
23 ablehnen.

Antrag L2.084: Wer prekär beschäftigt, muss für Nachwuchs sorgen

Antragsteller*in:	GS Heidelberg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Ablehnung
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Arbeitsmarktpolitik

- 1 Die IG Metall, mit all ihren Gremien und Funktionär*innen-Strukturen, soll den
- 2 Grundsatz „Wer Menschen prekär beschäftigt, muss für Nachwuchs sorgen!“ in all ihr
- 3 Handeln aufnehmen.
- 4 Wir lehnen Leiharbeit, als eine Form der prekären Beschäftigung grundsätzlich ab aber
- 5 sie ist in vielen Unternehmen gang und gäbe. Darum fordern wir:
- 6 In Unternehmen in denen Leiharbeitende über eine tarifliche Überlassungsdauer hinaus
- 7 beschäftigt werden und nicht übernommen werden, sollen für das darauffolgende
- 8 Kalenderjahr eine adäquate Anzahl an Ausbildungsplätzen geschaffen werden (etwa 40%
- 9 der Leiharbeitsquote als zusätzliche Ausbildungsplätze).
- 10 Dahingehend sollen die betrieblichen Funktionär*innen (Betriebsrat und JAV) in ihren
- 11 Handlungsmöglichkeiten und deren strategischer Anwendung geschult werden.
- 12 In haustarifvertraglichen Regelungen sollen keine Öffnungen darüber hinaus getroffen
- 13 werden.

Antrag L2.085: Leih- Und Zeitarbeit begrenzen

Antragsteller*in:	GS Düsseldorf-Neuss
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Ablehnung
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Arbeitsmarktpolitik

- 1 Die IG Metall kämpft gegen Leiharbeit und ihre weitere Ausbreitung in den Betrieben.
- 2 Sie wendet sich gegen Aufweichungen der gesetzlichen Regelungen mit
- 3 Ergänzungstarifverträgen, z.B. die Aushebelung der 18 Monate Höchstüberlassungsdauer.
- 4 Innerbetrieblich wendet sie sich gegen die Aufweichungen von Leiharbeitsquoten.

Antrag L2.086: Leiharbeit verbieten

Antragsteller*in:	GS Landau
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L2.001
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Arbeitsmarktpolitik

- 1 Die IG Metall setzt sich über Verbesserungen für Leiharbeiter*innen hinaus weiter
- 2 dafür ein, dass Leiharbeit in seiner jetzigen Form verboten wird. Alle
- 3 Leiharbeiter*innen sollen im Entleihbetrieb in ein festes Arbeitsverhältnis
- 4 übernommen werden.

Antrag L2.087: Wandel in den Betrieben: Entgeltgleichheit vorantreiben und die Situation für Teilzeitbeschäftigte verbessern

Antragsteller*in:	Frauenausschuss
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Teilhabe- und Gleichstellungspolitik

- 1 Die Gleichstellung von Frauen und Männern schreitet voran. Im Zuge des
2 Fachkräftemangels und des Anspruchs der Repräsentation von unterschiedlichen Menschen
3 wird die betriebliche und gesellschaftliche Gleichstellungspolitik immer zentraler.
4 Allerdings gibt es noch zahlreiche Defizite in diesem Bereich, die es zu beheben
5 gilt.
- 6 Entgeltgleichheit ist für die weiblichen Beschäftigten das zentrale Thema. Der Wunsch
7 nach einer gleichen Bezahlung ist groß. Und diese Ansprüche spiegeln sich auch in den
8 gesetzlichen Vorhaben und Regelungen wider. In 2023 wird das Entgelttransparenzgesetz
9 evaluiert und vermutlich weiterentwickelt. Denn die EU hat die Entgelttransparenz-
10 Richtlinie beschlossen. Alle Mitgliedsstaaten haben nun drei Jahre Zeit, die
11 Regelungen umzusetzen.
- 12 Um diese Entwicklung aufzugreifen, legen wir den Fokus auf Entgeltgerechtigkeit und
13 die Verbesserung der Situation von Teilzeitbeschäftigten.
- 14 Entgeltgleichheit weiter vorantreiben
- 15 Wir fordern die betrieblichen Interessenvertretungen der IG Metall auf, die
16 jeweiligen Entgeltsysteme und deren Umsetzung im Betrieb aus frauen- und
17 gleichstellungspolitischer Perspektive zu analysieren und Maßnahmen zur Abschaffung
18 von Ungleichheiten einzuleiten.
- 19 Es sollen mindestens folgende Aspekte überprüft werden:
- 20 • Eingruppierung
 - 21 • Teilzeit und Einfluss auf Entgeltentwicklung
 - 22 • Leistungszulagen oder -bestandteile
 - 23 • Andere Zulagen
 - 24 • Verteilung der Arbeitsplätze (Bereiche, in denen (fast) nur Frauen arbeiten und
25 Bereiche, in denen (fast) nur Männer arbeiten)
 - 26 • Entwicklungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten.
- 27 Die IG Metall soll entsprechendes Material zur Verfügung stellen, Schulungen (auch
28 online) rund um Entgeltgleichheit anbieten sowie einen überbetrieblichen Austausch
29 organisieren. Die Thementiefe soll dabei von allgemeinen und niedrigschwelligen bis
30 spezialisierten Angeboten und Empowerment reichen.
- 31 Darüber hinaus intensivieren wir die Analyse der betrieblichen Entgeltlücken über das
32 eigens entwickelte Werkzeug der IG Metall. Die zu treffenden Maßnahmen nach der
33 Analyse sind je nach betrieblichen Belangen zu konkretisieren. In der Vergangenheit
34 haben sich Frauenförderprozesse, Quotenregelungen für Fach- und Führungspositionen,

35 „Prämienregelungen“ für Führungskräfte, die Frauen fördern, Entwicklungspläne und im
36 Bereich der Weiterbildung, Onlineangebote bewährt. Werden Frauen gezielt in ihrer
37 beruflichen Entwicklung gefördert, so trägt dies auch zum Schrumpfen der Entgeltlücke
38 bei.

39 Teilzeitbeschäftigung muss verbessert und diskriminierungsfrei werden

40 Die Teilzeitbeschäftigung nimmt auch im Organisationsbereich der IG Metall deutlich
41 zu. Teilzeitarbeit ist nicht nur aufgrund individueller Wünsche nach einer besseren
42 Work-Life-Balance auf dem Vormarsch, sondern vor allem auch deshalb, weil damit
43 Vereinbarkeitsfragen gelöst werden. Insbesondere wenn Familien Kinder bekommen, gehen
44 Frauen in Teilzeit, um die Defizite bei der Kinderbetreuungsinfrastruktur (fehlende
45 KiTa-Plätze, fehlende Ganztagesangebote etc.) auszugleichen.

46 Das Problem dabei: Teilzeitbeschäftigung führt aktuell zu massiven Nachteilen bei
47 Qualifizierung, beruflicher Entwicklung und Entgeltgerechtigkeit. Dies wirkt sich
48 insbesondere auf Frauen aus, denn ihr Anteil bei den Teilzeitbeschäftigten liegt bei
49 etwa 80 Prozent. Ihre Lage kann durch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen
50 deutlich verbessert werden. Hierzu sollen die rechtlichen Möglichkeiten des Paragraph
51 92 BetrVG in Verbindung mit Paragraph 80 BetrVG im Hinblick auf die Kapazitäts- und
52 Fachkräfteberatung mit dem Arbeitgeber ausgeschöpft werden. Ziel ist es,
53 teilzeitbeschäftigten Frauen Angebote zur Aufstockung ihrer Arbeitszeit und zur
54 beruflichen Entwicklung zu machen. Mögliche Maßnahmen sind:

- 55 • Die Rückkehr auf die vorherige Arbeitszeit sowie auf einen gleichwertigen
56 Arbeitsplatz bzw. die Ausweitung der Arbeitszeit ermöglichen,
- 57 • Die berufliche Weiterentwicklung und Vereinbarkeit ermöglichen (u.a. Teilzeit in
58 Schicht, Führen in Teilzeit, Meisterposition in Teilzeit),
- 59 • Die Möglichkeiten der vollzeitnahen Teilzeit attraktiv gestalten, so dass alle
60 Beschäftigten ihre Wünsche nach einer Arbeitszeitabsenkung erfüllen können (u.a.
61 Job-Sharing).

62 Die IG Metall soll mit ihren betrieblichen Aktiven hierzu eine betriebspolitische
63 Initiative zur Arbeitszeit und damit auch für Teilzeitbeschäftigte starten. Diese
64 soll sich für selbstbestimmte und moderne Arbeitszeiten einsetzen und so einen
65 Kulturwandel unterstützen, der es auch Männern ermöglicht, Familien- und Pflegezeiten
66 zu nehmen und Sorgearbeit zu leisten. Betriebliche Beratungsangebote für alle
67 Beschäftigten und insbesondere (werdende) Eltern und junge Arbeitnehmer*innen durch
68 Betriebsräte und Vertrauensleute sollen die Initiative ergänzen. Die IG Metall soll
69 hierzu Seminare anbieten.

70 Weiterhin soll die IG Metall auf den Gesetzgeber einwirken, die
71 Betriebsgrößenschwellen im Teilzeit- und Befristungsgesetz abzuschaffen und ein
72 betriebsunabhängiges Rückkehrrecht auf Vollzeit zu verankern. Vor dem Hintergrund des
73 Fachkräftemangels werden diese Maßnahmen notwendiger, denn Frauen sind das größte
74 Potential.

Antrag L2.088: Gleich, gleicher Island

Antragsteller*in:	GS Nordhausen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Teilhabe- und Gleichstellungspolitik

- 1 Wir fordern den Vorstand der Industriegewerkschaft Metall auf, alle unserer
 2 Gewerkschaft zur Verfügung stehenden Mittel und Wege zu nutzen, eine gesetzliche
 3 Grundlage für eine echte geschlechterspezifische Entgeltgleichheit in der
 4 Bundesrepublik Deutschland anhand folgender Kriterien zu initiieren.
- 5 Dazu zählen beispielsweise
- 6 • die Zusammenarbeit aller relevanten Vorstands- und Organisationsbereiche der IG
 7 Metall (insb. Berliner Büro, Brüsseler Büro);
 - 8 • die Erstellung von passenden Kriterien und Regelungsinhalten, die dem oben
 9 genannten Ziel am nächsten kommen und auf die Bundesrepublik Deutschland, unter
 10 Berücksichtigung geltenden Rechts, Anwendung finden können;
 - 11 • der Aufbau einer Kampagne, die über eine möglichst breite Strahlkraft verfügt
 12 und geeignet ist, politischen Druck auf den deutschen Gesetzgeber auszuüben (Als
 13 Vorbild kann die Rentenkampagne der IG Metall der IG Metall dienen);
 - 14 • die Bereitstellung von angemessenen finanziellen Mitteln;
 - 15 • die Zusammenarbeit mit allen DGB-Einzelgewerkschaften und geeigneten NGO,
 16 Parteien oder anderen Vereinigungen
- 17 Als Vorbild für die Regelungsinhalte dienen der sogenannte „Act on Equal Status und
 18 Equal Rights Irrespective of Gender" sowie die Verordnung „Regulation 1030 Of 13
 19 November 2017" der Republik Island.
- 20 Die Regelungen im deutschen Entgelttransparenzgesetz sind als politischer Kompromiss
 21 zu sehen. Das Gesetz führt zu keiner nachhaltigen Angleichung der Entgeltunterschiede
 22 zwischen Frauen und Männern. Die Schließung des so genannten Gender-Pay-Gaps ist
 23 durch einen gesetzlich verbrieften Auskunftsanspruch in Unternehmen mit mehr als 200
 24 bzw. 500 Beschäftigten, sowie einem empfehlenden Charakter und der freiwilligen
 25 Umsetzung in Verantwortung der Arbeitgeber, nicht zu realisieren. Ein erforderlicher
 26 sozialer und finanzieller Druck auf Unternehmen, die auch weiterhin i.d.R. Frauen für
 27 die gleiche Arbeit schlechter bezahlen als Männer, wird nicht ausgeübt. Das
 28 Entgelttransparenzgesetz ist daher kein taugliches Mittel geschlechterspezifische
 29 Entgeltunterschiede zu beseitigen.

Antrag L2.089: MINT-Berufe: Mädchen und Frauen fördern

Antragsteller*in:	GS Wolfsburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Teilhabe- und Gleichstellungspolitik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 11 - 12 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

1 Die IG Metall wird aufgefordert, sich gegenüber der Bildungspolitik von Bund und
 2 Ländern dafür einzusetzen, dass geschlechtersensibler Unterricht in MINT-Fächern
 3 Mädchen und Jungen gleichermaßen anspricht, um Mädchen zu ermutigen, ihr volles
 4 Potential für einen beruflichen Weg in der MINT-Branche zu erkennen und zu
 5 entwickeln. Hierfür müssen die Lehrkräfte geschult werden, z.B. durch Projekte, die
 6 von Bund und Ländern initiiert und finanziert werden. Zudem sollen Angebote für
 7 Mitglieder entwickelt werden, die Eltern von Kindern im Berufsorientierungsalter
 8 sind. Sie sollen darin unterstützt werden, Rollenstereotype zu überwinden und ihre
 9 Kinder hinsichtlich Zukunftsberufen beraten zu können. Studien zeigen, dass Eltern
 10 einen erheblichen Einfluss auf die Berufswahl ihrer Kinder haben.

11 Die IG Metall ~~wirbt~~prüft gemeinsam mit dem DGB und in Zusammenarbeit mit der
 12 Bundesagentur
 13 für Arbeit ~~mit einer~~eine Kampagne für zukünftig mehr weibliche MINT-Kräfte.
 14 Die IG Metall setzt sich dafür ein, dass im Rahmen des Girl's Days die MINT-Berufe in
 15 der Praxis stärker erfahrbar gemacht werden.

16 Mit dem Fachkräftemangel sind die Unternehmen schon länger konfrontiert und er spitzt
 17 sich weiter zu. Es werden Fachkräfte in vielen Bereichen wie z. B. in Technik und
 18 Informatik benötigt. Zurzeit fehlen rund 100.000 akademisch Ausgebildete und 300.000
 19 Fachkräfte im MINT-Bereich. MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft
 20 und Technik. Damit fehlen Menschen, die entwickeln und erfinden, aber auch Menschen,
 21 die später mit den Technologien arbeiten. Frauen sind in den MINT-Berufen stark
 22 unterrepräsentiert: Gemessen am Bevölkerungsanteil entscheiden sich Mädchen und
 23 Frauen viel seltener als Männer für technische und informatische Berufe. Der Anteil
 24 von Frauen in MINT-Berufen liegt bundesweit bei etwa 15,8 Prozent (Stand November
 25 2022). Weniger Frauen wählen eine duale Berufsausbildung in den technischen Berufen.
 26 An den Hochschulen wählen Frauen mittlerweile öfter einen Studiengang in diesen
 27 Bereichen, dennoch ist ihr Anteil in Informatik und den Ingenieurwissenschaften immer
 28 noch unterproportional. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass technische Berufe nicht
 29 für Frauen „geeignet“ sind oder dass sie sich als Frauen dafür nicht interessieren.
 30 Eine große Rolle spielen Stereotype, die Mädchen und Frauen daran hindern, sich für
 31 Technik Berufe zu entscheiden. Um diese zu überwinden, müssen Frauen gefördert
 32 werden. Und dies beginnt bereits in der Grundschule, wo Geschlechterstereotype
 33 aufgebrochen werden müssen bzw. bereits in Kita und Kindergarten, wo auf eine
 34 klischeefreie und gendersensible Begleitung der Kinder zu achten ist und Kinder schon
 35 in spielerischer Form mit Technik in Berührung kommen. Mädchen in den weiterführenden
 36 Schulen müssen systematisch mit MINT-Ausbildungsberufen und -Studiengängen bekannt
 37 gemacht werden, damit sie als selbstverständlich wahrgenommen werden. Dafür ist ein
 wichtiger guter Schritt, dass Informatik ein Pflichtfach an den Schulen in allen



38 Bundesländern wird.

Antrag L2.090: Optimale Teilnahme von Alleinerziehenden am Arbeitsmarkt

Antragsteller*in:	GS Herborn
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Teilhabe- und Gleichstellungspolitik

- 1 Wir fordern die IG Metall auf sich dafür einzusetzen, dass Alleinerziehenden eine
2 optimale Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglicht wird.
- 3 Alleinerziehende stehen vor der Aufgabe, eine oftmals herausfordernde Lebenssituation
4 zu meistern: Sie sind in der Regel zeitlich stark eingebunden, stehen finanziell
5 häufig unter Druck und sind oftmals psychisch und gesundheitlich belastet. Mit nur
6 einer potenziellen Verdiennerin bzw. einem potenziellen Verdienner und gleichzeitiger
7 Erziehungsverantwortung für die Kinder wird das Erwirtschaften eines bedarfsdeckenden
8 Einkommens erschwert. Diese Herausforderungen für Alleinerziehende werden durch die
9 Ausgestaltung der Rahmenbedingungen bislang nicht kompensiert: Es fehlt an
10 Kinderbetreuungsangeboten, insbesondere in den Randzeiten. Aus diesen Gründen sind
11 Alleinerziehende besonders häufig auf Unterstützungsleistungen nach dem
12 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) angewiesen. Rund 38 Prozent aller Haushalte
13 von Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern sind derzeit auf staatliche
14 Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) angewiesen (Stand 2017).
15 Alleinerziehende sind in einem größeren Ausmaß als andere Haushaltskonstellationen
16 auf Hilfen nach dem SGB II angewiesen. Alleinerziehende machen einen quantitativ
17 großen Anteil an den Hilfebedürftigen im SGB II aus und benötigen
18 Unterstützungsleistungen und Angebote die auf ihre Situation zugeschnitten sind. Die
19 Zahl der alleinerziehenden Mütter mit Kindern liegt aktuell bei ca. 89 Prozent.
- 20 Es bedarf deshalb dringend Verbesserungen auf verschiedenen Ebenen:
- 21 • Arbeitslose Alleinerziehende benötigen eine systematische Unterstützung beim
22 Nachholen eines Schulabschlusses, dem Abschluss einer beruflichen Ausbildung
23 oder beruflichen Weiterbildung. Hierbei sind insbesondere Teilzeit-Ausbildungen
24 eine Ausbildungsform, die Alleinerziehenden ermöglicht, Ausbildung und
25 Weiterbildung mit der Kindererziehung und -betreuung zu vereinbaren. Die
26 Arbeitsagenturen und Jobcenter müssen ihre Bemühungen in Form einer
27 Ausbildungsinitiative für Alleinerziehende verstärken. Vor allem für
28 Alleinerziehende müssen die finanziellen Rahmenbedingungen während der
29 Weiterbildung verbessert werden. Aus der Praxis ist bekannt, dass vielfach eine
30 Weiterbildung oder das Erlernen eines Berufes nicht angegangen werden, weil die
31 Unterstützungsleistung während der Maßnahme zu gering ist. Deswegen bedarf es
32 eines Zuschlages auf das Arbeitslosengeld bei Weiterbildung oder die
33 Grundsicherung bzw. das zukünftige Bürgergeld.
 - 34 • Voraussetzung für eine (umfassendere) Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden ist
35 eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung, die - entsprechend den Arbeitsbedingungen
36 vieler frauentypischer Branchen – auch ganztags, am Wochenende und in der Nacht
37 möglich sein sollte. Dies gilt sowohl für die Betreuung von Kleinkindern als

- 38 auch die Betreuung von schulpflichtigen Kindern. Hierbei sollten institutionelle
39 Angebote (Kindertageseinrichtungen, Ganztageschulen) mit aufsuchenden Angeboten
40 (Betreuung zu Hause, Begleitung zu Kursen etc.) kombinierbar sein. Die Kommunen
41 müssen ihre Angebote dementsprechend ausbauen, der Bund muss dies durch
42 entsprechende Gesetzgebung und finanzielle Ressourcen flankieren. Der
43 Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ist ein erster Schritt.
44 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht nach der Kita enden, sondern
45 muss auch mit schulpflichtigen Kindern bis zum 14. Lebensjahr möglich sein.
46 Dabei ist es wichtig, dass der Ausbau qualitativ hochwertig entwickelt und
47 vorangebracht wird. Voraussetzung dafür ist ausreichend und gut qualifiziertes
48 Personal.
- 49 • Tarifvertraglich sind Regelungen zu entwickeln, die den Lebensrealitäten von
50 Alleinerziehenden Rechnung tragen (z.B. flexible lebenslagenorientierte
51 Arbeitszeitmodelle, Ausbau guter mobiler Arbeit, Zuschüsse für Kinderbetreuung
52 und ergänzende und flexible Kinderbetreuungsangebote).
 - 53 • Die Programme des Bundesministerium für Arbeit und Soziales haben die SGB-II-
54 Hilfequote von Alleinerziehenden senken können. Dieser Trend muss verstetigt
55 werden, indem die Jobcenter weiterhin die speziellen Bedürfnisse von
56 Alleinerziehenden ganzheitlich im Blick haben und passende Unterstützung in
57 regionalen Netzwerken organisieren können (Arbeitgeberansprache,
58 Kinderbetreuung, psychosoziale Unterstützung, Weiterbildung/Umschulung). Dafür
59 bedarf es einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der Jobcenter.
60 Langfristig sollte überlegt werden, ob die Betreuung von Alleinerziehenden nicht
61 besser außerhalb des SGB II-Regelbereichs erfolgen kann.
 - 62 • Mitunter fehlt es noch an Transparenz über die bestehenden Hilfe- und
63 Bildungsangebote, die es für die Zielgruppe der Alleinerziehenden vor Ort
64 bereits gibt. Wünschenswert wären deshalb zentrale Anlaufstellen für
65 Alleinerziehende vor Ort, wo diese ganzheitliche Beratung und Betreuung aus
66 einer Hand erhalten. Ansonsten werden die Alleinerziehenden von einer Instanz
67 zur nächsten geschickt und jede bearbeitet nur ein Bruchstück der eigentlichen
68 Problemlage.
 - 69 • Bei der Vermittlung von alleinerziehenden Arbeitslosen sollten die
70 Arbeitsagenturen und Jobcenter bei Teilzeitwunsch in sozialversicherte
71 Teilzeitbeschäftigung (mit möglichst vollzeitnaher Wochenarbeitszeit)
72 vermitteln. Die Entlohnung und die soziale Absicherung sind hier für die
73 Beschäftigten deutlich vorteilhafter als in Minijobs. Die Agenturen und
74 Jobcenter müssen sowohl Arbeitgeber als auch Beschäftigte dahingehend beraten
75 und fördern, dass eine Beschäftigung in Minijobs möglichst überwunden werden
76 kann. Die Minijobs sind eine „Beschäftigungsbremse“, die sich in einer Zeit des
77 Fachkräftebedarfs negativ auf den Arbeitsmarkt und eine nachhaltige soziale
78 Sicherung auswirkt. Minijobs sollten aus unserer Sicht perspektivisch komplett
79 in sozialversicherte Beschäftigung umgewandelt werden (Ausnahmen Schüler*innen,
80 Studierende, Rentner*innen).
 - 81 • Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war ein Meilenstein, von dem viele
82 Millionen Geringverdienende - vor allem Frauen - profitiert haben. Der
83 Mindestlohn von 12 Euro ab dem 01.10.2022 ist ein weiterer wichtiger Schritt,

- 84 jedoch muss die Tarifbindung weiter gestärkt werden, indem Tarifverträge durch
85 bessere gesetzliche Rahmenbedingungen leichter für allgemeinverbindlich erklärt
86 werden können.
- 87 • Das hohe Armutsrisiko alleinerziehender Familien muss deutlich gesenkt werden.
88 Armut von Alleinerziehenden bedeutet immer auch Armut von Kindern. Wichtig ist,
89 dass der Zahlbetrag von Kinderzuschlag (bis zur Einführung einer
90 Kindergrundsicherung) deutlich erhöht und nach dem Alter gestaffelt wird und die
91 Leistung leicht zugänglich ist. Sachgerecht wäre es bis zur Einführung der
92 Kindergrundsicherung, den Kinderzuschlag direkt mit dem Kindergeld in einem
93 Antragsverfahren beantragen zu können.

Antrag L2.091: Erleichterte Zuwanderung und verbesserte Integration

Antragsteller*in:	GS Köln-Leverkusen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Teilhabe- und Gleichstellungspolitik

1 Deutschland ist ein Einwanderungsland. In den kommenden Jahren wird ein hoher Zuzug
 2 von Facharbeiter*innen aus dem Ausland notwendig, um die Beschäftigungslücke u. a. in
 3 der Industrie sowohl quantitativ wie auch qualitativ auffangen zu können. Die
 4 Betriebe und deren Belegschaften werden noch interkultureller. Die Bundesregierung
 5 will den Zugang in den Arbeitsmarkt für Kollegen*innen aus dem Ausland daher
 6 vereinfachen. Die Anerkennung von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen soll dabei
 7 vereinfacht und entbürokratisiert werden. Dadurch soll ein elementares Hemmnis bzw.
 8 Hürde für die Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt abgebaut werden. Die derzeitige
 9 Realität ist weit davon entfernt. Ein entscheidender Zugang und damit auch wichtiger
 10 Bestandteil für die Integration ist u. a. eine vereinfachte Anerkennung von Bildungs-
 11 und Ausbildungsabschlüssen der Betroffenen und der ungehinderte Zugang zu Fort- und
 12 Weiterbildungsmaßnahmen als elementarer Integrationsbestandteil.

13 Darüber hinaus sind seit dem Jahr 2015 eine Vielzahl von qualifizierten
 14 Kollegen*innen, getrieben von Kriegen, politischer Verfolgung und Hunger, aus ihrem
 15 Heimatländern geflohen. Hier findet allerdings eine gewollte Ungleichbehandlung
 16 statt. So ist es Betroffenen z. B. aus Syrien und dem nahen- und mittleren Osten sehr
 17 erschwert auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, u. a. durch das langjährige Verfahren
 18 zur Anerkennung ihres Asylverfahrens. Betroffenen aus dem Kriegsgebiet der Ukraine
 19 ist, richtigerweise, direkt über ihren anerkannten Status der Zugang zum Arbeitsmarkt
 20 erleichtert worden. Diese Ungleichbehandlung muss aufhören und erschwert die
 21 notwendige Integration von Kollegen*innen in die Gesellschaft sowie dem Arbeitsmarkt.

22 Der Anerkennung von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen stehen die behördlichen
 23 Hürden einer Arbeitsaufnahme entgegen. Oftmals jahrelang andauernde Asylverfahren und
 24 damit ein faktisch gesperrter Zugang in den Arbeitsmarkt, fördern weder die
 25 Integration der Betroffenen noch helfen sie bei der oben beschriebenen Schließung der
 26 Lücke auf dem Arbeitsmarkt.

27 Für uns als Gewerkschaft ergeben sich daraus folgende Handlungsfelder:

- 28 1. Durch politische Lobbyarbeit darauf hinzuwirken, dass die Rahmenbedingungen für
 29 eine vereinfachte Zuwanderung und Integration in der Arbeitswelt und
 30 Zivilgesellschaft verbessert werden.
- 31 2. Unter Nutzung der Mandate in den Selbstverwaltungsorganen (Verwaltungsausschüsse
 32 etc.) auf die Bundesagentur für Arbeit einzuwirken, dass die Förderung und
 33 Qualifizierung dieser Personengruppen verstärkt zu behandeln ist. Die aktuell
 34 bestehenden Hemmnisse zur Integration sind zu analysieren und ein entsprechendes
 35 Handlungskonzept daraus zu entwickeln.
- 36 3. Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, über den DGB, auf die zuständigen

- 37 Ministerien dahingehend einzuwirken, dass die vorhandenen Zugangsbeschränkungen
38 und Beschäftigungshemmnisse von Kollegen*innen mit dem Hintergrund von Migration
39 und Flucht weiter abgebaut werden. Insbesondere mit entsprechender Ausstattung
40 von finanziellen und personellen Ressourcen zur Förderung der Integration und
41 Eingliederung in den Arbeitsmarkt durch den Bund und die Bundesländer, sowie den
42 zuständigen staatlichen Stellen. Konkret können vereinfachte Verfahren beim
43 Ausstellen von Visen, Arbeitserlaubnissen der Ausbildungsduldung, oder bei der
44 Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen, Hürden abbauen. Es
45 müssen gesetzliche Maßnahmen gegen die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt
46 umgesetzt werden. Dabei gilt es, die Vorteile des dualen Ausbildungssystems und
47 einer Berufsausbildung, für Menschen mit Migrationshintergrund besser zu
48 verdeutlichen.
- 49 4. Die Aufrechterhaltung der fachlichen Qualifikation von Migranten*innen in einem
50 bestehenden Arbeitsverhältnis, insbesondere im Zusammenhang mit der
51 Transformation des Arbeitsmarktes, stellt eine zusätzliche Herausforderung dar.
52 Oftmals sind die Beschäftigungsverhältnisse der Kollegen*innen mit
53 Migrationshintergrund noch durch eine geringere Qualifizierung, sowie eine
54 geringere Quote im Bereich abgeschlossener Berufsausbildungen im Verhältnis zur
55 Gesamtbevölkerung, geprägt. Das besondere Augenmerk auf diese Problemstellung,
56 sowie eine gezielte und rechtzeitige Qualifizierung auf die neuen Arbeitsplätze
57 in der Industrie und dem Handwerk, wird von der IG Metall als besondere
58 Herausforderung anerkannt. Entsprechende Handlungsempfehlungen zu diesem
59 Themenfeld, werden gesondert ausgearbeitet.
- 60 5. Gleichzeitig müssen Angebote geschaffen werden, die den Kollegen*innen und ihren
61 Familien die Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglichen. Dazu gehören z. B.
62 qualitativ hochwertige Sprachkurse und ein diskriminierungsfreier Zugang zum
63 Wohnungsmarkt.

Antrag L2.093: Einflussnahme auf die Bundesinitiative Barrierefreiheit der Bundesregierung

Antragsteller*in:	GS Salzgitter-Peine
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Teilhabe- und Gleichstellungspolitik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 18 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

1 Auf der Grundlage des Koalitionsvertrages hat die Bundesregierung Maßnahmen zur
 2 Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen, die sie in einem
 3 Eckpunktepapier unter dem Titel „Bundesinitiative Barrierefreiheit – Deutschland wird
 4 barrierefrei“ veröffentlicht hat. Unter anderem geht es um die Überarbeitung der
 5 übergeordneten Gesetzgebung zur Barrierefreiheit (benannt wurden explizit das
 6 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das Behindertengleichstellungsgesetz, das
 7 Barrierefreiheitsstärkungsgesetz). Die IG Metall wird aufgefordert, nicht zuletzt in
 8 ihrer Funktion als Behindertenverband, auf diese Gesetzesüberarbeitung aktiv
 9 einzuwirken. Im Rahmen des Eckpunktepapieres wird als weitere Maßnahme von der
 10 Bundesregierung eine ins Leben zu rufende „Bundesinitiative Barrierefreiheit“
 11 vorgestellt. Diese wird durch einen Beirat begleitet, in dem Menschen mit
 12 Behinderungen, Länder, Kommunen, Forschung, Wirtschaft und Arbeitnehmerseite
 13 vertreten sein werden. Barrierefreiheit wird als ressortübergreifende Aufgabe
 14 betrachtet, so dass die Bundesinitiative durch einen Ausschuss auf
 15 Staatssekretärsbene gelenkt wird. Die IG Metall wird aufgefordert, in der
 16 Bundesinitiative Barrierefreiheit Einfluss zu nehmen, um die Interessen der
 17 Beschäftigten im Sinne unserer Satzungsziele des Paragraph 2 durchzusetzen.
 18 Insbesondere ist ~~zu erreichen~~ darauf hinzuwirken, dass eine umfassende
 Barrierefreiheit von der
 19 Privatwirtschaft umgesetzt wird, wovon letztlich nicht nur Menschen mit Behinderung
 20 profitieren.

Antrag L2.094: Rechenschaftsbericht „Die IG Metall als Behindertenverband“

Antragsteller*in:	GS Salzgitter-Peine
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Durch diesen Antrag erledigte Anträge:	L2.095
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Teilhabe- und Gleichstellungspolitik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 11 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Seit 2016 ist die IG Metall offiziell als Behindertenverband anerkannt. Dies bietet
 2 erweiterte rechtliche Möglichkeiten, sich für die Belange und Interessen von (Schwer-
 3) Behinderten einzusetzen. Die IG Metall berichtet künftig jährlich z.B. in Form
 4 eines Rechenschaftsberichtes über die Aktivitäten, in denen sie in ihrer Funktion als
 5 Behindertenverband tätig gewesen ist. Dabei wird besonderer Wert auf die Frage
 6 gelegt, zu welchen Gesetzesvorhaben im Bereich der Teilhabepolitik und der
 7 Barrierefreiheit die IG Metall beratend tätig geworden ist; in welchen Fällen die
 8 Möglichkeiten des Verbandklagerechtes geprüft oder durchgeführt wurden, an welchen
 9 kollektiven Zielvereinbarungen mit Arbeitgeberverbänden oder Unternehmen die IG
 10 Metall beteiligt war, zu welchen Themen und Projekten die IG Metall mit anderen
 11 Sozialverbänden kooperiert. Weitere Bestandteile der Berichterstattung können z. B. auch die Herstellung von Barrierefreiheit in den Unternehmen wie auch innerhalb der IG Metall, in den Gebäuden und bei öffentlichen Veranstaltungen sein. Ein solcher
~~Rechenschafts~~Bericht kann als
 12 Arbeitsgrundlage für die örtliche Arbeit herangezogen werden.

Antrag L2.095: Rechenschaftsbericht des Behindertenverbandes der IG Metall 1 x jährlich

Antragsteller*in:	GS Nürnberg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L2.094
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Teilhabe- und Gleichstellungspolitik

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, zukünftig einmal jährlich einen
- 2 Rechenschaftsbericht über die Arbeit der IG Metall als Behindertenverband zu
- 3 erstellen und zu veröffentlichen.
- 4 Mitgliedschaft und Öffentlichkeit sollten über die Ziele und Möglichkeiten der IG
- 5 Metall als Behindertenverband laufend informiert werden. Bestandteil der
- 6 Berichterstattung sollte die Herstellung von Barrierefreiheit in den Unternehmen wie
- 7 auch innerhalb der IG Metall, in den Gebäuden und bei öffentlichen Veranstaltungen
- 8 sein.

Antrag L2.096: Altersdiskriminierung begegnen

Antragsteller*in:	GS Nordhessen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Teilhabe- und Gleichstellungspolitik

- 1 Altersdiskriminierung am Arbeitsplatz soll offensiv begegnet werden. Eine Maßnahme
- 2 wie eine Kampagne zur Bewusstmachung der Problemlage ist gewerkschaftsintern wie auch
- 3 in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein geeignetes Mittel. Eine aktuelle
- 4 Untersuchung kann als Grundlage für eine solche Kampagne dienen.

Antrag L2.097: Wir sind eine Belegschaft – keine Differenzierung durch Bilanzierungsregelungen

Antragsteller*in:	GS Landau
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Teilhabe- und Gleichstellungspolitik

- 1 Dass der IG Metall Vorstand auf Entscheidungsträger und zuständige Stellen in der
- 2 Politik hinwirkt, die unterschiedlichen Bilanzierungsregelungen für die Bilanzierung
- 3 von gewerblichen Mitarbeitenden und Angestellten zu vereinheitlichen. Nach den
- 4 heutigen Bilanzierungsregelungen, z.B. nach HGB Paragraph 285 Nr. 7, muss die Anzahl
- 5 der Beschäftigten nach unterschiedlichen Gruppen ausgewiesen werden und damit
- 6 gewerbliche Mitarbeiter*innen unter den variablen Kosten und Angestellte unter den
- 7 fixen Kosten bilanziert werden.

Antrag L2.098: Arbeitsplätze und Beschäftigtenrechte müssen in der Insolvenz des Arbeitgebers gesetzlich besser abgesichert werden

Antragsteller*in:	GS Salzgitter-Peine
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Insolvenzrecht

1 Unternehmensinsolvenzen bedeuten schwerwiegende Belastungen für betroffene
2 Arbeitnehmer*innen: Geld, Arbeitsplatz und sozialer „Besitzstand“ gehen verloren. Der
3 gesetzliche Schutz vor diesen Risiken reicht nicht aus.

4 Insbesondere bei Massenentlassungen zeigt sich oft, dass die gesetzliche Regelung der
5 Sozialplanabfindungen in der Insolvenz völlig unzulänglich ist. Deshalb ist eine
6 unabhängige Kontrolle der Verfahrensdurchführung gerade in Insolvenzverfahren
7 wichtig, in denen ein hohes Risiko für Unternehmen und die damit verbundenen
8 Arbeitsplätze droht. Das Insolvenzverfahren darf nicht nur der reinen Befriedigung
9 der Forderungen von Finanzgläubigern wie Banken dienen.

10 Aus den vorgenannten Gründen setzt sich die IG Metall stärker als bisher dafür ein,
11 dass:

- 12 • die Informations- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigtenvertretungen auch in
13 der Insolvenz gewahrt bleiben und gestärkt werden. Neben dem
14 Betriebsverfassungsgesetz betrifft das Beteiligungsmöglichkeiten nach der
15 Insolvenzordnung, insbesondere das Recht zur Mitarbeit gewerkschaftlicher
16 Vertreter in Gläubigerausschüssen.
- 17 • das Ziel der Beschäftigungssicherung, also des Arbeitsplatzerhalts durch
18 Fortführung von Unternehmen, in das Gesetz aufgenommen werden.
- 19 • neben der Sicherung von Arbeitsplätzen auch die Rechte der Beschäftigten,
20 gesichert werden, wie z.B. rückständige Löhne und sonstige Ansprüche von
21 Arbeitnehmer*innen über das bisherige Insolvenzgeld hinausgehend. Diese Rechte
22 der Beschäftigten verdienen ebenso wie aufgrund der Betriebszugehörigkeit
23 erworbene Rechte einen besonderen Schutz im Insolvenzverfahren.
- 24 • der Kündigungsschutz auch im Insolvenzfall unvermindert fortbesteht und bei
25 Schließungen von Betrieben oder Abteilungen den Betroffenen wenigstens – und
26 zwar rechtzeitig beim Arbeitsplatzverlust - ausreichende Entschädigungen gezahlt
27 werden.

Antrag L2.099: Die Modifizierung des Paragraphen 56 Insolvenzordnung, Bestellung des Insolvenzverwalters

Antragsteller*in:	GS Remscheid-Solingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Insolvenzrecht
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 2 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 3 - 4 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 5 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 6

- 1 Der Vorstand der IG Metall möge sich beim Gesetzgeber dafür einsetzen, den
- 2 Paragraphen ~~56~~270d aus der Insolvenzordnung zu modifizieren, so dass es zukünftig
- 3 nicht
- 4 mehr möglich ist, dass der Schuldner ~~oder der vorläufige Gläubigerausschuss~~
- 5 berechtigt ist, einen Insolvenzverwalter vorläufigen Sachwalter einverbindlich
- 6 vorzuschlagen. Es soll dem Insolvenzgericht
- 7 ~~überlassen werden, welcher Insolvenzverwalter eingesetzt wird.~~ Nur so kann die
- 8 erforderliche Unabhängigkeit des ~~Insolvenzverwalters~~ vorläufigen Sachwalters
- 9 tatsächlich gewährleistet
- 10 werden.
- 11 Für gewisse Kanzleien ist es mittlerweile ein Geschäftsmodell, hier geplant
- 12 vorzugehen und einen bereits vorher ausgesuchten Sachwalter, mit Insolvenzplan
- ausgestattet, dem Insolvenzgericht vorzuschlagen. Beworben wird dies von diesen
- Kanzleien als besonders günstige Möglichkeit der Sanierung für Personalabbau oder gar
- Betriebsschließungen.

Antrag L2.100: Insolvenzordnung Paragraph 270. Die Einschränkung der Eigenverwaltung

Antragsteller*in:	GS Remscheid-Solingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Durch diesen Antrag erledigte Anträge:	L2.101
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Insolvenzrecht

1 Der Vorstand der IG Metall möchte sich daher beim Gesetzgeber dafür einsetzen, dass
 2 die Voraussetzung für die Beantragung eines Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung
 3 geändert werden, und eine Eigenverwaltung in Konstellationen, bei denen nur einzelne
 4 Tochtergesellschaft aus einem Konzernverbund ein Insolvenzverfahren beantragt,
 5 ausgeschlossen ist. In diesen Fällen soll es zukünftig nicht mehr möglich sein, dass
 6 der Schuldner berechtigt wird, unter der Aufsicht eines Sachwalters die
 7 Insolvenzmasse zu verwalten und über sie zu verfügen.

8 Der Paragraph 270 der Insolvenzordnung ist am 01.01.1990 in Kraft getreten.
 9 Unternehmen, die den Bedarf einer Sanierung haben oder die Notwendigkeit einer
 10 Sanierung für sinnvoll erachten, nutzen bei drohender Zahlungsunfähigkeit häufig die
 11 Möglichkeit, einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung
 12 zu stellen. Die Geschäftsführung holt sich regelmäßig hierfür einen auf
 13 Restrukturierungs- und Insolvenzsituationen spezialisierten Rechtsanwalt in die
 14 Geschäftsführung. Daneben wird in der Regel noch eine Anwaltskanzlei mit der
 15 Abwicklung des Verfahrens beauftragt. Viele Rechtsanwaltskanzleien werben sogar für
 16 diese Art der Sanierungen. Nach unserer Einschätzung gehen solche Verfahren häufig zu
 17 Lasten der langjährig Beschäftigten. Die Geschäftsführung bedient sich in der Regel
 18 der kurzen Kündigungsfristen von max. 3 Monaten und des gedeckelten
 19 Sozialplanvolumens um kostengünstig einen Personalabbau durchzuführen und vieles
 20 negative mehr. Auch aus Sicht der Gläubiger ist die im Rahmen eines
 21 Eigenverwaltungsverfahrens erzielte Quote häufig niedriger als in einem
 22 Regelinsolvenzverfahren. Gerade in Konstellation, bei denen nur eine
 23 Tochtergesellschaft aus einem Konzernverbund heraus von einem Insolvenzverfahren
 24 betroffen ist, besteht ein hohes Risiko, dass die Gesellschafter/der Konzern das
 25 Eigenverwaltungsverfahren in seinem Sinne steuert und eine Sanierung und den Erhalt
 26 der Arbeitsplätze zum Beispiel durch Veräußerung an einen Dritten, z.B. einen
 27 Wettbewerber aktiv verhindert. In solchen Konzernstrukturen ist die Möglichkeit, eine
 28 Tochtergesellschaft in einem Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung zu steuern, sowohl
 29 für die Beschäftigten als für die Gläubiger in der Regel als nachteilig anzusehen.
 30 Die Interessen der Beschäftigten/Gläubiger sind daher schutzwürdiger als die
 31 Interessen der Gesellschafter an einem Eigenverwaltungsverfahren.

Antrag L2.101: Insolvenzordnung Paragraph 270. Die Abschaffung der Eigenverwaltung

Antragsteller*in:	GS Remscheid-Solingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L2.100
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Insolvenzrecht

- 1 Der Paragraph 270 der Insolvenzordnung ist am 01.03.2012 in Kraft getreten.
- 2 Unternehmen, die den Bedarf einer Sanierung haben oder die Notwendigkeit einer
- 3 Sanierung für sinnvoll erachten, nutzen bei drohender Zahlungsunfähigkeit häufig die
- 4 Möglichkeit, einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung
- 5 zu stellen. Die Geschäftsführung holt sich regelmäßig hierfür einen auf
- 6 Restrukturierungs- und Insolvenzsituationen spezialisierten Rechtsanwalt in die
- 7 Geschäftsführung. Daneben wird in der Regel noch eine Anwaltskanzlei mit der
- 8 Abwicklung des Verfahrens beauftragt. Viele Rechtsanwaltskanzleien werben sogar für
- 9 diese Art der Sanierungen mit Insolvenzplan, samt Vorschlag eines*r "passenden"
- 10 Insolvenzverwalter*in . Nach unseren Erfahrungen gehen solche Verfahren häufig zu
- 11 Lasten der Beschäftigten. Die Eigenverwaltung/Geschäftsführung bedient sich in der
- 12 Regel der kurzen Kündigungsfristen von max. 3 Monaten und des gedeckelten
- 13 Sozialplanvolumens der Insolvenzordnung, um kostengünstig einen Personalabbau oder
- 14 gar Betriebsschließung durchzuführen.
- 15 Der Vorstand der IG Metall möchte sich beim Gesetzgeber dafür einsetzen, den
- 16 Paragraphen 270 aus der Insolvenzordnung zu streichen.
- 17 Die bisherigen Praxis-Erfahrungen mit Insolvenzen in Eigenverwaltung sind der
- 18 Beweggrund, diese Möglichkeit grundsätzlich in Frage zu stellen. Diese Öffnung muss
- 19 wieder geschlossen werden und das Regelverfahren „Normalfall“ bleiben.

Antrag L2.102: Betrug in der Insolvenz verhindern

Antragsteller*in:	GS Trier
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Insolvenzrecht
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 14 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Das Vorgehen von Investoren während einer Insolvenz ist sehr unterschiedlich. Es geht
 2 uns nicht darum, gute Erfahrungen durch Überregulierung zu erschweren. Uns geht es
 3 darum verantwortungsloses und sittenwidriges Verhalten in einer Insolvenz
 4 einzuschränken und wenn möglich, völlig zu unterbinden.
- 5 Das Geschäftsgebaren einiger Private Equities läuft darauf hinaus, den Preis zum
 6 Erwerb eines Unternehmens aus einer Insolvenz so zu drücken, dass das Guthaben des
 7 Geschäftskontos den Verkaufspreis übersteigt. Ohne große Investition wird das
 8 Geschäftskonto durch überhöhte Beratungskosten oder „Management Fees“ nach und nach
 9 leer gemacht. Da der Verkaufspreis geringer war, als das Guthaben des Geschäftskontos
 10 ist dies ein bilanziell positives Geschäft. Nach wenigen Jahren wird erneut Insolvenz
 11 angemeldet. Das bisherige Rechtssystem konnte solches sittenwidriges Gebaren nicht
 12 unterbinden. Doch die Sozialbindung des Eigentums durch das Grundgesetz ermöglicht
 13 durchaus regulativ einzugreifen.
- 14 Konkret fordern ~~wir:~~ wir die Überprüfung der folgenden Punkte:
- 15 • Im Falle einer Insolvenz muss der Gesetzgeber die Möglichkeit schaffen, die
 16 genauen Gründe, die zu der Insolvenz führten, zu ermitteln, um damit eine
 17 Entscheidungs- und Bewertungsgrundlage des Insolvenzverfahrens zu schaffen.
 - 18 • Ergibt diese Prüfung, dass der Entzug von Kapital das Investitionsvolumen und
 19 der eventuell Verlust aus laufendem Geschäft übersteigt, haften die
 20 Eigentümer*innen, unabhängig der Rechtsform, persönlich in den ersten fünf
 21 Jahren nach Erwerb des Unternehmens für den Differenzbetrag.
 - 22 • Ist dem Unternehmen wirtschaftlichen Schaden durch offensichtliche Unterlassung
 23 üblicher und zu erwartender Handlungen entstanden, erweitert sich die Haftung
 24 von den Geschäftsführern auf die Eigentümer*innen

Antrag L2.103: Insolvenzordnung Paragraph 123. Aufhebung der doppelten Deckelung von Sozialplanvolumen bei Insolvenz

Antragsteller*in:	GS Remscheid-Solingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Insolvenzrecht

- 1 Die Insolvenzordnung deckelt im Paragraph 123 das Volumen für Sozialpläne, für den
- 2 Ausgleich oder die Milderung der wirtschaftlichen Nachteile, die den Arbeitnehmern
- 3 infolge der geplanten Betriebsänderung entstehen.
- 4 Im ersten Absatz (Paragraph 123 InsO) erfolgt eine Begrenzung auf maximal 2,5
- 5 Monatsverdienste; im zweiten Absatz wird das Sozialplanvolumen auf ein Drittel der
- 6 Masse begrenzt.
- 7 Die IG Metall möge darauf hinwirken die Begrenzung im ersten Absatz aufgehoben wird,
- 8 so dass das Verteilungsvolumen für Sozialpläne zukünftig ausschließlich auf ein
- 9 Drittel der zur Verfügung stehenden Masse begrenzt wird.
- 10 Sofern ein Drittel der zur Verfügung stehenden Masse (relative Höchstgrenze) höher
- 11 ausfällt als die zweieinhalbfache Bruttoentgeltsumme (absolute Höchstgrenze), soll
- 12 ausschließlich die Drittelregelung zukünftig als absolute Höchstgrenze des
- 13 Sozialplanvolumens gelten.

Antrag L2.107: IG Metall als sozialpolitischen Akteur stärken

Antragsteller*in:	GS Suhl-Sonneberg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Sozialpolitik

- 1 In der Sozialpolitik geht es für die IG Metall vor allem um Chancengleichheit,
 2 Umverteilung, Mitbestimmung und um wirtschaftliche Sicherheit. Eine IG Metall, die
 3 ihre Wirkmächtigkeit ausbauen möchte, muss neben betriebs- und tarifpolitischen
 4 Themen auch parallel sozialpolitische Rahmenbedingungen verbessern. Die
 5 Beschäftigtenbefragung der IG Metall hat beispielsweise ergeben, dass zwischen 88 und
 6 96 Prozent der Befragten einen erleichterten Zugang zu Altersrenten und eine Anhebung
 7 des Rentenniveaus erwarten. Das mandatiert die IG Metall zu einem eigenständigen
 8 sozialpolitischen Akteur.
- 9 Angesichts eines dauerhaften (Fort-) Bestehens multipler Krisen ist für
 10 Arbeitnehmer*innen und eben auch unsere Mitglieder sozialpolitische Absicherung gegen
 11 krisenbedingte Auswirkungen unverzichtbar. Zudem ist die IG Metall einer der
 12 bundesweit größten Senioren- oder Behindertenverbände. Umso wichtiger ist es, dass
 13 wir bei unserem sozialpolitischen Engagement nicht nachlassen. Es wäre geradezu
 14 fahrlässig, auf eine aktive Interessenpolitik (sowohl gegenüber dem Politikbetrieb,
 15 als auch im Rahmen der Selbstverwaltung) zu verzichten. Die Vertretung unserer
 16 Mitglieder sowie die Attraktivität für neue Mitglieder erfordert zunehmendes
 17 Engagement auch in sozialpolitischen Themen.
- 18 Wir müssen im Sinne unserer Mitglieder mehr Einfluss auf die grundlegende
 19 Ausgestaltung der Sozialpolitik nehmen mit dem Ziel, die Sozialversicherungssysteme
 20 langfristig zu sichern, zu stärken und auszubauen. Zugleich wirken wir in den Organen
 21 der sozialen Selbstverwaltung mit – engagiert, aber ohne deren Bedeutung zu
 22 überhöhen. Zahlreiche Verbesserungen in den Zweigen der Sozialversicherungen der
 23 letzten Jahre tragen die Handschrift der IG Metall und wären ohne Forderungen,
 24 Aktivitäten und Kampagnen der IG Metall nicht politisch durchsetzbar gewesen. Oft
 25 erfolgten unsere Aktivitäten in enger Abstimmung mit dem DGB, anderen Gewerkschaften
 26 und Verbündeten. Dabei muss die IG Metall als eigenständiger Akteur auch weiterhin
 27 Positionen und Forderungen entwickeln, einbringen und durchsetzen.
- 28 Mit Blick auf die demographische Entwicklung unserer Mitgliedschaft müssen die
 29 direkte Unterstützung für das einzelne Mitglied und unsere sozialpolitische Expertise
 30 an Bedeutung gewinnen. Eine IG Metall, die im sozialpolitischen Feld wahrnehmbar ist
 31 und vor Ort gute Beratungs- und Serviceleistungen anbietet: aus unserer Sicht kann so
 32 die Austrittsquote bei Mitgliedern über 55 gesenkt werden.
- 33 Daraus folgt:
- 34 • Wir müssen unsere Kompetenz in sozialen Fragen noch stärker herausstellen. Die
 35 Sozialpolitik bleibt ein wichtiges Handlungsfeld für die IG Metall.
 - 36 • Wir brauchen in allen Geschäftsstellen eine qualifizierte Sozialrechtsberatung.
 37 Hierfür bedarf es geeigneter Qualifizierungsangebote.

- 38 • Die Bedeutung von fachlich versierten Versichertenberater*innen mit enger
39 Anbindung an die IG Metall darf nicht unterschätzt werden.
40 Versichertenberater*innen besetzen strategisch wichtige Positionen, die wir mit
41 Blick auf das Halten und Gewinnen von Mitgliedern besser nutzen müssen. Die
42 Auswahl und Begleitung von Versichertenberater*innen muss Aufgabe der IG Metall
43 bleiben. Diese Aufgabe allein dem DGB zu überlassen, wäre falsch.
- 44 • Wir müssen mehr Aufwand betreiben, um gute Versichertenberater*innen zu finden,
45 entwickeln und zu begleiten.

Antrag L2.108: Sozialpolitik gehört zur IG Metall

Antragsteller*in:	GS Saarbrücken
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Sozialpolitik

- 1 Die IG Metall war und ist immer ein bestimmender Bestandteil der sozialen Bewegung in
- 2 der Bundesrepublik Deutschland. Durch ihr Engagement in allen Fragen der
- 3 Sozialversicherung und der sozialen Sicherung konnten in der Vergangenheit politische
- 4 Absichten der jeweils regierenden Parteien verhindert werden. Dies muss zukünftig
- 5 erhalten bleiben. Dazu zählt ein für Sozialpolitik zuständiges Mitglied des Vorstands
- 6 und eine eigenständige Abteilung, die sowohl auf der politischen Ebene, als auch in
- 7 die Organisation hinein, auf allen Ebenen, wirkt und die sozialpolitische Diskussion
- 8 befeuert.
- 9 Eine Übertragung dieses wichtigen Politikfelds an den DGB als Dachorganisation führt
- 10 zu einer Verwässerung der eigenen Politik und kann die eigene Kraft der IG Metall
- 11 nicht ersetzen.
- 12 Auch ist der Umbau der IG Metall zu einer reinen „Tarifmaschine“, ohne einen
- 13 sozialpolitischen Überbau und Rückhalt, zum Scheitern verurteilt. Wer, wenn nicht wir
- 14 als IG Metall soll das soziale Gewissen von abhängig Beschäftigten sein.

Antrag L2.112: Stromkosten aus dem Regelsatz des Bürgergeldes herausnehmen

Antragsteller*in:	GS Wolfsburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material zu L2.001
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Sozialpolitik

1 Der Gewerkschaftstag fordert den Vorstand auf, sich für eine Änderung des
2 Bürgergeldes mit dem Ziel einzusetzen, die Stromkosten aus dem Regelsatz
3 herauszunehmen. Diese Kosten sollen analog den Kosten der Unterkunft (Miete,
4 Betriebskosten und Heizung) durch das Jobcenter übernommen werden. Die Übernahme soll
5 in der Höhe eines existenzsichernden Volumens an Kilowattstunden erfolgen, welches
6 sich an den realen Verbräuchen von armen Menschen orientiert.

7 Das Bürgergeld hat zum 1. Januar 2023 das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld
8 abgelöst. Die Regelsätze sind mit Einführung des Bürgergeldes je nach
9 Regelbedarfsstufe auf bis zu 502 Euro angehoben worden, darin enthalten sind 8,84
10 Prozent für Haushaltsenergie. Konkret gehen in den Regelbedarf alle
11 Verbrauchsausgaben ein, die bei einkommensschwachen Haushalten u.a. für Ernährung
12 (Nahrungsmittel und Getränke), Kleidung, Körperpflege, Wohnungsausstattung, Strom für
13 Beleuchtung und Geräte, Gesundheitsausgaben sowie persönliche Bedürfnisse des
14 täglichen Lebens im Durchschnitt anfallen. Dabei soll der Regelbedarf den gesamten,
15 für die Sicherung des Existenzminimums notwendigen Lebensunterhalt einer oder eines
16 Hilfebedürftigen decken.

17 Die Kosten für den Haushaltsstrom, also für Beleuchtung in der Wohnung, Lampen, E-
18 Herd, Elektrogeräte wie Waschmaschine oder Spülmaschine, Radio, Fernsehen, Computer
19 und ähnliches, werden nicht separat vom Jobcenter gezahlt. Sie sind im Regelsatz des
20 Bürgergeldes enthalten und reichten bereits vor der Energiekrise nicht um die
21 Rechnungen der Haushaltsenergien zu begleichen.

22 Der durchschnittliche Strompreis für Haushalte liegt nach Angaben des Bundesverbandes
23 der Energie und Wasserwirtschaft (BDEW) zum Jahresbeginn 2023 aber um 20 Prozent
24 höher als im 2. Halbjahr 2022. Die durchschnittlichen Stromkosten betragen bei einem
25 Verbrauch von 1.500 kWh für eine alleinstehende Person derzeit ca. 640 Euro im Jahr.
26 Demnach sind die Kosten für einen durchschnittlichen Verbrauch an Strom nunmehr um 25
27 Prozent höher als im Regelsatz dafür vorgesehen.

Antrag L2.115: Entschieden gegen Leistungskürzungen und höhere Eigenanteile in der GKV

Antragsteller*in:	GS Esslingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Durch diesen Antrag erledigte Anträge:	L2.116
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Sozialpolitik
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 18 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Bei der gesetzlichen Krankenversicherung dürfen die bestehenden chronischen
- 2 Unterfinanzierungsprobleme keinesfalls auf dem Rücken der Versicherten und
- 3 Leistungsbezieher*innen gelöst werden.
- 4 Forderungen nach stärkeren finanziellen Eigenbeteiligungen der Versicherten und/oder
- 5 nach Leistungskürzungen erteilen wir eine klare Absage. Versuche, wie z.B. von Bernd
- 6 Raffelhüschen propagiert, Gesundheitskosten zukünftig noch stärker den Betroffenen
- 7 aufzuhalsen, sind ein zutiefst unsolidarischer Akt.
- 8 Die Teilhabe der gesetzlich Versicherten am medizinisch-technischen Fortschritt ist
- 9 sicherzustellen. Gesetzlich Versicherte dürfen insbesondere nicht Versicherte zweiter
- 10 Klasse werden oder sein.
- 11 Auftretende Finanzierungs-Probleme des GKV-Systems und des Gesundheitssystems
- 12 allgemein müssen notfalls auch durch erhöhte staatliche Zuschüsse aus Steuermitteln
- 13 gelöst werden, zumal das GKV-System heute aufgrund politischer Entscheidungen mit
- 14 diversen versicherungsfremden Leistungen enorm zusätzlich belastet ist.
- 15 Das solidarische Konzept einer Bürgerversicherung ist darüber hinaus weiter zu
- 16 unterstützen.
- 17 Der Vorstand wird aufgefordert, dahingehend politisch Einfluss zu nehmen. Zudem sind
- 18 hierfür ~~entsprechend unterstützende Kampagnen~~ entsprechende öffentlichkeitswirksame
Aktivitäten vorzubereiten.

Antrag L2.116: Entschieden gegen Leistungskürzungen und höhere Eigenanteile bei der gesetzlichen Krankenversicherung – Für solidarische Finanzierung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt

Antragsteller*in:	GS Göppingen-Geislingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L2.115
Sachgebiet:	L2. - Beschäftigung und Sozialstaat zukunftsfest machen
Sachthema:	L2 Sozialpolitik

- 1 Eine weitere Schwächung der gesetzlichen Krankenversicherung lehnt die IG Metall ab.
- 2 Die bei der gesetzlichen Krankenversicherung bestehenden chronischen
- 3 Unterfinanzierungsprobleme dürfen keinesfalls auf dem Rücken der Versicherten und
- 4 Leistungsbezieher gelöst werden.
- 5 Forderungen nach stärkeren finanziellen Eigenbeteiligungen der Versicherten und/oder
- 6 nach Leistungskürzungen erteilen wir eine klare Absage. Versuche, wie z.B. von Bernd
- 7 Raffelhüschen propagiert, Gesundheitskosten zukünftig noch stärker den Betroffenen
- 8 aufzuhalsen, sind ein zutiefst unsolidarischer Akt.
- 9 Die Teilhabe der gesetzlich Versicherten am medizinisch-technischen Fortschritt ist
- 10 sicherzustellen. Gesetzlich Versicherte dürfen insbesondere nicht Versicherte zweiter
- 11 Klasse werden oder sein.
- 12 Die Finanzierungs-Probleme des GKV-Systems und des Gesundheitssystems allgemein
- 13 müssen notfalls auch durch erhöhte staatliche Zuschüsse aus Steuermitteln gelöst
- 14 werden, zumal das GKV-System heute aufgrund politischer Entscheidungen mit diversen
- 15 versicherungsfremden Leistungen enorm zusätzlich belastet ist.
- 16 Die Stärkung des GKV Systems mit Vergrößerung der Mitgliederbasis durch die
- 17 solidarische Bürgerversicherung ist Antwort auf die Fragen der Zukunft.
- 18 Der Vorstand wird aufgefordert, dahingehend politisch Einfluss zu nehmen und hierfür
- 19 unterstützende Kampagnen durchzuführen.

Antrag L3.128: AVWL weiterentwickeln

Antragsteller*in:	GS Düren-Stolberg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Durch diesen Antrag erledigte Anträge:	L3.129, L3.130
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 tarifliche Alterssicherung

- 1 Die IG Metall hat 1970 erstmals für die Metall- und Elektroindustrie im gesamten
2 damaligen Bundesgebiet einen Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen
3 abgeschlossen. Damals wurde vereinbart, dass 26,-DM bzw. 13,-DM im Sinne des „Zweiten
4 Gesetzes zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer“ monatlich vom Arbeitgeber an die
5 Kolleg*innen ausgezahlt werden. Bereits damals wurde in diesem bundesweiten
6 Tarifvertrag nicht nur die Höhe der monatlichen Auszahlung geregelt, sondern auch die
7 Anlagearten für die dieses Geld zweckbestimmt ausgezahlt worden ist.
- 8 1976 wurde der Tarifvertrag im Sinne des „Dritten Gesetzes zur Vermögensbildung für
9 Arbeitnehmer“ angepasst und die Beträge wurden in zwei Schritten auf 39,-DM bzw.
10 19,50,-DM und 52,- DM bzw. 26,-DM erhöht.
- 11 Danach hat es keinen materiellen Fortschritt bei der Entwicklung dieser
12 tarifvertraglichen Leistung mehr gegeben. Im Jahr 2000 wurde lediglich die Umstellung
13 der Geldbeträge in EURO zwischen den Tarifvertragsparteien vereinbart, so dass die
14 bis heute gültigen Beträge von 26,59€ für Arbeitnehmer*innen bzw. 13,29€ für
15 Auszubildende fixiert wurden.
- 16 Die letzte wesentliche Änderung war, in Folge der Rentengesetzgebung der Regierung
17 Schröder, dass die Tarifvertragsparteien im Jahre 2006 vereinbarten, dass die
18 bisherigen vermögenswirksamen Leistungen von da an nur noch zum Zwecke der
19 ergänzenden privaten Altersvorsorge gewährt werden sollen.
- 20 Allein aus der Darstellung dieser Entwicklung lässt sich erkennen, dass eine
21 Weiterentwicklung der AVWL dringend geboten ist.
- 22 Vordringlich müssen die AVWL tarifyndynamisiert werden. Wäre dies bereits 1976 ff.
23 vereinbart worden, so hätten die Beschäftigten heutzutage eine namhafte
24 Zusatzleistung, die eine materielle Absicherung im Alter gewährleisten könnte.
- 25 Die Altersvorsorgewirksamen Leistungen sind für viele Branchen tariflich abgesichert,
26 aber längst noch nicht für alle. Die IG Metall muss es sich zum Ziel machen, diese
27 tarifliche Leistung dynamisch für alle tarifierten Branchen abzuschließen.
- 28 In der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie 2024 soll der IG Metall Vorstand
29 den bezirklichen Tarifkommissionen vorschlagen, dass die Erhöhung der AVWL mit einem
30 nennenswerten Pauschalbetrag zur Forderung erhoben werden soll, um die fehlende
31 Tarifyndynamik der Vergangenheit zumindest teilweise zu kompensieren. Zukünftig wäre
32 dann eine Kopplung an die prozentuale Erhöhung der Entgelte vorzusehen.
- 33 Ebenfalls soll dieser Betrag – im Rahmen der gegenwärtigen Diskussionen über einen
34 Mitgliederbonus in Flächentarifverträgen – zukünftig ausschließlich Mitgliedern

35 vorbehalten sein. Aufgrund der jetzigen und absehbaren Betragshöhe würde dies im
36 Einklang mit bestehender Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur Bonifizierung
37 von Gewerkschaftsmitgliedern stehen.

38 Ein weiteres Manko der betrieblichen Umsetzung von guten Tarifverträgen ist, dass bis
39 heute nicht alle Beschäftigten und auch nicht alle betriebsangehörigen Mitglieder der
40 IG Metall ihr tarifliches Recht auf eine Leistung gemäß TV AVWL trotz der
41 niedrigschwelligen Beantragung nicht abrufen.

42 Bei der Erarbeitung von Konzepten im Sinne der Überlegungen „365 Tage Tarif“ muss als
43 Schwerpunkt beinhaltet sein, dass die Quote der Beschäftigten, die diese Leistung
44 abrufen gesteigert wird.

45 Die Attraktivität dieser tariflichen Leistung soll weiterhin dadurch gestärkt werden,
46 dass neben den bisherigen Verwendungszwecken auch als monatlich zusätzliche
47 Einzahlung in die Deutsche Rentenversicherung gewährt werden kann.

48 Hierzu ist die Bundesregierung aufgefordert, diese zusätzliche Einzahlungsmöglichkeit
49 auch für Beschäftigte zu eröffnen, die noch nicht das 50. Lebensjahr vollendet haben.

50 Um abschließend daraus eine zukunftsichere Absicherung gegen Altersarmut zu machen,
51 muss sichergestellt sein, dass die auf der Einzahlung dieser Beträge basierende
52 zusätzliche Rentenzahlung nicht versteuert und mit Sozialversicherungsbeiträgen
53 belegt wird.

Antrag L3.129: Erhöhung der Arbeitgeberleistung im Tarifvertrag AVWL

Antragsteller*in:	GS Heidenheim
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L3.128
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 tarifliche Alterssicherung

- 1 Die IG Metall setzt sich für eine Erhöhung der Arbeitgeberleistung im Tarifvertrag
- 2 AVWL ein. Um künftig eine Tarifdynamik sicherzustellen, soll die Höhe des AVWL-
- 3 Beitrags an die Eckentgeltgruppe gekoppelt werden. Weiter sollten die AVWL in einen
- 4 Rentenbaustein umgewandelt werden.

Antrag L3.130: Altersvorsorgewirksame Leistungen deutlich erhöhen

Antragsteller*in:	GS Braunschweig
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L3.128
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 tarifliche Alterssicherung

- 1 Der Vorstand und die Tarifkommissionen werden aufgefordert, in den nächsten
- 2 Tarifrunden Forderungen über eine erhebliche Steigerung der Beträge in unseren
- 3 Tarifverträgen über altersvorsorgewirksame Leistungen, so wie beispielsweise bei
- 4 Volkswagen von ca. 100 €/mtl., die tarifiedynamisch sind, aufzustellen.

Antrag L3.135: Gesetzliche/betriebliche Rente stärken – Brutto- und Netto-Entgelt-Umwandlung abschaffen

Antragsteller*in:	GS Jena-Saalfeld
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Ablehnung
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 tarifliche Alterssicherung

- 1 Die IG Metall Vorstand setzt sich für eine Stärkung der Alterseinkünfte aus der
- 2 gesetzlichen Rentenversicherung ein und dass diese angemessen und nachhaltig
- 3 ausgestaltet werden muss, um vor Altersarmut zu schützen. Arbeitgeberfinanzierte
- 4 betriebliche Rentenmodelle sind als Ergänzung einzuführen, dürfen jedoch nicht
- 5 gesetzliche Ansprüche ersetzen oder reduzieren. Die gewerkschaftliche Tarifpolitik
- 6 sorgt dafür tarifliche Grundlagen zu schaffen, um rein arbeitgeberfinanzierte
- 7 Betriebsrenten einzuführen. Die IG Metall muss eine Rentenpolitik fördern, welche
- 8 modern, zukunftsfähig und krisenfest ist. Daher ist die gesetzliche Rente in den
- 9 Mittelpunkt zu rücken.
- 10 Die IG Metall beendet die gemeinsame Initiative mit Gesamtmetall „MetallRente“ und
- 11 setzt sich somit für eine Stärkung der gesetzlichen Renten ein. Jegliche privaten
- 12 Neu-Altersvorsorgen aus Brutto- und/oder Nettoentgeltumwandlungen werden nicht
- 13 unterstützt. Bestehende Verträge der „MetallRente“ bleiben bestehen. Diese Brutto-
- 14 und/oder Nettoentgeltumwandlungsaltersvorsorgen sind so auszugestalten, dass der
- 15 Arbeitgeber aus der Entgeltumwandlung keine finanziellen Vorteile bezieht. Sollten
- 16 eingesparte Sozialversicherungsbeiträge entstehen so sind diese in die gesetzliche
- 17 Rentenversicherung zu überführen.

Antrag L3.136: Altersvorsorgewirksame Leistungen zu erweitern und deutlich zu erhöhen

Antragsteller*in:	GS Schwäbisch Hall
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 tarifliche Alterssicherung

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, im Rahmen der Gesamtdiskussion um die Chancen und
- 2 Risiken des Betriebsrentenstärkungsgesetzes und die weitere Stärkung der gesetzlichen
- 3 Rentenversicherung, sowie die Förderung der betrieblichen Altersvorsorge als
- 4 Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung auf allen Ebenen zu diskutieren und zu
- 5 prüfen, ob neben dem Baustein der altersvorsorgewirksamen Leistung M+E in Zukunft
- 6 auch wieder tarifvertraglich der Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen ermöglicht
- 7 werden kann. Allgemein soll die altersvorsorgewirksame Leistung (AVwL) durch eine
- 8 tarifpolitische Ausrichtung stärker gefördert werden. Die Beträge in unseren
- 9 Tarifverträgen sollen (analog des Abschlusses bei Volkswagen 2018 von ca. 100
- 10 €/monatlich tarifyndamisch) deutlich angehoben werden.
- 11 Jede*r Arbeitnehmer*in hat das Recht auf vermögenswirksame Leistungen.
- 12 Der Staat möchte die Eigentums- und Vermögensbildung fördern. Das sollten wir ändern
- 13 indem wir die klassische Bausparversicherung wieder mit aufnehmen, denn auch sie ist
- 14 förderungsfähig. Denn die beste Altersvorsorge sind doch immer noch die eigenen vier
- 15 Wände!

Antrag L3.137: Angleichung der Altersvermögenswirksamen Leistungen für alle Beschäftigten

Antragsteller*in:	GS Siegen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 tarifliche Alterssicherung

- 1 Die IG Metall setzt sich dafür ein, dass die Altersvermögenswirksamen Leistungen
- 2 (AVWL) bei allen Beschäftigten in gleicher Höhe gezahlt werden. Dazu erhalten die
- 3 Tarifkommissionen der Branchen den Auftrag, den wertgleichen Anspruch auf ungekürzte
- 4 AVWL für alle Beschäftigten in Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden zu
- 5 erzielen. Mit diesem Ergebnis wird die Gleichbehandlung von Teilzeit- und
- 6 Vollzeitkräften sowie Auszubildenden in Bezug auf die AVWL erreicht.
- 7 Derzeit haben ausschließlich Beschäftigte einen Anspruch auf ungekürzte AVWL, die
- 8 nicht in einem Ausbildungsverhältnis stehen und deren individuelle regelmäßige
- 9 wöchentliche Arbeitszeit mindestens 35 Stunden beträgt. Dies stellt eine mittelbare
- 10 Diskriminierung – insbesondere gegenüber Frauen und jungen Menschen – dar und somit
- 11 erleiden diese Beschäftigtengruppen einen Nachteil, welcher sich negativ auf deren
- 12 Zukunft auswirkt.

Antrag L3.138: Ausgleich von Rentenabschlägen durch Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung

Antragsteller*in:	GS Braunschweig
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 tarifliche Alterssicherung

- 1 Der Vorstand und die Tarifkommissionen werden aufgefordert, Tarifverträge in weiteren
- 2 Tarifgebieten, so wie beispielsweise im metallverarbeitenden Handwerk Niedersachsen
- 3 (TV zur Einführung von Wertguthaben und zum Ausgleich von Rentenabschlägen)
- 4 abzuschließen, um somit Einbußen bei der späteren Rente zu verhindern und einen
- 5 früheren Ruhestand zu ermöglichen. Dabei werden Rentenabschläge über verpflichtende
- 6 Einzahlungen durch den Arbeitgeber und freiwillige Beiträge durch den Arbeitnehmer in
- 7 die gesetzliche Rentenversicherung ausgeglichen.

Antrag L3.139: Branchenarbeit stärken und fokussieren

Antragsteller*in:	GS Riesa
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, für die Betreuung der Branchenarbeit
- 2 der Industriebranchen, die durch die IG Metall betreut werden, ausreichend Mittel und
- 3 Personal bereitzustellen, um eine qualitativ hochwertige Betreuung sicherzustellen.
- 4 Insbesondere die Möglichkeit, die Branchentreffen regelmäßig in Präsenz
- 5 durchzuführen, soll nicht eingeschränkt werden.

- 6 Um eine ressourcenschonende Stärkung der Branchenarbeit zu bewerkstelligen, sollte es
- 7 eine interne Koordinierung der Teilbranchenarbeit geben um die Beteiligung der
- 8 betrieblichen Kolleg*innen stabil zu ermöglichen. Wo dies möglich und sinnvoll ist,
- 9 sollten Branchenkongresse für mehrere Teilbranchen zusammen durchgeführt werden.

- 10 Die Branchenarbeit hat innerhalb der IG Metall einen hohen Stellenwert, der
- 11 tendenziell in den letzten Jahren gestiegen ist. Um diese Branchenarbeit auf hohem
- 12 Niveau fortsetzen zu können, müssen verlässlich entsprechende Kapazitäten
- 13 bereitgestellt werden.

- 14 Gleichzeitig häufen sich Veranstaltungen und Netzwerktreffen, die sich sowohl
- 15 thematisch, als auch personell überschneiden, so dass die angesprochenen Kolleg*innen
- 16 mitunter ein Überangebot haben. Kontinuität und qualitative Hochwertigkeit der
- 17 Branchentreffen sollten deshalb Vorrang haben.

Antrag L3.140: Stärkung der regionalen Branchenarbeit

Antragsteller*in:	GS Ludwigsfelde
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert:
- 2 Trotz einer personellen Reduzierung des geschäftsführenden Vorstandes, Strukturen
- 3 personell und finanziell zu unterstützen die zum Ziel haben auf Bundes-, bezirklicher
- 4 und Geschäftsstellenebene, die Branchenarbeit zu unterstützen beziehungsweise
- 5 aufzubauen.
- 6 Als Arbeitsgrundlage gilt dabei die Integrationsrichtlinie zur Branchenarbeit vom
- 7 April 1998.
- 8 Im Vordergrund steht die Kollektivierung von betrieblicher und tariflicher Expertise
- 9 sowie die strukturelle Zurverfügungstellung dieses Wissens. Dies kann in Ausschüssen
- 10 erfolgen, die sich mit der Branchenarbeit beschäftigten und/oder kontinuierlich
- 11 stattfindenden Schulungsangeboten für haupt- und ehrenamtliche Kolleginnen und
- 12 Kollegen aus diesen Branchen. Darüber hinaus ist es unabdingbar,
- 13 beteiligungsorientiert die branchenspezifischen Themen und Schwerpunkte zu
- 14 recherchieren und analysieren, um sie zielgerichtet den Akteuren der Branche zur
- 15 Verfügung zu stellen. Dies passiert auf Bundes-, Bezirks- und Geschäftsstellenebene.

Antrag L3.141: Überarbeitung der (Integrations-)Richtlinie zur Branchenarbeit in der IG Metall

Antragsteller*in:	GS Osnabrück
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird damit beauftragt, die Integrationsrichtlinie zur
- 2 Branchenarbeit unter Ziffer 2.3 dahingehend zu ändern, dass zukünftig
- 3 Branchenarbeitsgruppen auf Geschäftsstellenebene nicht erst bei sieben, sondern bei
- 4 drei Betrieben der Branche errichtet werden müssen.
- 5 Die Branchenarbeitsgruppen auf Geschäftsstellenebene werden bevollmächtigt, mit
- 6 einfacher Mehrheit Anträge an die Bezirksarbeitsgruppe zu stellen.
- 7 Die Bezirksarbeitsgruppe wird bevollmächtigt, mit einfacher Mehrheit Anträge an den
- 8 Bundesbranchenausschuss zu stellen.

Antrag L3.142: Wandel Gestalten – Handwerk stärken

Antragsteller*in:	GS Braunschweig
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Durch diesen Antrag erledigte Anträge:	L3.143
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 25 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Im Wirtschaftsbereich Handwerk sind ca. 5,6 Mio. Menschen bundesweit beschäftigt.
- 2 Davon sind knapp 2 Mio. Kolleg*innen im Organisationsbereich der IG Metall. Das
- 3 Handwerk mit seinen 130 Berufen und ca. 1 Mio. Betrieben in Deutschland ist ein
- 4 vielfältiger Wirtschaftsbereich. Unserem Organisationsbereich sind 35 bis 40 % der
- 5 Betriebe zuzuordnen.
- 6 Die Mitbestimmung in diesen Bereichen steht vor vielen Herausforderungen.
- 7 Transformation, Digitalisierung und Mobilitäts- und Energiewende haben auch auf das
- 8 Handwerk massive Auswirkungen. Doch oft fehlen den Betrieben langfristige Strategien
- 9 für den Strukturwandel und Zukunftsinvestitionen.
- 10 Es ist daher anzustreben, dass im Rahmen regionaler Strukturpolitik, beispielsweise
- 11 in die durch die Bundesregierung geförderten Transformationsnetzwerke, Kolleg*innen
- 12 aus den jeweiligen Handwerksbetrieben ebenfalls einbezogen werden.
- 13 Darüber hinaus gibt es noch viele Handwerksbetriebe ohne Betriebsrat und ohne
- 14 Tarifvertrag. Hier sind geeignete Maßnahmen zu initiieren, um gewerkschaftliche
- 15 Handlungsfelder zu fördern und den bereits engagierten Kolleg*innen den Rücken zu
- 16 stärken. Insbesondere gilt dies für die Jugend im Handwerk.
- 17 Insgesamt steigern gute tarifliche Regelungen im Flächentarifvertrag die
- 18 Attraktivität im Handwerk und können auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Dazu
- 19 gehören beispielsweise Angebote hochwertiger Aus- und Weiterbildung, um den
- 20 Anforderungen des technologischen Wandels mit Fortbildungsmaßnahmen gerecht zu
- 21 werden. Zudem sind auch arbeitszeitverkürzende Ansätze, wie beispielsweise eine
- 22 tarifvertraglich geregelte 4-Tage Woche anzustreben.
- 23 Um auch in den nächsten Jahren eine erfolgreiche gewerkschaftspolitische
- 24 Handwerksarbeit zu leisten und den Wandel in den Handwerksbetrieben zu gestalten,
- 25 braucht es weiterhin eine ~~langfristige~~ bundesweite Brancheninitiative, um Vertrauen
- der
- 26 Beschäftigten zur Gestaltungskraft der IG Metall aufzubauen, die Jugend anzusprechen,
- 27 weiter Mitstreiter*innen zu gewinnen, Betriebsräte zu gründen und die Tarifbindung im
- 28 Handwerk zu stärken und auszubauen.

Antrag L3.143: Start einer Handwerksoffensive

Antragsteller*in:	GS Arnsberg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L3.142
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Das Handwerk stellt nach wie vor einen der größten Wirtschaftszweige und somit ein
- 2 enormes Potential an Mitgliedern für die IG Metall dar. Fast 3 Millionen
- 3 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Organisationsbereich der
- 4 IG Metall, unterstreichen die Wichtigkeit der Branche und die Notwendigkeit,
- 5 vorhandene Strukturen zu stärken und fehlende zu erschließen.
- 6 Gleichzeitig stehen wir als Gesamtorganisation vor großen Herausforderungen im
- 7 Hinblick auf die Gestaltung der Transformation und die Sicherung der Ausbildungs- und
- 8 Arbeitsplätze, gerade in der Metall –und Elektroindustrie. Die IG Metall kann es sich
- 9 gar nicht leisten, sowohl moralisch als auch organisationspolitisch, diesen
- 10 Wirtschaftszweig zu ignorieren bzw. zu vernachlässigen.
- 11 Deshalb muss die IG Metall eine Handwerksoffensive starten. Hierfür bedarf es einer
- 12 ernst gemeinten und ehrlichen Diskussion über die Rolle des Handwerks in unserer
- 13 Organisation, die Erwartungen und Möglichkeiten sämtlicher relevanter Ebenen (vom
- 14 Betrieb bis zum Vorstand) an eine Offensive. Ein wichtiges Signal ist, dass der
- 15 Bereich Handwerk im Vorstand weiterhin vertreten ist.
- 16 Ziel muss sein, dass wir nicht nur eine Industriegewerkschaft sind, sondern eine
- 17 Gewerkschaft für alle abhängig Beschäftigten in unserem Organisationsbereich.

Antrag L3.144: Das Handwerk gewerkschaftlich erschließen

Antragsteller*in:	GS Darmstadt
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 In der Bundesrepublik Deutschland ist das Handwerk mit seiner Branchenvielfalt der
 2 zweitgrößte Wirtschaftszweig. In den Zuständigkeitsbereich der IG Metall fallen ca. 2
 3 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Handwerk. 38
 4 Prozent davon arbeiten in Betrieben mit über 50 Beschäftigten.
- 5 Die positive wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre im Handwerk wird
 6 voraussichtlich die nächste Zeit anhalten. Fachkräftemangel und unbesetzte
 7 Ausbildungsstellen sind gegenwärtig in der öffentlichen Debatte. Gründe hierfür sind
 8 lange Arbeitszeiten und zu geringe Löhne und Gehälter im Vergleich zur Industrie.
 9 Diese Entwicklungen hängen eng mit der Tariffucht der Arbeitgeberverbände aus der
 10 erodierenden Sozialpartnerschaft zusammen. Deshalb orientieren sich
 11 Arbeitnehmer*innen und somit auch die IG Metall- Mitglieder aus dem Handwerk neu und
 12 wandern in Wirtschaftszweige der Industrie ab.
- 13 Erschwerend kommt hinzu, dass viele Unternehmen und Betriebe nicht mehr nach
 14 klassischem Betriebsbegriff arbeiten. Veränderte Strukturen im Bereich der
 15 Unternehmen, mit verteilten Betriebssitzen oder einem weitverzweigten Netz von
 16 Niederlassungen/Baustellen, erfordern neue Konzepte der IG Metall.
- 17 Mit dem Trend zu veränderten Unternehmens- und Betriebsstrukturen verbunden ist ein
 18 Rückgang der Mitglieder im Handwerk. Positive Ansätze, um diesem Trend
 19 entgegenzuwirken sind in der IG Metall Handwerksarbeit die laufenden Kampagnen
 20 „Vollgas für Tarifverträge“ in Hessen und „Autohaus Fair“. Daraus resultierende
 21 betriebs- und tarifpolitische Erfolge waren möglich, weil
 22 geschäftsstellenübergreifende Zusammenarbeit organisiert und durchgeführt wurde. Die
 23 positiven Erfahrungen mit bundesweiten Kampagnen sollten zur Erschließung genutzt
 24 werden.
- 25 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, Kampagnen zur Erschließung bundesweit
 26 oder überregional agierender Handwerksunternehmen und Konzerne zu entwickeln. Dazu
 27 gehört die Unternehmensrecherche, die strategische Schwerpunktsetzung, die
 28 Koordination und den Informationsaustausch zwischen Bezirken und Geschäftsstellen zu
 29 organisieren.
- 30 Die IG Metall soll dadurch die Organisationspotenziale des Handwerks für sich nutzen
 31 und durch Tarifbindung die Attraktivität des Handwerks stärken.

Antrag L3.145: Erschließungsarbeit in Zukunftsbranchen des Handwerkes

Antragsteller*in:	GS Hannover
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 • auf Bundesebene, zentral im Vorstand der IG Metall, genügend Personalkapazitäten
 - 2 vorzuhalten, um eine adäquate und mitgliederwirksame Betreuung von
 - 3 Handwerkskonzernen bezirks- und geschäftsstellenübergreifend sicherzustellen.
 - 4 • das auch weiterhin eine Koordinierung von bezirksübergreifenden
 - 5 Tarifverhandlungen innerhalb der Handwerkskonzernstrukturen durch eine zentrale
 - 6 Stelle im Vorstand der IG Metall sichergestellt werden kann.
 - 7 • den Vorstand der IG Metall zu beauftragen, eine bundesweite Evaluation der
 - 8 vorhandenen Handwerkskonzerne und dessen Strukturen vorzunehmen, mit dem
 - 9 anschließenden Ziel einer koordinierten und mitgliederwirksamen Erschließung
 - 10 dieser Zukunftsbranchen in den einzelnen Bezirken, um so die
 - 11 Durchsetzungsfähigkeit der IG Metall im Handwerk für die Zukunft zu sichern.
- 12 Im Handwerk sind bundesweit über 5 Millionen Menschen beschäftigt. Davon entfallen
- 13 ca. 2 Millionen Beschäftigte auf die in den von der IG Metall betreuten
- 14 Handwerksbranchen. Die Betriebsgrößen haben sich dabei in den vergangenen 15 Jahren
- 15 insbesondere in den Ausbaugewerken häufig von Kleinstbetrieben (unter 5
- 16 Mitarbeiter*innen) zu mittelgroßen und sehr großen Betrieben mit zum Teil mehreren
- 17 tausend Beschäftigten entwickelt. Mittelständische Familienbetriebe, die zum Beispiel
- 18 mangels Nachfolger des Geschäftsinhabers ihre Betriebstätigkeit einstellen, werden
- 19 durch Großunternehmen samt Kundenstamm aufgekauft. Dadurch entstehen mittelfristig
- 20 Handwerksbetriebe mit konzernartigen Strukturen und mehreren tausend Beschäftigten
- 21 auf Bundesebene.
- 22 Diese Konzernstrukturen waren uns aus der Vergangenheit zumeist im Kfz-Handwerk
- 23 bekannt, entwickeln sich jetzt aber vor allem im Bereich der Elektrohandwerke, sowie
- 24 der technischen Gebäudeausrüstung und erstrecken sich über zumeist dutzende
- 25 Geschäftsstellen hinweg. Durch die oft große Anzahl an verschiedenen IG Metall-
- 26 Geschäftsstellen innerhalb einer Konzernstruktur, bedarf es einer qualifizierten und
- 27 zentralen Koordinierung der Betreuung. Fehlt diese, führt es nicht nur zu
- 28 Unzufriedenheit bei den Betriebsräten, sondern auch unter den Geschäftsstellen, da
- 29 Aufgaben, Verantwortung und Mitglieder zumeist ungleich unter ihnen verteilt sind.
- 30 Die Ausbauhandwerke bieten hohes Mitgliederpotenzial für die Zukunft: Ohne die
- 31 tägliche Arbeit der Elektrogewerke und der technischen Gebäudeausrüstung, sind die
- 32 Klimaziele in den kommenden Jahren nicht zu halten. Allein für den Gebäudesektor
- 33 bedeutet das: Alle 19 Millionen Wohngebäude mit ihren 42,8 Millionen Wohneinheiten
- 34 müssen energetisch effizienter werden. Eine Wärmepumpen-Offensive soll den Abschied
- 35 von Öl und Gas beschleunigen. Neue Stromtrassen und -netze zur Etablierung der E-
- 36 Mobilität sind eine Mammutaufgabe. Entsprechend ist in diesen Branchen, entgegen



- 37 vieler Bereiche der Industrie, in den kommenden Jahren mit einem deutlichen
38 Beschäftigungsaufbau und steigendem Mitgliederpotenzialen zu rechnen. Für die IG
39 Metall sind diese Branchen daher Zukunftsbranchen, die mit entsprechender Priorität
40 betreut werden müssen!

Antrag L3.146: Handwerksarbeit stärken - Mitglieder gewinnen

Antragsteller*in:	GS Süd-Niedersachsen-Harz
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 • Den Vorstand zu beauftragen, ein Konzept zu entwickeln, wie diese Beschäftigten,
- 2 insbesondere in klein- und mittelständischen Betrieben, erreicht werden können
- 3 und hierzu die nötigen personellen- und finanziellen Ressourcen sicherzustellen.
- 4 • Der Vorstand hat sicherzustellen, dass alle Organisationseinheiten die Basis
- 5 erhalten, Gewerkschaftsarbeit im Handwerk weiter auszubauen und bestmöglich zu
- 6 organisieren.
- 7 • Auf Bezirksebene muss weiterhin eine Koordination der Betriebs- und Tarifpolitik
- 8 im Handwerk sichergestellt werden. Die Betriebspolitik muss hierbei eine
- 9 wesentlich stärkere Gewichtung erhalten, um die Mitgliederentwicklung zu
- 10 verbessern.
- 11 • Auf Bezirksebene eine zusätzliche koordinierende Stelle zur Erschließung der
- 12 Mitglieder in Kleinstbetrieben der Handwerksbranchen geschaffen wird.
- 13 • Durch die Geschäftspläne der Geschäftsstelle ist gewerkschaftliche
- 14 Handwerksarbeit sicherzustellen um das Konzept umsetzen zu können.

15 Handwerksarbeit stärken – Mitglieder gewinnen

16 Das Handwerk ist nach der Metall- und Elektroindustrie eine der größten
17 Wirtschaftszweige im Zuständigkeitsbereich der IG Metall.

18 Alleine in den größten Bereichen des Handwerks, allen voran dem Kfz-Gewerbe, dem
19 Elektro- und Sanitär-Heizungs-Klima-Handwerk, sowie im Metallbauhandwerk sind ca. 2
20 Millionen Beschäftigte zu finden. Diese enormen Organisationspotenziale müssen
21 wesentlich besser bearbeitet werden. Die IG Metall muss in den Betrieben und in den
22 Branchen sichtbar werden und vor Ort die Beschäftigten in den Betrieben direkt
23 ansprechen.

24 Die Größe der Betriebe im Handwerk kann unterschiedlicher nicht sein. Von Betrieben
25 mit zwei Beschäftigten, bis hin zu Betrieben mit mehreren tausend Beschäftigten. Dies
26 trifft auch für die Tarifbindung der Betriebe zu.

27 Festzustellen ist, dass in Betrieben des Handwerks mit Betriebsrat und entsprechenden
28 betreuten Strukturen der Organisationsgrad mindestens auf dem gleichen Niveau liegt,
29 wie in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie. Das heißt: die im Handwerk
30 Beschäftigten sind organisierbar und bereit, gewerkschaftliche Auseinandersetzungen
31 zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen zu führen. Die Anzahl der
32 klein- und mittelständischen Betriebe und somit potenzielle Mitglieder welche durch
33 ihre Mitgliedschaft in der Innung tarifgebunden sind ist enorm.

34 Die IG Metall muss sicherstellen, dass diese Potenziale gehoben werden können. In
35 jeder Geschäftsstelle braucht es daher mindestens eine hauptamtliche
36 Ansprechpartner*in im Bereich Handwerk. Dieser Wirtschaftszweig ist zu groß,



- 37 umfangreich und vor allem zu wichtig für die IG Metall, um ihn nebenbei zu
- 38 bearbeiten.

Antrag L3.147: Richtlinie Handwerksausschuss

Antragsteller*in:	GS Köln-Leverkusen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Mit der Annahme des Antrags Nr. 2069 auf dem 23. ordentlichen Gewerkschaftstag in
 2 Frankfurt am Main, wurde ein wichtiger Impuls für eine zukunftsfähige Weichenstellung
 3 des Bereichs Handwerk in der IG Metall vorgenommen. Als Zwischenfazit lässt sich
 4 festhalten, dass bereits einige Punkte abgearbeitet wurden, u. a. wurde der
 5 Handwerksausschuss auf Bundesebene wieder installiert.
- 6 Auf der örtlichen Ebene der Geschäftsstellen ist ein Handwerksausschuss zu bilden, der
 7 dann wieder entsprechend Mitglieder an den bezirklichen Handwerksausschuss entsendet.
 8 Diese Ausschussarbeit ist in vielen Geschäftsstellen und Bezirken der IG Metall in
 9 den letzten Jahren zum Erliegen gekommen. Durch die in den letzten Jahren zunehmende
 10 Kooperation und Fusion von Geschäftsstellen, besteht die Möglichkeit diese Gründung
 11 und Aktivierung zu fördern und weiter auszubauen. Der Handwerksausschuss beim
 12 Vorstand wiederum, kann nur mit einer funktionierenden Ausschussarbeit in den
 13 Geschäftsstellen und Bezirken die Interessen der Mitglieder aus diesem Bereich
 14 entsprechend innerhalb der Organisation vertreten. Deshalb ist es notwendig die
 15 vorhandene Richtlinie zur Handwerksarbeit innerhalb der IG Metall parallel zur
 16 stärken und zu konkretisieren.
- 17 Die Fachausschussarbeit in den einzelnen Branchen des Handwerks (Kfz, Sanitär-
 18 Heizung-Klima, Elektro, Schlosser etc.) auf Vorstandsebene, stellt ein weiteres
 19 Bindeglied zu den jeweiligen branchen- und unternehmensspezifischen Herausforderungen
 20 dar. Diese Fachausschussarbeit gilt es entsprechend auf weitere Branchen- und
 21 Arbeitszusammenhänge, u. a. durch die Umsetzung der Klimaziele und die dadurch
 22 entstandene Transformation der Handwerksbranchen, sowie deren Umsetzung sowie
 23 Auswirkungen in den einzelnen Branchen des Handwerks auszubauen und zu etablieren.
- 24 Auf bezirklicher Ebene ist strukturell dafür Sorge zu tragen, dass die Betreuung der
 25 Gewerke und Bereiche ausreichend gewährleistet ist. Eine Stärkung, insbesondere in
 26 tarifpolitischen Angelegenheiten, setzt dabei eine Kontinuität in der Betreuung und
 27 strukturellen Bearbeitung dieses Bereichs, auch gegenüber den Sozialpartnern zwingend
 28 voraus.
- 29 Daraus folgt:
- 30 • Eine Bestandsaufnahme der bestehenden Ausschüsse auf Ebene der Geschäftsstellen
 31 und Bezirke durchzuführen.
 - 32 • Die Überarbeitung der bestehenden Richtlinie soll überprüft werden und
 33 Überarbeitungsvorschläge herausgearbeitet werden. Dabei sollten nachfolgende
 34 Gesichtspunkte besondere Berücksichtigung finden:
 - 35 1. Welche demokratischen Rechte der gewählten Ausschüsse auf regionaler und
 36 bezirklicher Ebene gewährleisten eine gleichermaßen effiziente wie demokratische

- 37 Beteiligungskultur innerhalb der IG Metall?
- 38 2. Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, auf Basis des Beschlusses Nr. 2069
39 vom 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag dessen weitere Umsetzung zu gewährleisten,
40 um die Gewerkschaftsarbeit im Handwerk auf allen Organisationsebenen bestmöglich
41 zu organisieren. Hierzu ist ein Konzept zu erarbeiten.
- 42 3. Auf Bezirksebene muss eine Koordination der Betriebs- und Tarifpolitik im
43 Handwerk durch die entsprechende Bereitstellung von Ressourcen sichergestellt
44 werden.
- 45 4. Die IG Metall wird verpflichtet, die Betreuung unserer Mandatsträger*innen in
46 den Selbstverwaltungsorganen des Handwerks auf allen Ebenen weiterhin
47 sicherzustellen und bei Bedarf auszubauen. Dafür ist von Seiten des Vorstands
48 der IG Metall ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

Antrag L3.148: Handwerksarbeit aus einem Guss – auf allen Gliederungsebenen

Antragsteller*in:	GS Gelsenkirchen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Das Handwerk ist eine der bedeutendsten Zukunftsbranchen für die IG Metall. Hier
2 arbeiten über 2,1 Millionen Beschäftigte im Zuständigkeitsbereich der IG Metall.
3 Perspektivisch wächst das Handwerk in den nächsten Jahren deutlich, auch wegen seiner
4 enormen klimapolitischen Bedeutung. Hier hat die IG Metall ein nahezu
5 unerschöpfliches Mitglieder-Potential. Die Betriebsstrukturen im Handwerk ändern sich
6 radikal. Das antiquierte Bild des Familienbetriebes mit einer Handvoll Beschäftigten,
7 das viele noch im Kopf haben, stirbt langsam aus. Es entstehen immer mehr
8 Handwerkskonzerne mit zigtausenden Beschäftigten und Milliarden Umsätzen.
9 Handwerksbetriebe sind ein stabiler betriebspolitischer Anker, die Arbeit wird nicht
10 verlagert und bleiben stationär in Deutschland. Immer mehr Betriebsräte unterstützen
11 die demokratische Arbeit der IG Metall in den Betrieben. Zunehmend arbeiten auch
12 viele engagierte Jugendvertreter*innen in den Gremien unserer IG Metall. Der
13 Jugendanteil im Handwerk liegt mit ca. 14 Prozent auch deutlich über dem
14 Durchschnittswert der gesamten IG Metall. Kurzum, unsere Zukunftsfähigkeit ist eng
15 mit dem Handwerk verbunden.
- 16 Seit dem letzten Gewerkschaftstag wurde die Handwerksarbeit auf Vorstandsebene neu
17 strukturiert. Eine neue Struktur, die besser auf die Bedürfnisse der Betriebe und
18 Geschäftsstellen eingeht, wurde auch schon in mehreren Anträgen zum 24. Ordentlichen
19 Gewerkschaftstag eingefordert. Die bis dahin bestehende Trennung von Tarifpolitik,
20 Betriebspolitik und die Arbeit mit Verbänden und insb. dem Berliner Politikbetrieb
21 wurde aufgehoben und richtigerweise in einem Funktionsbereich gebündelt. So konnte
22 eine Politik ohne Silos direkter und zielgerichteter organisiert werden.
- 23 Auch die Arbeitsfelder Erschließung und Betreuung von Unternehmensgruppen im
24 Handwerk, sowie das große Arbeitsfeld der Betreuung der Selbstverwaltungsorgane in
25 den Handwerkskammern sind in dem neuen FB gebündelt. Außerdem wurde in den 4 letzten
26 Jahren massiv das Thema Transformation im Handwerk begleitet und durch neue Formate
27 wie dem „Autohaus der Zukunft“ ergänzt.
- 28 Auch die durch den Vorstand 2020 gestartete „Initiative Handwerk“ konnte durch die
29 operative Unterstützung vor Ort positive Ergebnisse erzielt werden.
- 30 Auch die so besser organisierten Tarifrunden im Kfz-Handwerk 2021 und 2023 sprechen
31 für sich. Die bereitgestellten Materialien, Argumentationshilfen und Befragungen, als
32 auch die Koordinierung der Tarifrunde in unserem stärksten Gewerk und die Verzahnung
33 mit allen anderen o.g. Politikfeldern, ist wie eine „Blaupause“ für die gute
34 Handwerksarbeit der IG Metall für alle Gliederungsebenen.
- 35 Die daraus erzielten Ergebnisse sowohl bei der Mitgliederentwicklung, als auch die
36 Abwehr der Angriffe der Arbeitgeber insbesondere im Kfz-Handwerk, ist maßgeblich auf

37 die bessere Unterstützung durch die Handwerksarbeit in der Vorstandsverwaltung, sowie
38 der gemeinsamen Kraftanstrengung aller Gliederungsebenen zurückzuführen. So ist es
39 uns in der Fläche möglich, auf gut vorbereitete Ideen, Materialien und
40 Veranstaltungsformate in der Handwerksarbeit zuzugreifen.

41 Auch die vom Vorstand betreuten bundesweiten Unternehmensgruppen (mit z.B. 70
42 Standorten und in Summe aber mehr als 10.000 Beschäftigten) sind ein Schlüssel für
43 das Zustandekommen von guten Tarifabschlüssen in der Fläche. Diese Strukturen
44 „fliegen“ oft unter dem Radar der Geschäftsstellen, weil sie kleinteilig strukturiert
45 sind, jedoch in Wahrheit zentral, mit dem Ziel auf wirtschaftliche Rentabilität,
46 geführt werden.

47 Durch diese zentrale Steuerung und damit verbundenen übergeordneten Gremien wie
48 Gesamt- und Konzernbetriebsräte ist eine Betreuung der Gremien essenziell. Da diese
49 Gremien auch die Politik im Unternehmen bestimmen, ist eine Betreuung bedeutsam für
50 uns.

51 Diese guten Arbeitsansätze müssen erhalten und ausgebaut werden. Im Gegensatz zu
52 anderen Bereichen ist die Handwerksarbeit in der Vorstandsverwaltung sehr operativ
53 für die die anderen Gliederungsebenen aufgestellt und unterstützt unsere Arbeit vor
54 Ort.

55 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, sicherzustellen, dass die bisherigen
56 guten Ansätze in der Handwerksarbeit der Vorstandsverwaltung fortgesetzt werden.
57 Konkret muss die Handwerksarbeit auf Vorstandsebene, die Unterstützung und
58 Initiierung aller politischen Handlungsfelder, ohne Zergliederung von
59 handwerkspolitischen Aufgaben, mit ausreichenden Ressourcen sicherstellen.

Antrag L3.149: Thema Bundeshandwerkskonferenz

Antragsteller*in:	GS Halle - Dessau
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Die Bundeshandwerkskonferenz ist ein wichtiger Faktor in der Handwerksarbeit der IG
2 Metall. Sie ermöglicht nicht nur den regelmäßigen Austausch unter den
3 Spitzenfunktionär*innen des Handwerkes, sondern bildet auch einen wichtigen
4 Fortbildungs- und Netzwerkbaustein innerhalb der Handwerksbranchenarbeit.
- 5 Die Bundeshandwerkskonferenz fördert brancheninterne Netzwerke und den Austausch der
6 Aktiven. Hierfür bedarf es einer mehrtägigen und vor allem mit mehr Delegierten
7 ausgestatteten Veranstaltung, als es bisher der Fall war.
- 8 Die geringe Anzahl an Delegierten macht es letztendlich insbesondere Geschäftsstellen
9 mit Handwerkskammervizepräsident*innen schwer, weitere interessierte Teilnehmende aus
10 dem Handwerk zur Konferenz zu entsenden. Gewählte Vizepräsident*innen benötigen daher
11 zukünftig ein eigenes Kontingent an Delegiertenplätzen, um zum einen nicht auf deren
12 Erfahrungsschatz und Kompetenz verzichten zu müssen und gleichzeitig auch weiteren
13 Handwerker*innen die Teilnahme aus den betroffenen Geschäftsstellen zu ermöglichen.
- 14 • den Vorstand der IG Metall zu beauftragen, die Richtlinie für überbetriebliche
15 Handwerksarbeit dahingehend zu ändern, dass die Bundeshandwerkskonferenz nicht
16 nur jährlich, sondern wahlweise auch alle zwei Jahre stattfinden kann. Sollte
17 sie alle zwei Jahre stattfinden, ist die mögliche Teilnehmeranzahl entsprechend
18 zu erhöhen.
- 19 • dass die Bundeshandwerkskonferenz, sollte sie zweijährig stattfinden, zukünftig
20 über drei Tage veranstaltet werden soll.
- 21 • den Handwerkskammervizepräsident*innen zukünftig ein eigenes Kontingent an
22 Delegierten zur Verfügung zu stellen.

Antrag L3.151: Stärkung der Tarifbindung im Handwerk

Antragsteller*in:	GS Nordhessen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Der Gewerkschaftstag möge beschließen, dass sich die IG Metall dafür einsetzt, die
- 2 Tarifbindung im Handwerk zu stärken.
- 3 Dabei gilt es Unternehmen und Betriebe in vorhandene Tarifstrukturen in den Regionen
- 4 und Tarifgebieten einzubinden.
- 5 Dort wo es keine Tarifstrukturen gibt, welche zu schaffen, in dem man seine
- 6 Mitglieder in die Auseinandersetzung mit den Betrieben und Unternehmen in der Region
- 7 einbindet und den Dialog mit den Arbeitgebern sucht.
- 8 Bei bundesweit agierenden Unternehmen, die mehrere Gewerke vereinen, soll versucht
- 9 werden eine Tarifstruktur zu schaffen. Dies kann über die Anbindung in vorhandene
- 10 regionale Strukturen umgesetzt werden. Alternativ wäre die Umsetzung eines
- 11 Tarifvertrages entlang der Unternehmensstruktur zu prüfen.

Antrag L3.152: Den Wandel des Verkaufs im Kfz-Handwerk tarifpolitisch gestalten

Antragsteller*in:	GS München
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Das Berufsbild der Automobilverkäufer*innen unterliegt aktuell einem radikalen
2 Wandel. Sogenannte Agenturmodelle stellen die grundsätzliche Funktion und
3 Arbeitsweise von Autohäusern generell und der Automobilverkäufer*innen speziell in
4 Frage.
- 5 In diesen Vertriebsmodellen bestimmt der Hersteller den Preis, die
6 Automobilverkäufer*innen fungieren dann hauptsächlich in der Rolle von
7 Vermittler*innen. Die Tätigkeit verändert sich. Anstelle des Verhandeln und des
8 Gewährns von Preisnachlässen stehen andere Tätigkeiten wie Kundenberatungen,
9 Probefahrten, Auslieferungen und vor allem das technische Erklären der Automobile im
10 Vordergrund.
- 11 Diese Veränderungen sind bereits bei allen größeren Automobilherstellern, ihren
12 Niederlassungen und (noch) Vertragshändlern in verschiedenen Entwicklungsstadien
13 beobachtbar.
- 14 Infolge der Veränderungen der Tätigkeit stellen sich auch andere Fragen, wie zum
15 Beispiel zu Vergütungssystemen. Provisionssysteme werden aktuell in der Regel
16 betrieblich geregelt. Lediglich Garantieeinkommen und Ausfallprovisionen sind in den
17 meisten Tarifgebieten geregelt. Doch wenn sich die Tätigkeit der
18 Automobilverkäufer*innen verändert, muss auch über eine Neuordnung des Verhältnisses
19 von Fixum und Provision gesprochen werden. Für den Verkauf tariflich vereinbarte
20 Tätigkeitsmerkmale und damit die tarifliche Eingruppierung von
21 Automobilverkäufer*innen erhalten eine deutlich größere Bedeutung.
- 22 Welche Tätigkeit vollbringt ein*e Automobilverkäufer*in in Zukunft und wofür wird
23 er/sie wann vergütet? Eine für die Beschäftigten zufriedenstellende Antwort auf diese
24 Frage zu finden und umzusetzen, ist die große Herausforderung.
- 25 In dieser Herausforderung besteht aber auch die Chance, mit dieser Berufsgruppe
26 gewerkschaftliche und tarifpolitische Antworten zu erarbeiten und umzusetzen – und
27 sie deutlich stärker als bisher in der IG Metall zu organisieren. Bereits jetzt ist
28 bei Automobilverkäufer*innen eine wachsende Aufgeschlossenheit gegenüber kollektiv-
29 gewerkschaftlichen und tariflichen Lösungen zu verzeichnen.
- 30 Um aber adäquate, umsetzbare Lösungen zu finden, ist ein beteiligungsorientierter
31 Prozess vonnöten. Das Know-How liegt bereits bei unseren Mitgliedern und
32 Belegschaften. Dieses gilt es nun zu bündeln, eine klare Analyse aller Veränderungen
33 anzustellen, Lösungsvorschläge zu erarbeiten und dann die gewerkschaftspolitische
34 Wirkmächtigkeit zu organisieren, um mit den Automobilverkäufer*innen, als Mitgliedern
35 der IG Metall, das Berufsbild der Zukunft mitzugestalten.

- 36 Die beschriebenen Trends nehmen keine Rücksicht auf Grenzen von Geschäftsstellen oder
37 Tarifbezirken. Daher ist eine bundesweite Arbeitsgruppe, auf Vorstandsebene
38 initiiert, die richtige Ebene, um sich des Themas anzunehmen. Auch besteht akuter
39 Handlungsbedarf, da die Veränderungen bereits voll im Gange sind.
- 40 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, unter Einbindung von Bezirksleitungen,
41 Geschäftsstellen und Tarifkommissionen, eine bundesweite Arbeitsgruppe zu gründen,
42 mit dem Ziel, die besonderen Herausforderungen der Tätigkeit von
43 Automobilverkäufer*innen zu analysieren und Vorschläge für tarifpolitische Lösungen
44 zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu erarbeiten.

Antrag L3.153: Stärkung der europäischen Arbeit im Bereich Holz und Kunststoff in der IG Metall

Antragsteller*in:	GS Celle-Lüneburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 30 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) vereinigt in 36
 2 europäischen Ländern insgesamt 79 Mitgliedsgewerkschaften aus der Bau- und
 3 Baumaterialindustrie, der Holzindustrie, der Forstwirtschaft, sowie artverwandten
 4 Industriezweigen mit insgesamt 1,5 Millionen Arbeitnehmer*innen. Die EFBH ist ein von
 5 der Europäischen Union anerkannter Sozialpartner im sektoralen Europäischen
 6 Sozialdialog.
- 7 Als Mitglied der EFBH haben wir als IG Metall nicht nur einen wichtigen Zugriff auf
 8 die europäische Gewerkschaftspolitik, sondern auch auf die Arbeit der Europäischen
 9 Kommission im Gesetz- und Richtliniengabungsverfahren, indem wir durch den
 10 europäischen Sozialdialog im Anhörungs- und Beratungsverfahren unseren Einfluss auf
 11 EU-Ebene ausüben und vertreten können.
- 12 Die IG Metall ist über den EFBH traditionell seit vielen Jahren im Europäischen
 13 Sozialdialog durch hauptamtliche und ehrenamtliche Delegierte in Brüssel vertreten.
 14 Dieses Konzept erlaubt zum einen die direkte Einflussnahme der IG Metall, als auch
 15 die direkte Einbindung von betrieblichen Experten*innen. Es ist bewährt und sollte so
 16 fortgeführt werden.
- 17 Die Betriebe der Holz- und Kunststoffindustrie sind zumeist europaweit vernetzte
 18 Konzerne. Drei Jahrzehnte von Produktionsverlagerung von West- nach Osteuropa haben
 19 die Branche weiter internationalisiert. In weiten Teilen fehlen aber europäische
 20 Strukturen auf Seiten der Arbeitnehmervertretung, was den Informationsfluss und die
 21 Einflussnahme als IG Metall innerhalb dieser Konzerne erschwert.
- 22 Der Austausch zwischen den Einzelgewerkschaften der EFBH ermöglicht eine
 23 Zusammenarbeit und Einwirken über Ländergrenzen hinweg. Fehlende Strukturen auf
 24 Arbeitnehmerseite können dadurch häufig ausgeglichen werden, oder werden erst
 25 sichtbar. Die IG Metall sollte sich daher auch zukünftig für eine Stärkung des
 26 europäischen Austausches und Vernetzung über den EFBH einsetzen.
- 27 Der 25. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall wird daher aufgefordert zu
 28 beschließen:
- 29 • dass die IG Metall auch zukünftig ihr Engagement in der europäischen Arbeit,
 - 30 • insbesondere ~~im Europäischen Sozialdialog und~~ innerhalb der EFBH-Strukturen
 31 fortführt und ihre Einflussnahme in Gesetzgebungsverfahren und der
 32 grenzüberschreitenden Kooperation auf EU-Ebene ausübt.
 - 33 • dass die IG Metall sich dafür einsetzt, eine Vernetzung europäischer und
 34 internationaler Arbeitnehmerstrukturen im Bereich der Holz- und



- 35 Kunststoffindustrie aufzubauen, zu pflegen und fortzuentwickeln. Hierzu soll die
- 36 Mitgliedschaft und Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen der EFBH
- 37 ausgebaut und gestärkt werden.

Antrag L3.155: Prekäres Berufsgrundschuljahr abschaffen

Antragsteller*in:	GS Allgäu
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, sich ~~bei der Bundesregierung~~ für die
- 2 Abschaffung des prekären Berufsgrundschuljahres innerhalb der handwerklichen
- 3 Berufsausbildung (nach Handwerksordnung), insbesondere bei der Ausbildung zum
- 4 Schreiner / Tischler / Zimmerer einzusetzen. Eine Überführung in eine bundesweit
- 5 einheitliche dreijährige / dreieinhalbjährige duale Ausbildung mit den abwechselnden
- 6 Ausbildungsorten Berufsschule und Betrieb vom ersten Tag der Ausbildung soll
- 7 angestrebt werden. Ein Ausbildungsverhältnis zwischen Innung, Betrieb und
- 8 Auszubildenden soll vom ersten Tag der Ausbildung an, zustande kommen.

Antrag L3.156: Transformation der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie mitgestalten

Antragsteller*in:	GS Ingolstadt
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 In Frieden und Sicherheit leben und arbeiten zu können, war bei Gründung der IG
2 Metall nach dem Zweiten Weltkrieg ein hohes Gut – und ist es heute. Deshalb hat die
3 IG Metall in § 2 ihrer Satzung festgelegt, sich „für Frieden, Abrüstung und
4 Völkerverständigung“ einzusetzen.
- 5 Die Welt des 21. Jahrhunderts ist nicht friedlicher geworden. Die vergangenen Jahre
6 brachten eine Rückkehr des Militärischen. Am 24. Februar 2022 hat Russland die
7 Ukraine angegriffen und das Land mit Tod, Leid und Zerstörung überzogen.
- 8 Auf- und Hochrüstung ist keine Antwort auf die großen Herausforderungen. Pandemien,
9 Klimawandel, globale Ungleichgewichte – sie bedrohen uns gleichermaßen. Ein
10 erweitertes Verständnis von Sicherheitspolitik beschränkt sich nicht auf das
11 Militärische. Wesentlicher Bestandteil legitimer staatlicher Sicherheitsvorsorge sind
12 aber auch Streitkräfte und deren Ausrüstung. Die wehr- und sicherheitstechnische
13 Industrie bezieht ihre Existenzberechtigung aus politischen Entscheidungen im Rahmen
14 einer deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
- 15 Anders als in unseren Nachbarländern ist die wehr- und sicherheitstechnische
16 Industrie in Deutschland privatwirtschaftlich und in weiten Teilen mittelständisch
17 geprägt. Gleichwohl spielen Bundesregierung und Bundestag die zentrale Rolle zum
18 Beispiel durch die Beschaffungspolitik und Ausrüstung der Bundeswehr oder
19 zwischenstaatliche und europäische Kooperationen. Daher trägt die Politik
20 Verantwortung für die Beschäftigten, industriepolitisches Handeln muss endlich auf
21 die politische Agenda.
- 22 Der Krieg in Europa brachte eine neue Debatte über die Leistungsfähigkeit der wehr-
23 und sicherheitstechnischen Industrie. Eine Beschaffungsplanung auf europäischer
24 Ebene, die die Vielzahl der unterschiedlichen Systeme reduziert, mindert die Kosten
25 pro System für die Steuerzahler und ermöglicht industrielle Stückzahlen. Eine weitere
26 Konsolidierung von Unternehmen auf europäischer Ebene ist damit eng verbunden.
- 27 Die IG Metall bekennt sich zu den Beschäftigten in der wehr- und
28 sicherheitstechnischen Industrie. Wie in allen Branchen geht es für sie um den Erhalt
29 hochwertiger Beschäftigung, guter Arbeitsbedingungen, fairer Einkommen und den
30 respektvollen Umgang miteinander. Die Beschäftigten brauchen Planungssicherheit.
- 31 • Die IG Metall setzt sich aktiv für die Interessen ihrer Mitglieder und der
32 Beschäftigten ein, die sie von den Betrieben aus in der Branchenpolitik bündelt.
- 33 • Wir stehen als IG Metall zu einer guten Ausrüstung der Bundeswehr und den
34 verbündeten Armeen, eine Aufrüstungsspirale lehnen wir ab.
- 35 • Die IG Metall stärkt die Branchenpolitik, auf der einen Seite durch den

- 36 Austausch und die Abstimmung mit Betriebsräten und Geschäftsstellen, auf der
37 anderen Seite durch die Zusammenarbeit mit industriALL European Trade Union und
38 den europäischen Schwestergewerkschaften.
- 39 • Die Zunahme gemeinsamer Rüstungsbeschaffungen der europäischen Länder wird zu
40 einer Transformation der Branche in Europa führen. Die IG Metall wird nicht
41 zulassen, dass diese einseitig auf Rechnung der Beschäftigten in Deutschland
42 geht. Europäische Beschaffungen brauchen einen Rahmen, der gemeinsam mit den
43 Gewerkschaften gesteckt wird.
 - 44 • Die IG Metall fordert eine nationale und wenn möglich europäische
45 Bedarfsplanung, die eine geglättete industrielle Fertigung ermöglicht.
 - 46 • Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, eine industriepolitische
47 Strategie für die Branche zu entwickeln und dazu den 2014 gestarteten
48 Branchendialog mit Unternehmen, Betriebsräten und Gewerkschaft neu zu
49 konzeptionieren.
 - 50 • Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, die industriepolitische
51 Zuständigkeit für die wehrtechnische Industrie im Verteidigungsministerium
52 anzusiedeln.
 - 53 • Die IG Metall fordert einen Technologiefahrplan der Bundesregierung, der
54 aufzeigt, welche Technologien gesichert, weiterentwickelt und in europäische
55 Kooperationen eingebracht werden. Dieser muss für Konversion und
56 Diversifizierung in zivile Märkte anschlussfähig sein, um insbesondere der
57 breiten Zuliefererlandschaft nichtmilitärische Möglichkeiten aufzuzeigen.
 - 58 • Die IG Metall bekräftigt ihre Forderung, Programme für Konversion und
59 Diversifizierung in Deutschland und Europa zu entwickeln. Die IG Metall
60 unterstützt weiterhin Betriebsräte, Vertrauenskörper und Geschäftsstellen, die
61 in Betrieben konkrete Projekte voranbringen wollen.
 - 62 • Die IG Metall fordert die Ausweitung der weltweiten Waffenhandelskontrolle.
63 Zusammen mit allen europäischen Industriegewerkschaften fordert die IG Metall
64 eine deutlich bessere Abstimmung in der Europäischen Union, damit Waffenexporte
65 nicht vor Menschenrechte gehen.
 - 66 • Die anstehenden Aufgaben können nicht auf Geschäftsstellen übertragen oder von
67 Betriebsratsgremien übernommen werden. Die Bearbeitung der überbetrieblichen und
68 geschäftsstellenübergreifenden Herausforderungen sind in der IG Metall
69 Vorstandsverwaltung zu gewährleisten.

Antrag L3.157: Wehrtechnik ist Teil der IG Metall

Antragsteller*in:	GS Kiel-Neumünster
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die Debatte um Sicherheitspolitik neu
2 justiert.
- 3 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, sich weiterhin eindeutig zu den
4 Beschäftigten in der wehrtechnischen Industrie zu bekennen. Auch in diesem Bereich
5 geht es um den Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze, guter Arbeitsbedingungen, faire
6 Einkommen und den respektvollen Umgang miteinander. Der Vorstand und die Gliederungen
7 der IG Metall müssen einer Spaltung der Belegschaften in den verschiedenen Branchen
8 und Bereichen weiter entgegenwirken. Hierzu müssen Forderungen aufgestellt und
9 geeignete Maßnahmen auch weiterhin durchgeführt werden:
- 10 • gesellschaftspolitischen Meinungs austausch zwischen Parteien, Verbänden und
11 Gewerkschaften über die unterschiedlichen Branchen hinweg organisieren und dies
12 in
13 einem Branchenrat zu institutionalisieren;
 - 14 • einen industriepolitischen Dialog bzw. Debatte zwischen den Betriebsräten,
15 Vertrauensleuten und Beschäftigten der unterschiedlichen Industriebranchen
16 bezirksübergreifend zu initiieren;
 - 17 • sich politisch dafür einzusetzen, den Strukturwandel in der wehrtechnischen
18 Industrie
19 aktiv mit zu gestalten, sowohl in Konsolidierungsdebatten, als auch in der Frage
20 der
21 Transformation von Arbeit in diesem Bereich;
 - 22 • gegenüber der Bundesregierung einen Ausbau von zivilen Programmen
23 (Diversifizierungsprogramme) und deren Umsetzung weiterhin einzufordern;
 - 24 • in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie darf der strukturelle Wandel
25 nicht zu
26 Lasten der Beschäftigten gehen; sie haben ein Recht auf Planungssicherheit.
27 Hierbei
28 kommt der Politik eine zentrale Rolle zu. Sie ist weiterhin verantwortlich für
29 verlässliche
30 Rahmenbedingungen, bei der Europäisierung und bei der Entwicklung alternativer
31 Projekte, um zivile Märkte zu erschließen.
 - 32 • notwendig ist ein industriepolitischer Dialog von Regierung, Unternehmen,
33 Gewerkschaften und Betriebsräten die Konsolidierung der notwendigen
34 wehrtechnischen Industrie in Europa zu begleiten und Vorschläge für deren
35 Entwicklung zu machen;
 - 36 • des Weiteren sollen gemeinsam mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten der



- 37 Rüstungsbetriebe industriepolitische Konzepte für eine Konversions- bzw.
- 38 Diversifikationspolitik weiterentwickelt werden.

Antrag L3.158: Branchenarbeit im Maschinen- und Anlagenbau in der IG Metall gewährleisten

Antragsteller*in:	GS Aachen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Der Maschinen- und Anlagenbau ist mit rund einer Million Beschäftigten die
2 beschäftigungsstärkste Branche im Organisationsbereich der IG Metall. Im Gegensatz
3 etwa zur Automobilindustrie zeichnet sich die Branche durch heterogene Strukturen und
4 klein- und mittelständische Betriebe aus. Die IG Metall hat darauf mit einer
5 kleinteiligen Betreuung von Teilbranchen des Maschinen- und Anlagenbaus, etwa im
6 Bereich Textilmaschinen, reagiert. Die aktiven Funktionäre profitieren erheblich von
7 der Vernetzungsarbeit in den Teilbranchen und über die Teilbranchen hinaus. Sie
8 ergänzt mit einem Blick über den Betrieb hinaus die Arbeit in den Betrieben vor Ort
9 und leistet einen wesentlichen Beitrag für eine solidarische Entwicklung des
10 Maschinen- und Anlagenbaus und die Gestaltung der Transformation. Zudem unterstützen
11 die Branchenbeauftragten unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), die
12 nicht über Unternehmensbeauftragung verfügen, in Krisenfällen.
- 13 Daher fordern wir den Vorstand der IG Metall auf, die etablierte Branchenarbeit im
14 Maschinen- und Anlagenbau weiter zu gewährleisten und die notwendigen Ressourcen
15 dafür bereit zu stellen. Die IG Metall vom Betrieb aus zu denken sollte mit einer
16 klugen Branchenarbeit verknüpft werden. Den Funktionären*innen soll damit auch
17 passgenaue fachliche Unterstützung sowie die Möglichkeit zur Vernetzung geboten
18 werden.

Antrag L3.159: Medizintechnik als branchenpolitisches Gestaltungsfeld

Antragsteller*in:	GS Lübeck-Wismar
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Der Vorstand entwickelt die Branchenarbeit Medizintechnik weiter. In der Pandemie hat
2 sich gezeigt, dass Medizintechnik ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge ist.
3 Globale Lieferketten in diesem Bereich stellen ein hohes Risiko dar. Lokale bzw.
4 regionale Lieferketten hingegen garantieren Stabilität bei Neuanschaffungen und
5 Ersatzteilen und auch einem verfügbaren Service vor Ort und damit eine sichere
6 Gesundheitsversorgung.
- 7 Daher ist im Rahmen einer zukünftigen Branchenarbeit für diese europäische
8 Schlüsselindustrie, die Medizintechnik, eine verstärkte Unterstützung mit dem Fokus
9 auf den Ausbau der Fertigungstiefe und die Mitgliederorientierung erforderlich.
- 10 Es sind als Ergebnis die dezentralen Medizintechnik-Cluster in ganz Deutschland, West
11 wie Ost, Nord wie Süd, in den Blick zu nehmen, auf- und auszubauen. Die
12 Zulieferbetriebe sind dabei auch verstärkt in die Branchenarbeit einzubeziehen und
13 weitere Betriebe, die im Zuge der Transformation durch die E-Mobilität neue
14 Geschäftsfelder erschließen können.
- 15 Diese Branchenarbeit soll durch Mittel und Personal in den jeweiligen Bezirken und
16 Geschäftsstellen zielgerichtet unterstützt werden.
- 17 Durch mehrere dezentrale leistungsfähige Cluster werden Innovation und Produktion
18 einerseits gebündelt und andererseits auch die Beschäftigung regional gestärkt. Die
19 erforderlichen Lieferketten werden in der jeweiligen Region und Europa weit
20 nachhaltig gesichert.

Antrag L3.160: Für eine Zukunft der industriellen Kontraktlogistik mit besten Tarifverträgen

Antragsteller*in:	GS Zwickau
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 3 - 5 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Für die industrielle Kontraktlogistik organisiert die IG Metall über den Vorstand und
- 2 die Bezirksleitungen eine stetige Koordination der Tarifbedingungen der geltenden und
- 3 angestrebten Flächen- und Haustarifverträge in der Kontraktlogistik. ~~Eine weitere-~~
- 4 ~~Angleichung der Tarifbedingungen über Flächentarifverträge streben wir dabei explizit-~~
- 5 ~~nicht an.~~
- 6 Die Koordination soll insbesondere über den FB Tarifpolitik beim Vorstand und in den
- 7 Bezirksleitungen sowie Vertreter*innen der betrieblichen Tarifkommissionen erfolgen.
- 8 Dabei muss sichergestellt werden, dass die besten Tarifbedingungen die Grundlage für
- 9 ausstehende Tarifverhandlungen bilden. Ein branchenbezogenes Tarifregister für die
- 10 Kontraktlogistik soll zukünftig zudem die Tarifbedingungen aktuell zusammenfassen.
- 11 Der bundesweite Arbeitskreis Kontraktlogistik soll weiterhin für den Austausch der
- 12 Betriebsräte angeboten werden.
- 13 Die IG Metall wird darauf drängen, dass über Innovationsprozesse die
- 14 Wettbewerbsfähigkeit der Kontraktlogistiker statt über Personalkosten über Innovation
- 15 getrieben wird.

Antrag L3.161: Stärkung der transnationalen Gewerkschaftsarbeit auf allen Gliederungsebenen der IG Metall

Antragsteller*in:	GS Wolfsburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Der Gewerkschaftstag spricht sich für die Stärkung und den Ausbau der transnationalen
- 2 Gewerkschaftsarbeit auf allen Gliederungsebenen der IG Metall sowohl im
- 3 hauptamtlichen als auch ehrenamtlichen Bereich aus. Der Vorstand wird aufgefordert in
- 4 Abstimmung mit Geschäftsstellen und Bezirken eine gemeinsame transnationale
- 5 gewerkschaftspolitische Handlungsstrategie zu erarbeiten. Hierfür werden angemessenen
- 6 bildungspolitische Ressourcen für Ehrenamtliche und Hauptamtliche sowie notwendige
- 7 personelle Ressourcen für eine adäquate Betreuung betrieblicher Gremien und
- 8 ehrenamtlicher InterSoli-Arbeitskreise zur Verfügung gestellt.
- 9 Aufgrund des hohen Globalisierungsgrades der Werkschöpfungsketten und
- 10 Konzernstrukturen zahlreicher Betriebe im Organisationsbereich der IG Metall ist
- 11 transnationale Gewerkschaftsarbeit als gewerkschaftspolitisches Querschnittsthema in
- 12 den Fokus zu rücken. Ziel ist es, auf die transnationalen Herausforderungen, die
- 13 infolge der weltpolitische Situation sowie des hohen ökologischen und technologischen
- 14 Transformationsdruckes verstärkt unternehmerisches Handeln bestimmen, mit einer
- 15 offensiven und konstruktiven gewerkschaftspolitischen Strategie zu antworten. Dies
- 16 gilt zum einen für die Bearbeitung von Transformationsthemen in transnationalen
- 17 Netzwerken und den Aufbau unternehmensbezogener transnationaler gewerkschaftlicher
- 18 Netzwerkstrukturen Dies gilt zum anderen für die konsequente Integration
- 19 transnationaler gewerkschaftspolitischer Themen in das tägliche betriebliche Handeln
- 20 auf allen Mitbestimmungsebenen.

Antrag L3.162: Transnationale Gewerkschaftsarbeit stärken - Internationale Netzwerkinitiative ausbauen

Antragsteller*in:	GS Aschaffenburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Die unter #Fairwandel beschriebenen gewerkschaftspolitischen Handlungsfelder für eine
2 soziale, ökologische und demokratische Transformation haben eine transnationale
3 Dimension.
- 4 Covid 19 und Krieg gegen die Ukraine haben die Dynamiken der Transformation
5 beschleunigt und die Verwundbarkeit globaler Lieferketten und wirtschaftlichen
6 Verflechtungen mehr als deutlich gemacht. Die Folge: Verlagerungsdruck in
7 Billiglohnländer nimmt zu, Reorganisationsprozesse in den Unternehmen werden noch
8 mehr forciert, der Druck auf Arbeits- und Lebensbedingungen weltweit steigt.
9 Transnationale Gewerkschaftsarbeit ist vor diesem Hintergrund jenseits einer
10 reaktionären Standortlogik wesentliches Element eines Transformationsprozesses mit
11 dem expliziten Erhalt wesentlicher Industriearbeitsplätze in unseren Branchen.
12 Gleichzeitig erhöht das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz auch auf die IG Metall
13 den Druck, sich global mit Arbeits- und Menschenrechten entlang der unternehmerischen
14 Lieferkette auseinanderzusetzen. Transnationale Gewerkschaftsarbeit folgt demzufolge
15 insbesondere in ihrer konkreten Umsetzung einem allgemeinen organisationspolitischen
16 Interesse der IG Metall.
- 17 Ziel der IG Metall ist es, sich einen globalen Unterbietungswettbewerb bei den
18 Arbeitsbedingungen wirkungsvoll entgegen zu stellen und gemeinsam mit
19 Partnergewerkschaften weltweit gewerkschaftliche Gegenmacht zu stärken. Vor diesem
20 Hintergrund darf die Bereitstellung entsprechender Ressourcen nicht zu Lasten der
21 jeweils handelnden Gliederung gehen, sondern muss zentral zur Verfügung gestellt
22 werden.
- 23 Wie kann das gelingen?
- 24 • Mit der Internationalen Netzwerkinitiative hat die IG Metall in den vergangenen
25 Jahren wichtige Erfahrungen beim Aufbau transnationaler gewerkschaftlicher
26 Netzwerkstrukturen gemacht.
 - 27 • Der Vorstand der IG Metall wird die Internationale Netzwerkinitiative fortführen
28 und konzeptionell weiterentwickeln. Dabei geht es insbesondere
- 29 1. Um die Unterstützung bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen
30 Arbeitnehmervertreter*innen global vernetzter Standorte in multinationalen
31 Unternehmen.
 - 32 2. Den Aufbau von transnationalen Unternehmensnetzwerkstrukturen.
 - 33 3. Die Bereitstellung finanzieller und fachlicher Ressourcen zur Unterstützung von
34 Geschäftsstellen, Haupt- und Ehrenamtlichen bei konkreten Verlagerungsdrohungen.
 - 35 4. Die Bereitstellung finanzieller und fachlicher Ressourcen und Koordination zur

- 36 Unterstützung von Geschäftsstellen, Haupt- und Ehrenamtlichen bei der
37 unternehmenspolitischen Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes,
38 notwendigen Abstimmungsprozessen mit den globalen Gewerkschaftsdachverbänden,
39 der Einhaltung Globaler Rahmenvereinbarungen und der Initiierung und
40 Durchführung von Sozialaudits.
- 41 5. Die Unterstützung beim Aufbau und bei der Stärkung gewerkschaftlicher Strukturen
42 durch Qualifizierungsangebote zum Beispiel in Fragen von Erschließung und
43 Organizing in strategisch wichtigen Weltregionen, wo industrielle Wertschöpfung
44 aus Deutschland droht, hin verlagert zu werden.

Antrag L3.163: Transnationale Partnerschaftsinitiative fortführen und weiterentwickeln

Antragsteller*in:	GS Regensburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

1 Deutsche Unternehmen bauen schon lange nicht mehr nur sogenannte „verlängerte
2 Werkbänke“ in Osteuropa, sondern sie investieren in hochmoderne Fabriken und
3 verlagern zunehmend auch Entwicklung und zentrale administrative Bereiche. Viele
4 Unternehmen errichten ihre Standorte gezielt in Ländern mit schwachen Gewerkschaften
5 und nutzen diese dann als Experimentierräume für Technologien und Arbeitsbedingungen.
6 Durch gezieltes und koordiniertes Lobbying betreiben sie Deregulierung und spielen
7 Beschäftigte und Gewerkschaften grenzüberschreitend gegeneinander aus. So geraten die
8 Arbeitsbedingungen sowohl in Deutschland als auch in den osteuropäischen Ländern
9 immer weiter unter Druck.

10 Eine wichtige Antwort der Gewerkschaften und Belegschaften darauf muss die
11 Globalisierung der gewerkschaftlichen Gegenmacht sein – anders ausgedrückt, wir
12 brauchen eine Stärkung der internationalen Solidarität, und zwar ganz konkret.

13 In der Transnationalen Partnerschaftsinitiative mit der Metallgewerkschaft VASAS in
14 Ungarn wurde beispielhaft gezeigt, dass:

- 15 • durch gemeinsame Bildungsarbeit mit der Partnergewerkschaft bei der
16 Mitgliederentwicklung und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen wichtige
17 Fortschritte in Ungarn erreicht werden konnten;
- 18 • die Zusammenarbeit mit unseren Betriebsrät:innen in den Partnerstandorten eine
19 neue Qualität erreicht hat;
- 20 • transnationale Zusammenarbeit im Alltag nicht immer einfach, aber machbar ist.
21 Wir können mehr als sonntags Solidarität erklären und uns montags wieder in die
22 Konkurrenz treiben lassen. Wir können von Standort zu Standort Erfahrungen und
23 Informationen austauschen und uns gegenseitig stärken.

24 In Ungarn muss die Arbeit weitergeführt werden, weil hier eine neues BMW-Werk
25 entsteht, Mercedes-Benz das bestehende Werk verdoppelt und eine Reihe an Zulieferern
26 entweder folgen oder bereits vor Ort sind. Darüber hinaus entwickelt sich Ungarn zu
27 einem europäischen Zentrum der Batteriefertigung.

28 Auch außerhalb der Automobilindustrie ist eine Vielzahl an Unternehmen teilweise
29 schon seit Jahren in Ungarn und investiert weiterhin in die ungarischen Standorte.

30 Deshalb führt der Vorstand der IG Metall die Transnationale Partnerschaftsinitiative
31 in Ungarn fort und entwickelt sie weiter. Im Zentrum der Aktivitäten steht die
32 intensive Vernetzung der betrieblichen Kolleginnen und Kollegen, die Schaffung von
33 nachhaltigen Strukturen sowie Bildungsangeboten.

34 Darüber hinaus prüft der Vorstand, wie die Erfahrungen der Transnationalen
35 Partnerschaftsinitiative in Ungarn auf Zukunftsprojekte in anderen Ländern in Südost-



36 und Mittelosteuropa übertragen werden können.

Antrag L3.164: Transnationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit ausbauen

Antragsteller*in:	GS Hannover
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Die IG Metall unterstützt bestehende gewerkschaftliche Strukturen, um die
 2 transnationale Zusammenarbeit zwischen gewerkschaftlichen Beschäftigtenvertretungen
 3 in Betrieben, Konzernen und/oder Unternehmen mit staatlicher Beteiligung in anderen
 4 Ländern zu fördern und auszubauen. Dies stellt zugleich eine Stärkung unserer
 5 Internationalen Solidaritätsarbeit insgesamt dar.
- 6 Kriterien für funktionierende Strukturen sind z.B. vorhandene betriebliche
 7 Beschäftigtenvertretungen und die arbeitspolitische Handlungsfähigkeit, wozu auch die
 8 betriebliche Einkommensgestaltung und der Arbeits- und Gesundheitsschutz gehören.
- 9 Grundlagen für die weitere transnationale Zusammenarbeit sind:
- 10 • Die Arbeitsbedingungen anderer Länder und die unterschiedlichen
 11 Gewerkschaftskulturen gegenseitig kennen zu lernen.
 - 12 • Den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch fördern und
 13 unterstützen.
 - 14 • gemeinsame Themen zu definieren, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
 15 nachhaltig zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln.
- 16 Ziel ist, die Situation in Betrieben und/oder Unternehmen in anderen Ländern zu
 17 verbessern und den Informationsaustausch zu sichern und das gegenseitige Auspielen
 18 unterschiedlicher Arbeitsbedingungen zu verhindern bzw. die Unterstützung für
 19 Verbesserungen zu gewährleisten.
- 20 Da, wo es noch keine betrieblichen gewerkschaftlichen Strukturen gibt, unterstützen
 21 wir Partnergewerkschaften dabei.
- 22 Hierzu ist es notwendig, den organisatorischen, personellen und finanziellen Rahmen
 23 hinsichtlich der Nachhaltigkeit unserer Arbeit (konkreter Bezug zu Betrieben:
 24 Partner- und Patenschaften) weiterhin zur Verfügung zu stellen und zu stärken.

Antrag L3.168: Grenzüberschreitende Unternehmenspolitik, europäische Betriebsräte fördern

Antragsteller*in:	GS Homburg-Saarpfalz
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L3. - Stark und solidarisch – mit Tarif, im Betrieb und über Grenzen hinweg
Sachthema:	L3 Branchenarbeit

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, in grenzüberschreitenden Unternehmen
- 2 und/oder Konzernen eine offensive Unternehmens- und Mitbestimmungspolitik umzusetzen
- 3 und die Internationalisierung der IG Metall weiter voranzutreiben.
- 4 Der Vorstand überprüft in diesem Zusammenhang, die vorhandenen betrieblichen und
- 5 gewerkschaftlichen Strukturen und berät die Möglichkeiten einer Weiterentwicklung.
- 6 Hierbei ist auch zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, Europäische Betriebsräte
- 7 (EBR) Koordinator*innen als transnationale Gewerkschaftsbeauftragte in Unternehmen zu
- 8 etablieren. Weiter wird der Vorstand beauftragt seine Lobbyaktivitäten zur
- 9 Verbesserung der EBR und Europäische Aktiengesellschaft (SE) Richtlinien und deren
- 10 nationale Umsetzung zu forcieren. Die Aktivitäten der IG Metall zur Europawahl 2024
- 11 können hierzu genutzt werden. Eine Bewertung der bestehenden Schulungsangebote für
- 12 EBR Mitglieder und SE BR Mitglieder wird veranlasst und eine Weiterentwicklung
- 13 bestehender und Schaffung neuer Formate geprüft. Der Vorstand der IG Metall wird
- 14 weiterhin damit beauftragt zu überprüfen, inwieweit die Themen Nachhaltigkeit und
- 15 menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in den Lieferketten im Sinne einer offensiven
- 16 Unternehmenspolitik stärker in den Fokus genommen werden können.

Antrag L4.034: Finanzielle Ausstattung von Geschäftsstellen zur eigenständigen Aufgabenerfüllung und -erledigung

Antragsteller*in:	GS Halle - Dessau
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Die IG Metall stark vor Ort aufstellen

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, gemeinsam mit den Bezirksleitungen und
2 Geschäftsstellen die Wirkung der Finanzierungsrichtlinie der IG Metall in Bezug auf
3 Nachhaltigkeit zu prüfen und über das Ergebnis den Beirat der IG Metall in Kenntnis
4 zu setzen. Dies schließt sowohl die Finanzierungskomponenten nach Paragraph 14 Punkt
5 6 der Satzung der IG Metall, als auch die Richtlinie für den Strukturfonds und zur
6 Sicherstellung der Präsenz der IG Metall in den Regionen ein.
- 7 Sollte sich dabei herausstellen, dass
- 8 • nachteilige Strukturen wie z.B. die der betreuten bzw. Potenzialbetriebe und
9 regionalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ausreichend berücksichtigt
10 sind und/oder
 - 11 • die zur Verfügung stehenden Mittel je Mitglied im Vergleich der
12 Geschäftsstellen, bzw. im Vergleich der Bezirke nicht angemessen verteilt sind,
13 so wird der Vorstand beauftragt, einen Vorschlag für eine entsprechende Änderung des
14 Paragraph 14 Abs. 6 der Satzung der IG Metall als auch eine Anpassung der Richtlinie
15 für den Strukturfond und zur Sicherstellung der Präsenz der IG Metall in der Fläche,
16 unter Einbeziehung der Bezirke und Geschäftsstellen, zu erarbeiten.

Antrag L4.035: Stärkung der Arbeit vor Ort

Antragsteller*in:	GS Kiel-Neumünster
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Die IG Metall stark vor Ort aufstellen

- 1 Der IG Metall Vorstand wird beauftragt zu überprüfen, wie sich die anwachsenden
- 2 Kosten der Geschäftsstellen neu verteilen lassen können.
- 3 Die Finanzierung der Geschäftsstellen beruht bis heute auf dem Prinzip gleiche
- 4 Unterstützung für alle. Was wir aber bei veränderten Bedingungen brauchen, ist eine
- 5 Debatte um eine Form des Geschäftsstellen-Finanz-Ausgleichs. Unterschiedliche
- 6 Aufwände durch die Anzahl der zu betreuenden Betriebe, geographische Besonderheiten,
- 7 Strukturkomponenten und die Frage ob kulturelle und gesellschaftspolitische Arbeit
- 8 vor Ort gemacht wird, unterscheidet sich zum Teil im großen Maße.
- 9 Was wir brauchen ist eine Diskussion, die fair und gerecht ist, aber trotzdem neben
- 10 den Bedürfnissen der Arbeit vor Ort auch Kriterien der Finanzierung Rechnung trägt.

Antrag L4.036: Leitlinien für faires Verhalten in der IG Metall

Antragsteller*in:	GS Ruhrgebiet Mitte
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Die IG Metall stark vor Ort aufstellen

- 1 Gegenseitiger Respekt ist eine Grundvoraussetzung für ein kollegiales Miteinander.
- 2 Dies gilt nicht nur im Betrieb, sondern auch im Verhalten der Mitglieder, Aktiven,
- 3 Funktionär*innen und Beschäftigten der IG Metall untereinander.
- 4 Daher wird der Vorstand der IG Metall aufgefordert, Leitlinien für faires Verhalten
- 5 zu entwickeln und in den entsprechenden Gremien zu beschließen, sowie das
- 6 Verwaltungshandbuch (inklusive Richtlinien) anzupassen. Auf die Thematisierung und
- 7 Umsetzung in allen Gliederungsebenen ist hinzuwirken.
- 8 Als Grundlage kann folgender Text dienen:
- 9 Diese Leitlinien sollen dazu beitragen, eine Kultur der guten Zusammenarbeit in der
- 10 Organisation und den respektvollen Umgang miteinander zu fördern und dauerhaft
- 11 beizubehalten.
- 12 **WIR – sind gemeinsam für einen respektvollen Umgang miteinander verantwortlich.**
- 13 **WIR – bestimmen unser Handeln durch Werte wie: Toleranz, Freiheit, Gleichheit und**
- 14 **Gerechtigkeit**
- 15 **WIR – fördern demokratisches und soziales Denken und Handeln**
- 16 **WIR – leben Solidarität**
- 17 **WIR – akzeptieren persönliche Grenzen**
- 18 **WIR – dulden keine Art von Diskriminierung, (sexuelle) Belästigung oder andere**
- 19 **Eingriffen in die persönliche Integrität der/des Einzelnen**
- 20 **Wir – schreiten ein, wenn wir unfaires oder diskriminierendes Verhalten durch andere**
- 21 **mitbekommen**
- 22 **Wir – sind das TEAM IG METALL**

Antrag L4.039: Gleiche Voraussetzungen für IG Metall Mitglieder und Beschäftigte der IG Metall

Antragsteller*in:	GS Krefeld
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Ablehnung
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Die IG Metall stark vor Ort aufstellen

- 1 Die IG Metall wird ab 2024 in ihrer Funktion als Arbeitgeber mit einer in
- 2 Mitgliederversammlungen zu wählenden Tarifkommission über die Arbeitsbedingungen
- 3 verhandeln und einen Haustarifvertrag abschließen.
- 4 Bisher wurde über Themen, die üblicherweise in Tarifverträgen geregelt werden, mit
- 5 dem Gesamtbetriebsrat verhandelt. Dies entspricht nicht den Regelungen des
- 6 Tarifvertragsgesetzes und des Betriebsverfassungsgesetzes. Die IG Metall kann und
- 7 soll hier beispielgebend sein. Die Sonderstellung von Tendenzbetrieben ist nicht mehr
- 8 zeitgemäß.
- 9 Die IG Metall zeigt beim Tarifvertragsrecht, dass unsere Forderungen an Dritte durch
- 10 uns vorgelebt werden. Alle Themen, die üblicherweise durch Tarifverträge geregelt
- 11 sind, werden aus den allgemeinen Anstellungsbedingungen und Betriebsvereinbarungen in
- 12 eine IGM Haustarifvertragswerk überführt.

Antrag L4.040: Tarifpolitik als Aufgabe des IG Metall Vorstandes

Antragsteller*in:	GS Krefeld
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Ablehnung
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Die IG Metall stark vor Ort aufstellen

- 1 Tarifpolitik ist Aufgabe des IG Metall Vorstandes. Kosten von Tarifverhandlungen,
- 2 sowohl Sach- als auch Personalkosten, werden gemäß der Beitragsverteilung durch
- 3 Haupt- und Ortskasse getragen.

Antrag L4.041: Qualifizierungsmaßnahmen Ortsvorstand

Antragsteller*in:	GS Schweinfurt
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Die IG Metall stark vor Ort aufstellen
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 1 - 3 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung Zeile 15 - 16 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt ~~eine~~, ein Konzept zur
 2 Grundlagenqualifizierung für
 3 Mitglieder der Ortsvorstände zu entwickeln und über das zentrale Bildungsprogramm der
 4 IG Metall anzubieten. Folgende Inhalte ~~sollten~~ könnten u.a. vermittelt werden:
- 5 • Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten von Ortsvorstandsmitgliedern;
 - 6 • Das Ortsstatut als Richtlinie der Gewerkschaftsarbeit in der Geschäftsstelle;
 - 7 • Der Geschäftsplanprozess als Steuerungsinstrument des Ortsvorstandes;
 - 8 • Rechtsform der IG Metall und sich daraus ergebende Folgen;
 - 9 • Grundlagen der Haushaltsführung einer Geschäftsstelle;
 - 10 • Steuerungsinstrumente wie „13 Kernaufgaben guter Geschäftsstellenarbeit“ oder
 nachfolgende vergleichbare Instrumente
- 11 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt ein Konzept zu entwickeln, wie die
 12 Teilnahme von Ortsvorstandsmitgliedern an dieser Grundlagenqualifizierung
 13 sichergestellt werden kann. Dies könnte z.B. über eine von der Hauptrevision zu
 14 prüfenden „Richtlinie für Ortsvorstandsmitglieder“ erreicht werden.
- 15 Der Vorstand wird beauftragt ~~ergänzende Qualifizierungsangebote~~ die Entwicklung von
 16 ergänzenden Qualifizierungsangeboten zu ~~entwickeln und-~~
~~anzubieten~~ prüfen.

Antrag L4.042: Stellvertretung für Delegierte der Delegiertenversammlung wahlbezirksfein bestimmen

Antragsteller*in:	GS Regensburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Die IG Metall stark vor Ort aufstellen

- 1 Der Vorstand der IG Metall ändert die „Richtlinie Ortsstatut“, sodass die
- 2 Stellvertretung in verschiedenen Wahlbezirken unterschiedlich definiert werden kann.
- 3 Ziel der Richtlinienänderung ist, den Geschäftsstellen die Entscheidung über die
- 4 passende Stellvertretungsregelung (Rangreihenverfahren oder persönliche
- 5 Stellvertretung) für jeden Wahlbezirk konkret zu überlassen, statt ein einheitliches
- 6 Verfahren für alle Wahlbezirke festlegen zu müssen. Dadurch kann auf die
- 7 unterschiedlichen Bedingungen in den Wahlbezirken eingegangen, die Kommunikation
- 8 zwischen den Delegierten und ihren Stellvertreter*innen verbessert und die Teilnahme
- 9 an der Delegiertenversammlung erhöht werden.
- 10 Eine Übersicht der Wahlbezirke sowie deren Stellvertretungsregelung ist mit dem
- 11 Ortsstatut in der Delegiertenversammlung zu beschließen.

Antrag L4.043: Ein starker DGB durch starkes Einbringen

Antragsteller*in:	GS Suhl-Sonneberg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Die IG Metall stark vor Ort aufstellen

- 1 Der DGB als unser Dachverband ist nicht nur unser Partner in vielen Fragen, sondern
- 2 wir sind als dessen Mitglied auch gefordert und verpflichtet, uns einzubringen.
- 3 Ein starker DGB gelingt dann, wenn die Mitgliedsgewerkschaften und eben auch die IG
- 4 Metall auf allen Ebenen strukturell und inhaltlich aktiv mitwirken. Dazu brauchen wir
- 5 engagierte Kolleg*innen, die sich in unseren Strukturen und mit unserem Mandat auch
- 6 in den Strukturen des DGB einbringen. Gerade in der Kreis- und Stadtverbänden findet
- 7 die gewerkschaftliche DGB-Basisarbeit statt. In enger Abstimmung mit Geschäftsstelle
- 8 und Ortsvorstand der IG Metall können hier Themen und Aktivitäten verstärkt werden.
- 9 Das ist kein zusätzlicher Aufwand für uns, sondern Bestandteil unseres
- 10 gewerkschaftlichen Selbstverständnisses.
- 11 Bei der Auswahl von zu bearbeitenden Themen schließt die aktive Mitarbeit im DGB
- 12 nicht eine eigenständige Positionierung aus. Beispielsweise in sozialpolitischen oder
- 13 friedenspolitischen Fragestellungen kann die IG Metall neben Debatten und Aktivitäten
- 14 im und mit dem DGB auch parallel dazu eigene Akzente setzen.

Antrag L4.044: Ausbau und Intensivierung von Bildungsmaßnahmen

Antragsteller*in:	GS Darmstadt
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Im heutigen Bildungswesen werden autoritäre Gedankenmuster und Verhaltensweisen
2 gefördert. Kritisches Bewusstsein für die industriellen, sowie die
3 Wirtschaftsbeziehungen im Kapitalismus und die Verknüpfung verschiedener
4 Informationen werden im staatlichen Bildungswesen kaum vermittelt.
- 5 Als größter außerschulischer Bildungsträger hat die IG Metall Verantwortung und soll
6 dieser auch gerecht werden. Ziel der IG Metall muss es sein, betriebliche Demokratie
7 für Kolleg*innen und Beschäftigten nahbar zu machen. Aufklärung und Bildung sind der
8 erste Schritt zur Emanzipation und demokratischer Partizipation. Für
9 gewerkschaftlichen Erfolg sind Solidarität und die Vermittlung der Idee einer
10 kollektiven, vereinigten Arbeiter*innen unerlässlich. Neoliberale Individualismus-
11 und Konkurrenzgedanken unterlaufen die Basis für gewerkschaftlichen Zusammenhalt.
12 Daher muss die IG Metall hier aktiv bleiben und solidarische Denkmuster kultivieren.
13 Arbeiter*innen kann durch die IG Metall ein neues Bildungsverständnis vermittelt
14 werden, welches auf partizipativen und gemeinschaftlichen Idealen beruht.
- 15 Für die IG Metall ist klar: Um das Ziel der Selbstermächtigung, Selbstorganisation
16 und Strukturierung zu gewährleisten, wird entsprechende Seminarzeit benötigt. In zu
17 geringen Zeitspannen ist es nicht möglich bei einem Seminar die Gruppenfindung und
18 somit den Zugang zu gemeinschaftlichen solidarischen Erfahrungen zu ermöglichen.
- 19 Da die meisten Kolleg*innen und Mitglieder ihren Anspruch auf Bildungsurlaub, sofern
20 vorhanden, nicht wahrnehmen, ist dies gezielt zu fördern. Die Bildungsseminare sind
21 Grundpfeiler der gewerkschaftlichen Bildung und somit der Einflussnahme der
22 Gewerkschaft auf gesamtgesellschaftliche und betriebliche Narrative. Oftmals
23 scheitert die Teilnahme nicht am Interesse, sondern an der mangelnden Kenntnis über
24 vorhandene Angebote. Gerade für Neumitglieder kann die Einstiegshürde gesenkt werden,
25 wenn ihnen konkrete Angebote unterbreitet werden.
- 26 Heute steht die IG Metall organisationspolitisch vor neuen Herausforderungen.
27 Mitgliederverluste und das sinkende Bewusstsein für die Notwendigkeit
28 gewerkschaftlicher Organisation muss auch zur Überprüfung der gewerkschaftlichen
29 Bildungsarbeit führen. Entsprechend beschließt die IG Metall eine Reform ihrer
30 Bildungsarbeit in folgenden Punkten:
- 31 1. Bildungsangebote werden im Sinne der Massenbildung intensiviert. Um die
32 Beteiligung bei Bildungsseminaren zu steigern wird verstärkt das Antragsrecht
33 auf Bildungsurlaub kommuniziert. Um mehr Personen die Teilnahme an
34 Bildungsseminaren nahezubringen, wird eine aktivere Bewerbung der
35 Bildungsseminare vorgenommen. Mitglieder der IG Metall werden regelmäßig auf
36 Bildungsangebote hingewiesen.

- 37 2. Jedem Neumitglied wird bei Eintritt ein konkretes Jugend 1 oder A1 Seminar
38 angeboten.
- 39 3. Wir setzen uns für einen bundesweiten Bildungsurlaubanspruch für alle
40 Beschäftigten ein. Dieser Anspruch soll 10 Tage im Jahr betragen und in einem
41 Bundesbildungsurlaubsgesetz verankert werden.
- 42 4. Multiplikator*innen und Referent*innen wird ein leichter Zugang zu
43 Bildungsseminaren ermöglicht. Referent*innen- Bildung soll verstärkt außerhalb
44 der Prüfungszeiträume für Auszubildende und Studierende stattfinden.
- 45 5. Generell wird an Seminaren mit einer Länge von mindestens 5-6 Tagen
46 festgehalten.

Antrag L4.045: Ausbau politischer Bildungsangebote

Antragsteller*in:	GS Hanau-Fulda
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

1 Der Gewerkschaftstag fordert den Vorstand auf, die Kapazitäten für politische
2 Bildungsangebote weiter auszubauen und die finanziellen und personellen Ressourcen
3 für politische Bildungsangebote zu erhöhen. Der Ausbau der politischen
4 Bildungsangebote darf dabei nicht zu Lasten der Bildungsangebote für Betriebsräte und
5 andere gewerkschaftlich Aktive gehen.

6 Die IG Metall sieht in einem breiteren politischen Bildungsangebot für Mitglieder und
7 Vertrauensleute einen wichtigen und notwendigen Beitrag, um den betriebs- und
8 tarifpolitischen, wie auch den gesellschaftspolitischen Herausforderungen gerecht zu
9 werden und eine stärkere politische Bewusstseinsbildung für gewerkschaftlich Aktive
10 zu erreichen.

11 Der Ausbau der Angebote soll dabei insbesondere folgende Schwerpunktthemen
12 beinhalten:

- 13 • Politische Ökonomie heute: Gewerkschaftliches Handeln im Betrieb und der
14 Gesellschaft im Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit
- 15 • Sicherung und Ausbau von Demokratie und Sozialstaat
- 16 • Gewerkschaftlicher Widerstand gegen Rechtspopulismus und Neonazis
- 17 • Das „Politische Mandat“ der Gewerkschaften und aktuelle Herausforderungen
- 18 • Themen der tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen
- 19 • Gewerkschaftliche Friedenspolitik
- 20 • Alltagsbewusstsein und gewerkschaftliche Lernprozesse fördern: Organisation
21 politischer Bildungs- und Vernetzungsangebote vor Ort, mit konkretem
22 betrieblichen oder regionalen Themenbezug.
- 23 • Gewerkschaftliche Bewusstseinsbildung in allgemeinbildenden Schulen
- 24 • Transformation und Künstliche Intelligenz

Antrag L4.046: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Antragsteller*in:	GS Ludwigshafen-Frankenthal
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Die politische Grundlagenbildung der IG Metall bleibt trotz aller notwendigen
- 2 Veränderungen in unserer Arbeit die Basis einer Aktivierung und Politisierung unserer
- 3 ehrenamtlichen Kolleg*innen im Betrieb.
- 4 Um unsere Wirkmächtigkeit und Kampagnenfähigkeit in den Betrieben und der
- 5 Gesellschaft zu erhalten und auszubauen, ist eine politische Grundlagenbildung
- 6 unerlässlich. Aus unserer Sicht muss die eigenfinanzierte Bildung (VL Bildung,
- 7 politische Bildung und auch die Hauptamtlichen Weiterbildung) sowie die politische
- 8 Jugendbildungsarbeit (Jugend I, II und III Seminare) von den Sparbemühungen
- 9 ausgenommen werden und weiterhin im gleichen Umfang sichergestellt werden.
- 10 Gewerkschaftspolitische Bildungsarbeit ist Massen- und auch Zweckbildung.
- 11 Um unsere Bildungsangebote einer breiten Masse vorzustellen und zugänglich zu machen,
- 12 benötigt es gut geschulte Multiplikator*innen, die unsere Angebote bei den
- 13 Mitgliedern, insbesondere auch die Möglichkeiten der Bildungsfreistellungsgesetze der
- 14 Länder, bewerben und eine passgenaue Beratung zu den Inhalten und Angeboten unsere
- 15 Bildungsarbeit geben können. Hierzu ist eine (Re-) Aktivierung der
- 16 Bildungsberater*innen und deren Schulungen notwendig. Wir haben bekannte Konzepte,
- 17 diese gilt es den jetzigen Gegebenheiten anzupassen.

Antrag L4.047: Wirkmächtigkeit durch politische Bildung

Antragsteller*in:	GS Eisenach
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Selbstbewusstes und demokratisches Handeln setzt voraus, dass wir unsere „Rolle“ im
- 2 politischen und wirtschaftlichen System kennen. Weiter bedarf es Klarheit darüber, in
- 3 welcher Form und durch welche Wege Möglichkeiten der Einflussnahme und Mitbestimmung
- 4 bestehen. Dazu ist politische Grundlagenbildung der IG Metall unerlässlich. Hier
- 5 müssen qualitativ und quantitativ ausreichend Schulungen für Mitglieder der IG Metall
- 6 angeboten werden. In vielen Bundesländern bestehen Möglichkeiten zur Teilnahme nach
- 7 Bildungsfreistellungs- oder Bildungsurlaubsgesetzen. Diese Ansprüche werden noch viel
- 8 zu unzureichend genutzt. Hier muss die IG Metall noch stärker informieren und die
- 9 Inanspruchnahme unterstützen.
- 10 Das politische Spektrum in der Bundesrepublik Deutschland hat sich erweitert. Vielen
- 11 unserer Mitglieder sind deren Grundlagen und Zusammenhänge nicht ausreichend
- 12 transparent. Insbesondere zur AfD, deren Programmatik und Zielen bedarf es Konzepte
- 13 in politischen Seminaren der IG Metall.

Antrag L4.048: Bildungsdebatte

Antragsteller*in:	GS Ennepe-Ruhr-Wupper
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Die Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist essentiell für unsere Arbeit über alle
- 2 Ebenen hinweg. Allerdings sind die Herausforderungen an die Bildungsarbeit in den
- 3 letzten Jahren immens gestiegen. Wir beobachten zunehmend flexible Anforderung an
- 4 unsere Bildungsangebote und eine ständige – teilweise aktionistisch anmutende -
- 5 Anpassung der Angebote die daraus resultiert. Wenn der Grundsatz gilt, dass die
- 6 Bildungsarbeit weiterhin das Mittel der Wahl ist um unsere gewerkschaftlichen Ziele
- 7 und Themen durchzusetzen, benötigt es eine lang- und mittelfristige Strategie was
- 8 Bildungsarbeit leisten kann und soll. Dafür braucht es eine Bildungsdebatte.
- 9 Daher möge der 25. Ordentliche Gewerkschaftstag beschließen den Vorstand der IG
- 10 Metall aufzufordern eine breit angelegte Bildungsdebatte von Haupt – und
- 11 Ehrenamtlichen über das Ziel und die Umsetzung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit
- 12 über alle Organisationsebenen hinweg anzustoßen und zu organisieren.

Antrag L4.049: Politische Bildung für die Erhaltung der Demokratie

Antragsteller*in:	GS Wolfsburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 4 - 5 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Der Gewerkschaftstag fordert den Vorstand auf, die politische Bildungsarbeit der
 2 Geschäftsstellen zur Förderung und Stärkung des Demokratie-Bewusstseins zu
 3 unterstützen und auszubauen.
 4 Unterstützung und Beratung durch ~~hauptamtliche Bildungsreferent*innen sollte für~~
 5 ~~diesen Bereich kostengünstig~~ den Bildungsbereich zur Qualifizierung von ehrenamtlichen
 6 Referent*innen
 7 angeboten werden.
- 7 Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit – auf diesen Werten beruht ein gutes und
 8 solidarisches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und
 9 Überzeugung. Dies sind auch die Fundamente, auf denen die IG Metall gewachsen ist.
 10 Diese Werte werden jedoch immer wieder angegriffen. Menschen- und
 11 Demokratiefeindlichkeit hat viele Gesichter: Sie reicht von Rechtsextremismus über
 12 Antisemitismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit, islamistischen Extremismus,
 13 Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie Ressentiments gegenüber Sinti und Roma bis zu
 14 linkem Extremismus.
- 15 Unserem satzungsgemäßen Auftrag in Betrieb und Gesellschaft können wir nur dann
 16 umfassend gerecht werden, wenn Mitglieder, Funktionär*innen sich mit unserer
 17 Geschichte auseinandergesetzt haben. Dazu gehört auch und besonders die
 18 Auseinandersetzung mit dem Faschismus, vor Ort in Form von Gedenkstättenarbeit. Dies
 19 dient der Demokratiebildung und -förderung.
- 20 Mitglieder können aufgrund dieser Bildungsarbeit an die IG Metall gebunden und
 21 gehalten werden. Die Möglichkeiten zur Teilnahme an Seminaren sollte in den
 22 Geschäftsstellen ausgebaut und kompetent begleitet werden. Wissen kann auf dieser
 23 Ebene zügig über die Referenten-Arbeitskreise auch in Form von Bildungsurlauben
 24 verbreitet werden.

Antrag L4.050: Weiterbildungsverbände

Antragsteller*in:	GS Wolfsburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Der Gewerkschaftstag fordert den Vorstand auf, gemeinsam mit den Bezirken und den
2 Geschäftsstellen im Rahmen der Qualifizierungsoffensive die Kooperation mit
3 regionalen Weiterbildungspartnern zu forcieren.
- 4 • Die Einbindung der IG Metall Bezirke und Geschäftsstellen in die Arbeit der
5 regionalen Weiterbildungsverbände und die Kooperation mit Bildungspartnern soll
6 ausgebaut werden.
- 7 • Bildungsangebote für Themen der Transformation und Digitalisierung müssen
8 kontinuierlich entwickelt und umgesetzt werden.
- 9 • Von Transformation Betroffene können so qualifizierte Beratung und passende
10 Bildungsangebote bekommen.
- 11 • Bestehende Bildungsangebote der IG Metall werden in das Bildungsangebot der
12 Weiterbildungsverbände einbezogen.
- 13 • Regionale Vernetzung zu Bildungsanbietenden wird gestärkt.
- 14 Ohne qualifizierte Beschäftigte keine Innovation. Fort- und Weiterbildung bekommen in
15 den Umbrüchen von Wirtschaft und Arbeitsgesellschaft eine noch größere Bedeutung als
16 ohnehin. Von digitaler Transformation Betroffene benötigen gezielte Bildungsangebote,
17 die passgenau auf die Unternehmen zugeschnitten werden können, sowie
18 Fördermöglichkeiten und kompetente Umsetzungsberatung. Nur so kann ein gezieltes
19 gemeinsames Weiterkommen sichergestellt werden.
- 20 Eine Zusammenarbeit mit den regionalen Weiterbildungsverbänden bietet sich hier an.
21 Alle wichtigen Kooperationspartner sind vereint. Für einzelne Regionen könne dies
22 insbesondere im Bereich der beruflichen Weiterbildung eine Entwicklungschance
23 bedeuten.
- 24 Die Infrastruktur der Bildungsanbietenden muss sichergestellt und ausgebaut werden.
25 Es muss Beratungsstrukturen geben, damit sowohl Bedarfe erhoben und passgenaue
26 Konzepte zur Qualifizierung der Mitarbeitenden entwickelt und umgesetzt werden
27 können.

Antrag L4.051: Neues Miteinander

Antragsteller*in:	GS Aschaffenburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Die fachlich inhaltliche Ausrichtung auf die betrieblichen Belange und die damit
- 2 verbundene notwendige Qualifizierung der ehren- bzw. hauptamtlichen Beschäftigten in
- 3 Betrieb und Organisation muss fokussiert und die notwendigen Maßnahmen hierzu
- 4 schnellstmöglich in Umsetzung gebracht werden.

- 5 Der Vorstand wird beauftragt, eine umfassende Kompetenzanalyse bei Haupt- und
- 6 Ehrenamtlichen durchzuführen. Hierzu ist eine Plattform zum interaktiven Lernen
- 7 (selbständig und teambasiert) zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen. Modulare
- 8 Angebote des Selbstlernens sind zu entwickeln und in einem Baukastensystem für die
- 9 Geschäftsstellen anzubieten. Der Praxisbezug über ein konkretes Projekt ist zwingend
- 10 zu berücksichtigen.

Antrag L4.052: Vom Lernen zum Handeln – Mehr Praxistransfer von Seminarinhalten

Antragsteller*in:	GS Bamberg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Die IG Metall legt in ihrer Bildungsarbeit, insbesondere in der Konzeption von
- 2 Seminaren, künftig einen starken Fokus auf den Transfer von im Seminar erworbenen
- 3 Kenntnissen in die betriebliche Praxis.
- 4 Auch bestehende Seminarkonzepte sind hinsichtlich folgender Fragestellungen zu
- 5 prüfen:
- 6 Was bleibt nach dem Seminar? Wie praxisnah sind die Seminarinhalte? Wie kann das im
- 7 Seminar erworbene Wissen in die betriebliche Praxis transferiert werden? Wie können
- 8 wir die Teilnehmenden auf die „zurück-im-Betrieb-Situation“ und die unter Umständen
- 9 eintretenden Transferherausforderungen vorbereiten?
- 10 Teile der Neukonzeptionierung unserer Bildungsarbeit sollen in diesem Kontext die
- 11 Entwicklung und Anwendung von Transfermodulen sein, die beispielsweise
- 12 Transferprojekte, Transferzielen, betriebliche Aktivitätenfelder oder
- 13 Rückfallprävention enthalten. Diese Auseinandersetzung erscheint notwendig, wenn es
- 14 darum geht, die Wirksamkeit der betrieblichen Mitbestimmung insgesamt zu erhöhen und
- 15 dem Mitgestaltungsanspruch gerecht zu werden.
- 16 Eine transferorientierte Bildungsarbeit kann dazu beitragen, dass am Ende der
- 17 Weiterbildung nicht nur Handlungsabsichten entstehen, sondern tatsächliches Handeln
- 18 erfolgt.

Antrag L4.053: Themen für gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Antragsteller*in:	GS Esslingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Viele, insbesondere jungen Leute, sorgen sich um die Zukunft unseres Planeten. Die
- 2 Umweltzerstörung und der Klimawandel bedrohen ihre Zukunftschancen massiv. Bei
- 3 vielfältigen Demonstrationen und Aktion bringen sie diese Sorgen zum Ausdruck.
- 4 Als Hauptursache sehen sie das Streben nach ungehemmtem Wachstum und Profit. Deshalb
- 5 suchen sie nach alternativen Wirtschaftsmodellen jenseits des Kapitalismus.
- 6 Aufgabe der IG Metall ist es, gemeinsam mit den jungen Leuten Utopien für eine
- 7 andere, bessere Welt zu entwickeln.
- 8 Die IG Metall wird aufgefordert entsprechende Seminare anzubieten, die genügend Zeit
- 9 zur Entwicklung von Utopien und Strategien für neue, alternative Wirtschaftsmodelle
- 10 jenseits von unendlichem Wachstum und kapitalistischem Profitstreben bieten.

Antrag L4.054: Stärkung der gesellschaftspolitischen Bildung

Antragsteller*in:	GS Lübeck-Wismar
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die Geschichtsreihe im Rahmen
- 2 gesellschaftspolitischen Bildung wieder vollständig anzubieten und das Angebot an
- 3 gesellschaftspolitischer Bildung auszuweiten.

Antrag L4.055: Konzeptarbeit, Seminarpraxis und Referentenqualifizierung innerhalb der Teilhabep Praxis-Seminare

Antragsteller*in:	GS Salzgitter-Peine
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Zur Grund-Ausbildung der SBVen bietet die IG Metall ein zentrales Seminarprogramm aus
- 2 drei Teilhabep Praxis-Seminaren (THP) an. Seit einigen Jahren gibt es zunehmende Kritik
- 3 seitens der Teilnehmenden, was einen einheitlichen Standard betrifft. Die IG Metall
- 4 stellt daher für die Zukunft sicher, dass diese THP-Seminare einheitlich und
- 5 durchgängig von gleicher hochwertiger Qualität an den zentralen Schulen angeboten
- 6 werden. Gleiches gilt für die THP I-Seminare, die in den Regionen über IG Metall-nahe
- 7 Bildungsträger angeboten werden. Zudem werden die einheitlichen Leitfäden, die
- 8 Seminar- und Teilnehmer-Materialien regelmäßig – mindestens alle 2 Jahre – unter
- 9 Mitarbeit aller beteiligter Ebenen (THP-Referenten aus Bildungsregionen und
- 10 Bildungsstätten, Vorstandsressort) überprüft und aktualisiert. Nur aktuelle
- 11 Materialien, Auswertungen und Statistiken können als strukturierte und aktuelle
- 12 Nachschlagewerke im betrieblichen Alltag genutzt werden. Zur Sicherstellung von
- 13 inhaltlich einheitlichen Seminaren von gleicher hochwertiger Qualität zählt neben dem
- 14 Angebot von strukturierter Referentenqualifizierung zur Aus- und Weiterbildung von
- 15 Referent*innen auch ein verbindliches Buchpaket für jedes THP-Seminar der THP-Reihe.

Antrag L4.056: Herstellung der Transparenz zur Einhaltung des Teamprinzips in Seminaren

Antragsteller*in:	GS Hannover
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Über die Einhaltung des Teamprinzips hat der Vorstand jährlich Transparenz
- 2 herzustellen und zu informieren.
- 3 Das Teamprinzip ist ein Qualitätsmerkmal der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit der IG
- 4 Metall. Es sichert unterschiedliche betriebliche und gewerkschaftliche Erfahrungen
- 5 als wesentlicher Bestandteil der Bildungsarbeit und unterstützt so betriebliche
- 6 Lösungsstrategien in den täglichen Auseinandersetzungen.

Antrag L4.057: Debatte über die nötigen Mindestinhalte gesellschaftspolitischer Seminare

Antragsteller*in:	GS Remscheid-Solingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Eine bundesweite Debatte anzustoßen, welche nötigen Mindestinhalte in unseren
- 2 gesellschaftspolitischen Seminaren vermittelt werden müssen, um unserem Anspruch als
- 3 politische Organisation gerecht zu werden. Die Forschungen von u.a. Prof. Dr. Merkel
- 4 zur Demokratie zeigen deutlich, dass es wieder einer gesamtgesellschaftlichen Debatte
- 5 um die Grundlagen der und die kritische Auseinandersetzung mit der Demokratie geben
- 6 muss, um die Herausforderungen meistern zu können. Dazu zählt z.B. auch das Erstarren
- 7 faschistischen Gedankenguts. Dem ist nach Meinung der Experten nur durch eine
- 8 konsequente politische Bildung der Gesellschaft zu begegnen. Wir als politische
- 9 Organisation haben die Aufgabe, diese Debatte anzustoßen und zu führen. Das beginnt
- 10 mit der Debatte und Vereinbarung innerhalb der Organisation, welche Themen und
- 11 Inhalte in unserer Bildung zu vermitteln sind, um nicht nur eine anlass- und
- 12 bedarfsgerechte, sondern auch eine politische Bildung anzubieten.

Antrag L4.058: Ergänzung zum Seminarangebot der IG Metall

Antragsteller*in:	GS Gelsenkirchen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Die Anforderungen an die betriebliche und gewerkschaftliche
- 2 Interessenvertretungsarbeit steigen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass je nach
- 3 Struktur der Arbeitnehmervertretung im Betrieb und den persönlichen Gegebenheiten der
- 4 (Noch – Nicht-) Mitglieder die Durchsetzung des Rechts auf Weiterbildung durchaus
- 5 problematisch ist. Hier könnte zur Unterstützung das Seminarangebot für Angestellte
- 6 ergänzt werden.
- 7 Gewerkschaftliche Bildungsarbeit basiert im Wesentlichen auf dem persönlichen
- 8 Miteinander und dem Austausch während einer Schulung. Bedingt durch die Pandemie ist
- 9 diese bewährte Grundlage bereits ergänzt worden um ein Paket an digitalen Seminaren.
- 10 Als IG Metall brauchen wir außerdem eine punktuelle Ergänzung der bewährten
- 11 gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, und zwar in Form von weiteren digitalen
- 12 Lernformaten (Gamification, How to - Videos, Online – Schulungen, Learning Nuggets
- 13 etc.), die zeit- und ortsunabhängig, sowie für die Angestellten zugänglich sind.
- 14 Dabei kann auch auf vorhandene Lernplattformen zurückgegriffen werden, wie z.B.
- 15 LinkedIn - Learning oder auch Moodle. Hier muss es die Bereitschaft und das Budget
- 16 für Experimentierräume geben.
- 17 Daraus ergibt sich für die Zielgruppe der Angestellten eine bessere Motivation, nach
- 18 der eigenen verfügbaren Zeit, ein nach Interessen und gewünschten Themenschwerpunkten
- 19 personalisiertes Trainingsprogramm zu absolvieren.
- 20 Auch die Herausforderung der Mitgliederwerbung lässt sich noch digitaler denken und
- 21 mit Hilfe von Kommunikations-Apps verbessern.

Antrag L4.060: Einfacher und transparenter Zugang zum Seminarprogramm der IG Metall

Antragsteller*in:	GS Gelsenkirchen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Die Anforderungen an die betriebliche und gewerkschaftliche
2 Interessenvertretungsarbeit steigen. Zu den Herausforderungen des industriellen
3 Wandels („Transformation“) kommt eine steigende Komplexität bei der Umsetzung unserer
4 betriebs- und tarifpolitischen Ziele und der demographische und soziokulturelle
5 Wandel in den Belegschaften und Gremien.
- 6 Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist die bewährte Grundlage dafür, dass die
7 betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen gemeinsam mit der IG
8 Metall vor Ort die anstehenden Herausforderungen selbstständig, proaktiv,
9 beteiligungsorientiert und kompetent angehen können.
- 10 Hierbei dient die gewerkschaftliche Bildungsarbeit dazu, die Geschäftsstellen der IG
11 Metall in ihrer Aufgabe der Betriebsbetreuung durch „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu
12 entlasten.
- 13 Das setzt einen einfachen und transparenten Zugriff auf das Seminarangebot der IG
14 Metall für Aktive und Mitglieder voraus. Dabei sollte wie folgt berücksichtigt
15 werden:
- 16 • Verbesserung der Seminarsuche im Aktivenportal
 - 17 • Einrichtung eines passgenauen (z.B. Branche, Unternehmen, Arbeitsbereich) und
18 personalisierten Seminarangebots
 - 19 • Vereinfachung der Buchungen von Seminaren über die Geschäftsstellen
 - 20 • Angebot nicht ausgebuchter Seminare via z.B. Pushnachricht oder E-Mail

Antrag L4.061: IGM Bildungsplattform

Antragsteller*in:	GS Nürnberg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, eine Meta-Bildungsplattform zu
- 2 erstellen. Diese soll eine Übersicht über alle Seminare der IG Metall und deren
- 3 Bildungspartner*innen bieten.
- 4 Jedes angezeigte Seminar hat eine downloadbare PDF-Datei mit allen relevanten Daten
- 5 für eine Freistellung.
- 6 Einzelne Personen oder auch Gremien, wie z.B. Betriebsrat und Vertrauensleute, sollen
- 7 die Möglichkeit haben, einen Account zu erstellen. In diesem Account befindet sich
- 8 die Bildungshistorie. Dort werden die Seminarunterlagen von bereits besuchten
- 9 Seminaren zum Download bereitgestellt. Gremienkonten für Bildungsbeauftragte sollen
- 10 die gemeinsame Bildungsplanung unterstützen.
- 11 Für eine personalisierte Seminarsuche werden von der Bildungsplattform Interessen und
- 12 Funktionen (BR, VK, JAV, SBV ect.) der jeweiligen Nutzer*in abgefragt. Zusätzlich
- 13 schlägt das System Seminare vor, die im Zusammenhang mit bereits besuchten Seminaren
- 14 oder Modulen stehen.
- 15 Anhand der Voreinstellungen kann man auf Wunsch automatisch regelmäßig Info-Mails zu
- 16 den Seminarangeboten geschickt bekommen.
- 17 Die Bildungsplattform soll folgende Funktionen bereitstellen:
- 18 • Benutzerfreundliche Anmeldung
- 19 • PDF-Dateien mit allen relevanten Daten für die Freistellung
- 20 • Ein Konto (z.B. Cloud-Lösung) für das Mitglied bzw. Gremium in dem alle
- 21 Seminarunterlagen downloadbar sind.
- 22 • Bildungshistorie einsehbar für das Mitglied – Abgleich der besuchten Seminare +
- 23 Hilfestellungen für nächste passende Seminare
- 24 • Bundesweite Plattform mit Übersicht über alle Seminare der IG Metall
- 25 zentral/regional + BR Bildungsträger (z.B. BAB)
- 26 • Lernpfade mit Vorschlägen: Seminarteilnehmer*innen die auf Seminar 1 waren,
- 27 gehen auf Seminar 2 + Das könnte dich auch noch interessieren
- 28 • Gezielte Angebote für Seminare die noch fehlen, können auf Wunsch automatisch
- 29 vom System per Mail versendet werden

Antrag L4.063: Nachhalten von Beschwerden bei Seminaren „Einen sicheren „Hafen“ für Seminarteilnehmende schaffen“

Antragsteller*in:	GS Rostock
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 In Anlehnung an die 22. Frauenkonferenz der IG Metall zum Antrag C010 „Kein Platz für
2 Sexist*innen – weder auf Seminaren, noch sonst wo in der IG Metall!“, fordern die
3 Delegierten des 25. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall den Vorstand der IG
4 Metall auf, eine sichere Beschwerdestelle einzurichten und gemeldeten Vorfällen
5 nachzugehen.
- 6 Gleichstellung ist ein gesellschaftliches Kernthema, gehört somit selbstverständlich
7 als Querschnittsaufgabe in jedes Seminarkonzept und muss auch Eingang in alle
8 Arbeitsfelder, insbesondere in die Bildungsarbeit der IG Metall, finden. In vielen
9 Seminaren der IG Metall, zum Beispiel den Grundlagen-Seminaren zur BR-Arbeit oder
10 aber den Ausbildungen zu Referent*innen findet das Thema als solches nicht
11 entsprechend der aktuellen Diskussionen und gesellschaftlichen Notwendigkeit statt.
12 Schon jetzt gibt es viele Möglichkeiten, die Gleichstellung der Geschlechter in den
13 Betrieben voran zu treiben, zu selten werden die Möglichkeiten aber genutzt. Durch
14 die Stärkung des Themas als Querschnittsaufgabe in allen Bildungsangeboten der IG
15 Metall kann Gleichstellung viel schneller, sowohl in den Köpfen als auch Handlungen
16 unser Kolleg*innen verankert und vorangetrieben werden. Hierfür müssen auch
17 insbesondere unseren Referenten*innen sensibilisiert und bei ihrer Aus- und
18 Weiterbildung geschult werden.
- 19 Trotzdem kommt es immer wieder vor, dass sich Teilnehmende in einem Seminar
20 übergriffig behandelt fühlen und nicht wissen, wo sie dazu eine Anlaufstelle finden.
21 Das Ausfüllen des Feedbackbogens am Ende des Seminares ist dafür nicht ausreichend,
22 da diese vorher immer durch die Hände der Referierenden gehen und ggf. aussortiert
23 werden können. Hier wäre es hilfreich, eine Beschwerdestelle (Telefonisch und per
24 Mail), welche in den Bildungskatalogen, auf den HPs und im Seminar direkt
25 angesprochen wird, einzurichten. Teilnehmende sollen dadurch die Gelegenheit
26 erhalten, Übergriffe zu melden und ernst genommen zu werden.
- 27 Zusätzlich kann somit zentral evaluiert werden, ob und wie groß der interne
28 Handlungsbedarf zur Weiterqualifizierung von Referent*innen ist und eventuell sogar
29 weitergehende Maßnahmen ergriffen werden müssen. Eine Evaluierung findet bisher nicht
30 statt.

Antrag L4.064: Kampf gegen Rassist*innen, Faschist*innen und Sexist*innen in Seminaren oder sonst wo in der IG Metall!

Antragsteller*in:	GS Frankfurt am Main
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 3 - 4 (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

- 1 Die IG Metall entwickelt antirassistische, antifaschistische und antisexistische
 2 Konzept für Seminare und sensibilisiert ihre Referierenden. Dieses Konzept soll ein
 3 ~~verpflichtender~~ Bestandteil der Vorqualifizierung von Referierenden sein. Alle
 4 aktiven sowie werdenden Referierenden der IG Metall ~~müssen~~sollen ein
 5 antirassistisches,
 6 antifaschistisches und antisexistisches Training abschließen, um (weiterhin) Seminare
 7 in der gewerkschaftlichen Bildung leiten zu dürfen. Das Training wird von
 8 Expert*innen aus dem Bereich der antirassistischen, antifaschistischen,
 9 antisexistischen Arbeit, sowie dem Kampf gegen Antisemitismus, Antiziganismus und
 10 LSBTIQ* Feindlichkeit geleitet.
- 11 Ziele sind:
- 12 • männlich-dominantem, rassistischem Verhalten einen Riegel vorschieben;
 - 13 • mehr Reflexionsarbeit;
 - 14 • konkrete Seminarinhalte mit antirassistischem, antifaschistischem und
 15 antisexistischem Konzept;
 - 16 • verpflichtendes antirassistisches, antifaschistisches und antisexistisches
 17 Training bei jedem/r Teamenden/Referierenden;
 - 18 • keine Rassist*innen und Sexist*innen als Teamende/Referierende
- 19 Dies ist ein konkreter Auftrag sowohl in der Konzeption der Seminarinhalte, als auch
 20 in der Auswahl der Referierenden. Denn für uns heißt es deutlich: kein Platz für
 21 Rassist*innen, Faschist*innen und Sexist*innen - nicht in Seminaren oder sonst wo in
 der IG Metall!

Antrag L4.065: Ausbau der IG Metall Bildungszentren

Antragsteller*in:	GS Krefeld
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Die Kapazitäten der IG Metall Bildungszentren entsprechend dem Bedarf aus zentraler
- 2 und regionaler Bildung zu erweitern oder neue Standorte, ggf. in Kombination mit
- 3 Gewerkschaftshäusern in Zentrumslage, gerne auch in Kooperation mit dem DGB und
- 4 unseren Schwestergewerkschaften, anzubieten.

- 5 Die Bildungszentren der IG Metall sollen vergrößert werden. Die hohe Nachfrage an
- 6 Seminaren in unseren Bildungszentren führt oftmals dazu, dass unsere Häuser überbucht
- 7 sind und Seminare ausgelagert werden müssen. Dies zeigt die hohe Attraktivität
- 8 unserer Bildungszentren. Die Möglichkeit, Tagungen, Klausuren, Kongresse und Messen
- 9 in eigenen Häusern durchführen zu können, sollte hierbei berücksichtigt werden.

- 10 Es soll angestrebt werden, dass möglichst alle Seminare in den Bildungszentren
- 11 durchgeführt werden können.

Antrag L4.066: Aufbau eines Digitalen Bildungszentrum zur Umsetzung zentraler Anforderungen der Bildungsarbeit

Antragsteller*in:	GS Olpe
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

1 Die Delegierten der GS Olpe forderten den Vorstand und die zentrale Bildungsarbeit
2 der IG Metall auf, die positiven Ergebnisse unserer digitalen Bildungsangebote mit
3 der Gründung eines „Digitalen Bildungszentrum“ zu verstetigen.

4 Mit einer Ausweitung und Koordination digitaler Angebote können die Vorteile einer
5 bundesweiten Reichweite mit der Stärke unserer inhaltlichen Angebote kombiniert
6 werden. Wir sind der Meinung, dass digitale Bildungsangebote keine Konkurrenz zu
7 Präsenzangeboten darstellen, sondern ein gutes Mittel sind um neue Zielgruppen zu
8 erreichen und die aktuelle Bildungsarbeit zu ergänzen.

9 Umzusetzen ist:

- 10 • Die verbesserte Koordination, Integration und Abstimmung regionaler und
11 zentraler digitaler Anforderungen durch eine zentrale Bündelung zu
12 gewährleisten.
- 13 • Online Bemühungen so zu konzipieren und umzusetzen, dass die IG Metall
14 Bildungsarbeit auf regionaler und zentraler Ebene passende Einnahmen erwirken
15 kann.
- 16 • Passgenaue bundesweite Koordination und passendes Marketing um neue Zielgruppen
17 zu erreichen, die keine Präsenzangebote wahrnehmen.
- 18 • Die Reichweite von unseren gesellschaftspolitischen Weiterbildungsangeboten zu
19 erhöhen.
- 20 • Wie sich mit digitalen Angeboten die private Konkurrenz auf dem Bildungsmarkt
21 zurückdrängen lässt.
- 22 • Angebote für alle unsere Mitglieder und Aktiven zu finden und somit
23 Betriebsräte, Vertrauensleute, Schwerbehindertenvertretungen und JAV zu
24 erreichen.

25 Die beschriebenen Herausforderungen sind unterschiedlich gelagert und nicht auf einen
26 Schlag zu beantworten. Daher fordern wir beteiligungsorientierte Workshops unter
27 Teilnahme ehrenamtlicher- und hauptamtlicher Kolleg*innen aller Bezirke um mit
28 geeigneten Fokusgruppen Antworten auf die genannten Herausforderungen zu finden. Die
29 Herausforderungen zeichnen ein Bild von einer sich sehr im Wandel befindlichen
30 Bildungsarbeit der IG Metall. Um zentral und regional weiterhin gut aufgestellt zu
31 sein ist eine umfassende Neubewertung und auch Ausrichtung notwendig ohne die
32 bisherigen Präsenzangebote zu verringern.

Antrag L4.067: Stärkung und Ausbau der strategischen Bildungsarbeit

Antragsteller*in:	GS Kiel-Neumünster
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Durch diesen Antrag erledigte Anträge:	L4.068
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Im Rahmen des Ausbaues der strategischen Bildungsarbeit für Betriebsräte und
- 2 Vertrauensleute der IG Metall, ist es von zunehmender Bedeutung das eine IG Metall
- 3 Bildungsstätte auch im Norden der Republik entsteht, um die stetig steigende
- 4 Nachfrage an adäquaten Fortbildungen gerecht zu werden.
- 5 Die IG Metall würde mit der Bildungsstätte auch im Norden ihre Präsenz im Bezirk
- 6 Küste stärken und ihre Mitglieder verstärkt in der Bildungsarbeit unterstützen.

Antrag L4.068: Zentrale Bildungsstätte

Antragsteller*in:	GS Leer-Papenburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L4.067
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Die Bildungsarbeit muss weiterhin gestärkt und ausgebaut werden:
- 2 Um noch mehr Kollegen*innen an unserer Bildungsarbeit zu beteiligen, müssen neben
- 3 einem breiten Seminarangebot für unsere Kollegen*innen auch erreichbare
- 4 Bildungsstätten angeboten werden.
- 5 Frühzeitige Seminaranmeldung dürfen nicht wie bisher zu langen Wartelisten führen.
- 6 Um Bildung für jeden sicherzustellen, stellen wir den Antrag, perspektivisch eine
- 7 Bildungsstätte in Küstennähe anzubieten.

Antrag L4.069: Mehr hauptamtliche Referent*innen in den Bildungszentren

Antragsteller*in:	GS Hannover
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Wir brauchen wieder mehr hauptamtliche Referent*innen in den Bildungszentren.
- 2 Hauptamtliche Referent*innen sind häufig überlastet, da sie teilweise bis zu 4
- 3 Seminare im Monat leisten. Hier brauchen wir Entlastung und Verstärkung und keinen
- 4 Abbau der Hauptamtlichen indem ihre Stellen bei Eintritt in den Ruhestand nicht mehr
- 5 nachbesetzt werden. Es ist unmöglich die Lücke durch den verstärkten Einsatz externer
- 6 oder ehrenamtlicher Referent*innen zu schließen. Wir brauchen wieder mehr
- 7 hauptamtliche Referent*innen in den Bildungszentren um die fundierte
- 8 Grundlagenausbildung der Betriebsräte und Vertrauensleute zu gewährleisten.
- 9 Wir begrüßen die Bestrebungen mehr ehrenamtliche Referent*innen in der IGM
- 10 Bildungsarbeit auszubilden und mehr zugeschnittene innovative Bildungskonzepte zu
- 11 entwickeln. Da die fundamentale Grundlagenbildung für Betriebsräte und
- 12 Vertrauensleute verbessert werden muss, ist es zwingend notwendig auch die Anzahl der
- 13 hauptamtlichen Referent*innen in den Bildungszentren, zu erhöhen. Dass die
- 14 ehrenamtlichen Referent*innen oft nur wenige Seminare im Jahr leisten können spielt
- 15 dabei auch eine große Rolle.

Antrag L4.070: Unterstützung für alle Menschen mit einer Beeinträchtigung in unserer Bildungsarbeit

Antragsteller*in:	GS Gelsenkirchen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Allen Mitgliedern der IG Metall mit Beeinträchtigung werden die erforderlichen Hilfen
- 2 für eine erfolgreiche Teilnahme an unseren Seminaren zur Verfügung gestellt.
- 3 Barrierefreiheit der Gebäude ist in unseren Bildungszentren mittlerweile
- 4 gewährleistet. Das gilt aber noch nicht für die Übernahme der Kosten für
- 5 Gebärdendolmetscher und Unterlagen in Blindenschrift.
- 6 Als Vorbild in der Inklusion stellt die IG Metall die erforderlichen finanziellen
- 7 Mittel zur Verfügung und ermöglicht dadurch Gleichstellung für alle.

Antrag L4.071: Ausbau Bildungsangebot für gehörlose Funktionär*innen

Antragsteller*in:	GS Remscheid-Solingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Das bisheriges, Bildungsangebot auf Bundesebene für gehörlose Mitglieder dahingehend
- 2 auszubauen, dass es ein bundesweites Angebot für gehörlose Funktionär*innen gibt.
- 3 Bisher fehlt ein solches Angebot und somit bieten die IGM Betriebsrät*innen, Jugend-
- 4 und Auszubildendenvertreter*innen und Schwerbehindertenvertreter*innen mit dieser
- 5 Einschränkung kein Angebot, sich in diesen Themen weiter zu bilden. Ein Angebot ist
- 6 unserer Auffassung nach auf Bundesebene anzusiedeln, um Angebot mit Nachfrage
- 7 anzupassen.
- 8 Außerdem sollen interessierte Referent*innen gesucht und gefunden werden, die in
- 9 Richtung Gebärdensprache weitergebildet oder Personen mit der Fachkenntnis in
- 10 Gebärdensprache in Richtung Referent*innen-Tätigkeit ausgebildet werden.
- 11 Solange diese Kapazität/Qualifikation bei den Referent*innen nicht vorliegt, sehen
- 12 wir in dem Spezialangebot für gehörlose Funktionär*innen die Möglichkeit,
- 13 Ressourcenschonend diese Funktionsträger*innen auch an die IGM zu binden, da es dann
- 14 nur zwei Gebärdendolmetscher*innen für die ganze Gruppe bedarf, anstatt diese Anzahl
- 15 an Dolmetscher*innen pro betroffenen*r Seminarteilnehmer*innen.

Antrag L4.072: Rollstuhlgerechte Ausstattung aller Bildungsorte

Antragsteller*in:	GS Remscheid-Solingen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Bei der Auswahl der Orte, wo Sitzungen, Tagungen, Kongressen und/oder Schulungen
- 2 stattfinden, einen Rollstuhlgerechten und -zertifizierten Ausbau als Kriterium
- 3 festzulegen. Die Erfahrung zeigt, dass das Kriterium der Barrierefreiheit nicht
- 4 ausreicht, da eine vermeintliche Barrierefreiheit für unsere Kolleg*innen, die auf
- 5 einen Rollstuhl angewiesen sind, oft nicht ausreicht. Als Beispiel ist zu nennen,
- 6 dass eine barrierefreie Toilette ohne Aufsatz, Handläufe etc. oder bodentiefe,
- 7 barrierefreie Duschen ohne Sitz, Handlauf etc. für Rollstuhlfahrer*innen nicht
- 8 geeignet sind. Dies bedeutet teilweise auch in unseren eigenen Häusern Nachholbedarf.
- 9 Langfristig soll die IG Metall politisch darauf hinwirken, dass dieser Anspruch an
- 10 die Örtlichkeit für alle Bildungsanbieter von staatlicher Seite aus festgelegt wird,
- 11 besonders dann, wenn diese Anbieter für Bildung staatliche Gelder erhalten. Der
- 12 langfristige Anspruch beinhaltet die grundsätzliche Barrierefreiheit mit allen
- 13 Facetten.

Antrag L4.073: Zukunft der IG Metall stärken - regionales Bildungsbudget anheben!

Antragsteller*in:	GS Ludwigsfelde
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, das regionale Bildungsbudget im Bezirk
2 Berlin-Brandenburg-Sachsen auf ein Niveau anzuheben, welches den regionalen
3 Anforderungen im Bildungsbereich entspricht.
- 4 Wir erleben aktuell einen raschen Wandel der Arbeitswelt und große
5 gesellschaftspolitische Herausforderungen. Daraus ergeben sich vielfältige Handlungs-
6 und Qualifizierungsbedarfe für Beschäftigte in den Betrieben. Um die Arbeitswelt von
7 heute und morgen aktiv mitgestalten zu können, ist ein fundiertes Wissen
8 unverzichtbar. Die IG Metall bietet hierfür ein bisher schon umfangreiches und
9 vielfältiges zentrales Seminarprogramm an.
- 10 Die fehlende gesetzliche Bildungsfreistellung in Sachsen führt in Bezug auf hohe
11 Verdienstaufschläge zu erhöhten Mehrkosten bei der Abrechnung von Seminaren, was im
12 Gesamtvolumen das Bildungsbudget und Bildungsangebot für den Bezirk Berlin-Brandenburg-
13 Sachsen schmälert.
- 14 Mit Blick auf die demokratischen Entwicklungen im Osten, die vermehrte Umsetzung und
15 Einführung von Haustarifverträgen und der Ausgestaltung von Zukunftsfeldern im Bezirk
16 Berlin-Brandenburg-Sachsen, wird die regionale Aus- und Weiterbildung von Mitgliedern
17 und Funktionären in den nächsten Jahren im Fokus stehen. Durch die Corona-Pandemie
18 ist das nötige Qualifizierungsvolumen der Mitglieder in den Betrieben gestiegen.
- 19 Die Beschäftigten sind die Expert*innen für demokratische Entwicklungen in Fragen der
20 Transformation, Digitalisierung, des sozialen und ökologischen Wandels. Unsere
21 Seminare bieten ihnen die nötige Unterstützung, um ihr Wissen zu erweitern und es für
22 die praktische Arbeit in den Betrieben einsetzen zu können. Bildung ist die
23 Grundlage, um Mitbestimmung in den Betrieben und in unserer Gesellschaft auszubauen.
24 Um den Herausforderungen gerecht zu werden, müssen wir Qualifizierungen und
25 Weiterbildungen für unsere Mitglieder und Vertrauensleute, passgenau für die Themen
26 im Betrieb und somit auch regional, anbieten.
- 27 Neben dem Ausbau von gewerkschaftlichen Grundlagenseminaren muss Beteiligungs- und
28 Prozesskompetenz im Rahmen von Zukunftsreihen ausgebaut und die geplante
29 Tarifoffensive mit Leben gefüllt werden. Das dafür zur Verfügung stehende regionale
30 Bildungsbudget für den Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen reicht mit Blick auf die
31 anstehenden Aufgaben in den drei Bundesländern nicht aus.
- 32 Eine Anhebung des Bildungsbudgets im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen stärkt daher
33 nicht nur die Region im Rahmen der zu bewältigenden Themen, sondern die IG Metall in
34 Gänze.

Antrag L4.074: Erhöhung Fahrtkostenersatz

Antragsteller*in:	GS Schwäbisch Hall
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Durch diesen Antrag erledigte Anträge:	L4.075, L4.076, L4.077, L4.078, L4.079, L4.080, L4.081, L4.082
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Die Kosten für die Benutzung eines PKW sind in den letzten Jahren erheblich teurer
2 geworden. Mit der Euro Einführung im Jahr 2002 kostete der Liter Super Benzin
3 durchschnittlich 1,04 €, der Liter Diesel 0,83 €. Im Jahr 2022 kostete Super Benzin
4 (E10) durchschnittlich 1,86 €, Diesel 1,94 €. Der Aufwandsersatz für einen Kilometer
5 (Kongresse / Konferenzen / Seminare) ist seit Jahren unverändert bei 0,11 € für
6 Einzelfahrer*innen, Fahrgemeinschaften ab 2 Personen erhalten 0,30 €. Für die
7 Teilnehmer*innen der großen Tarifkommission werden grundsätzlich 0,30 € bezahlt,
8 unabhängig davon ob für Einzelfahrer*innen oder Fahrgemeinschaften. Wir finden
9 bereits heute kaum noch Ehrenamtliche die bereit sind ein Amt oder eine Aufgabe zu
10 übernehmen. Diese Situation trägt auch dazu bei.
- 11 Diese Ungleichbehandlung ist abzuschaffen und durch einen, einheitlichen erhöhten
12 Fahrtkostenersatz pro Kilometer zu ersetzen. Dieser Fahrtkostenersatz muss dabei pro
13 Kilometer so hoch sein, dass die variablen und fixen Kosten eines durchschnittlichen
14 PKW (z. B. VW Golf Variant) auch mit der zu erwartenden zukünftigen Inflation
15 abgedeckt sind (unter Berücksichtigung der steuerrechtlichen Höchstgrenzen).
- 16 Der Kostenunterschied ob ein PKW mit 1 Person oder mit 4 Personen besetzt ist, ist
17 gering. Um trotzdem einen Anreiz zu schaffen Fahrgemeinschaften zu bilden, wird pro
18 Mitfahrer ein Zuschlag von 0,03 € bezahlt. Mit dieser Maßnahme wird die Bereitschaft
19 Ehrenamtlicher wieder gestärkt auf Veranstaltungen der IG Metall mitzuwirken.

Antrag L4.075: Fahrtkostenregelung

Antragsteller*in:	GS Herford
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L4.074
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 In den Organisationsrichtlinien für die Bildungsarbeit der IG Metall werden unter
- 2 Punkt 3.2 die Fahrtkosten für Teilnehmende an Bildungsveranstaltungen geregelt.
- 3 Es ist sicherlich sinnvoll, die Fahrtkostenerstattung so zu gestalten, dass eine An-
- 4 und Abreise zu Bildungsveranstaltungen so ökologisch wie möglich erfolgt und
- 5 öffentliche Verkehrsmittel gegenüber der Einzelnutzung eines Privat-PKW vorzuziehen
- 6 sind.
- 7 Den Teilnehmer*innen unserer Bildungsveranstaltungen, die sich aufgrund ihrer
- 8 Tätigkeit regelmäßig weiterbilden, ist aber schwer vermittelbar, dass sie lediglich
- 9 11 Cent pro gefahrenen Kilometer Fahrtkostenerstattung für die
- 10 Bildungsveranstaltungen abrechnen können.
- 11 Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist häufig schwierig.
- 12 Eine Fahrtkostenerstattung sollte daher so bemessen sein, dass zumindest die
- 13 tatsächlich entstehenden Kosten, die bei der Nutzung von PKW entstehen, damit gedeckt
- 14 werden können.
- 15 Der Gewerkschaftstag möge daher beschließen, dass die IG Metall pro gefahrenem
- 16 Kilometer auf dem Hin- und auf dem Rückweg zu Bildungsveranstaltungen nach den
- 17 steuerlichen Vorgaben erstattet.

Antrag L4.076: Aufhebung der reduzierten Fahrtkostenpauschale bei Bildungsveranstaltungen für Einzelfahrer

Antragsteller*in:	GS Ostoberfranken
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L4.074
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, die reduzierte Fahrtkostenpauschale für
- 2 Einzelfahrer*innen bei Bildungsveranstaltungen aufzuheben. Diese Einzelfahrten sollen
- 3 zukünftig auch auf Grundlage der Reisekostenrichtlinie der IG Metall mit der vollen
- 4 Kilometerpauschale abgerechnet werden.

Antrag L4.077: Anpassung der Fahrtgeldentschädigung bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen inkl. Bildungsangeboten

Antragsteller*in:	GS Mittelhessen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L4.074
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Die Anpassung bzw. Erhöhung der Fahrtgeldentschädigung (Kilometergeld) von aktuell
- 2 0,11 € auf 0,20 € und bei Fahrgemeinschaften von 0,30 € auf 0,40 € pro Kilometer bei
- 3 gewerkschaftlichen Veranstaltungen inkl. Bildungsangeboten.

Antrag L4.078: Gleichbehandlung der Fahrtkostenerstattung von Teilnehmenden bei Bildungsveranstaltungen

Antragsteller*in:	GS Rheine
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L4.074
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Für uns als IG Metall ist Bildung seit jeher eine der Kernaufgaben von
2 Gewerkschaftsarbeit. Weiterhin setzen wir uns als Gewerkschafter*innen stets dafür
3 ein, die Gleichbehandlung unserer Kolleg*innen über die Grenzen des Betriebs hinaus
4 durchzusetzen. Seit Jahren werden teilnehmende Kolleg*innen an
5 Bildungsveranstaltungen der IG Metall bei der Fahrtkostenerstattung nicht gleich
6 behandelt. Die Fahrtkostenerstattung mit dem privat PKW zu Bildungsveranstaltungen
7 (z.B. Die IG Metall vom Betrieb aus denken) wird mit lediglich 0,11€ je km erstattet,
8 während hingegen die Erstattung für die Fahrt bei anderen IG Metall Veranstaltungen
9 (z.B. Tarifkommissionssitzung) 0,30€ je km beträgt. Wir sehen hierin eine
10 Ungleichbehandlung und eine geringere Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements
11 unserer Kolleg*innen. Dies ist ein Zustand, den es zu beseitigen gilt.
- 12 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die nötigen Richtlinien dahingehend
13 anzupassen bzw. die bestehenden Richtlinien zu ändern:
- 14 Die Fahrtkostenerstattung mit dem privaten Kraftfahrzeug für alle Kolleg*innen zu IG
15 Metall Veranstaltungen jeglicher Art mit dem steuerlichen Erstattungssatz, mindestens
16 aber mit 0,30€ je km abzurechnen.
- 17 Darüber hinaus sollte eine nachhaltige und ökologische Anreise (z.B.
18 Fahrgemeinschaften oder mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln) weiterhin priorisiert
19 und erleichtert werden.

Antrag L4.079: Fahrtkostenzuschuss

Antragsteller*in:	GS Gera
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L4.074
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, den Fahrtkostenzuschuss für die
- 2 ehrenamtliche Tätigkeit unsere Mitglieder auf 38ct/km zu erhöhen. Ebenfalls soll es
- 3 als Anreiz für Fahrgemeinschaften wieder eine Erhöhung des Fahrtkostenzuschusses
- 4 geben, wenn ein*e Fahrer*in ein*e oder mehrere Kolleg*innen mitnimmt. Ebenfalls soll
- 5 die Anpassung für den Fahrtkostenzuschuss bei Seminaren gelten.
- 6 Es herrscht derzeit eine Inflationsrate zwischen 8 und 10 Prozent. Die
- 7 Preissteigerungen umfassen dabei jeden Bereich, auch die Benzin- & Dieselpreise sind
- 8 davon nicht ausgenommen. Im Gegenteil diese sind überproportional gestiegen.
- 9 Unsere ehrenamtlichen Funktionär*innen bringen schon viele persönliche Ressourcen
- 10 ein, da kann es nicht sein, dass sie auch noch auf den erhöhten Fahrtkosten sitzen
- 11 bleiben.
- 12 Derzeit zahlt die IGM einen Fahrtkostenzuschuss von 30ct/km und bei Seminaren sogar
- 13 nur 11ct/km. Auch wird kein Bonus mehr gezahlt, wenn Fahrgemeinschaften gebildet
- 14 werden.
- 15 Wir wissen, dass mehr auf öffentliche Verkehrsmittel umgestiegen werden soll, das ist
- 16 aber nicht immer und überall möglich. Es ist nicht fair, die Funktionär*innen zu
- 17 strafen, die mit dem Auto fahren müssen.

Antrag L4.080: Fahrtkostenzuschuss

Antragsteller*in:	GS Jena-Saalfeld
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L4.074
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, den Fahrtkostenzuschuss für die
- 2 ehrenamtliche Tätigkeit unsere Mitglieder auf 38ct/km zu erhöhen. Ebenfalls soll es
- 3 als Anreiz für Fahrgemeinschaften wieder eine Erhöhung des Fahrtkostenzuschusses
- 4 geben, wenn ein*e Fahrer*in ein*e oder mehrere Kolleg*innen mitnimmt. Ebenfalls soll
- 5 die Anpassung für den Fahrtkostenzuschuss bei Seminaren gelten.
- 6 Es herrscht derzeit eine Inflationsrate zwischen 8 und 10 Prozent. Die
- 7 Preissteigerungen umfassen dabei jeden Bereich, auch die Benzin-& Dieselpreise sind
- 8 davon nicht ausgenommen. Im Gegenteil diese sind überproportional gestiegen.
- 9 Unsere ehrenamtlichen Funktionär*innen bringen schon viele persönliche Ressourcen
- 10 ein, da kann es nicht sein, dass sie auch noch auf den erhöhten Fahrtkosten sitzen
- 11 bleiben.
- 12 Derzeit zahlt die IGM einen Fahrtkostenzuschuss von 30ct/km und bei Seminaren sogar
- 13 nur 11ct/km. Auch wird kein Bonus mehr gezahlt, wenn Fahrgemeinschaften gebildet
- 14 werden.
- 15 Wir wissen, dass mehr auf öffentliche Verkehrsmittel umgestiegen werden soll, das ist
- 16 aber nicht immer und überall möglich. Es ist nicht fair, die Funktionär*innen zu
- 17 strafen, die mit dem Auto fahren müssen.

Antrag L4.081: Reisekostenerstattung bei Bildungsveranstaltungen

Antragsteller*in:	GS Rostock
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L4.074
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Viele Seminarorte sind sowohl für die Teilnehmenden als auch für die Referierenden
- 2 mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht oder nur mit sehr großem Zeitaufwand zu
- 3 erreichen. Wenn sich die Fahrt mit dem PKW nicht umgehen lässt, muss sich die
- 4 Erstattung der Reiskosten an der Entwicklung der Kraftstoffpreise orientieren. Es
- 5 muss verhindert werden, dass die Teilnahme an gewerkschaftlichen
- 6 Weiterbildungsangeboten und ehrenamtlicher Ausschusstätigkeiten aus finanziellen
- 7 Gründen nicht in Anspruch genommen werden kann.
- 8 Daher ist die derzeitige Erstattung von 11 Cent pro Kilometer deutlich zu erhöhen,
- 9 mindestens aber auf 30 Cent pro Kilometer.

Antrag L4.082: Anpassung und Erhöhung Fahrtkostenpauschale

Antragsteller*in:	GS Erlangen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L4.074
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert, die Fahrtkostenpauschalen zu Seminaren, Tagungen,
- 2 usw. anzupassen und zu erhöhen.
- 3 Denn es ist für Ehrenamtliche oft nicht möglich, Fahrgemeinschaften zu bilden, da man
- 4 die anderen Teilnehmer*innen von Bildungsveranstaltungen im Voraus nicht kennt.
- 5 Gleichzeitig ist die Höhe der Pauschalen schon lange nicht mehr zeitgemäß.

Antrag L4.083: Effektive Bildung durch gute Beratung

Antragsteller*in:	GS Hannover
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Die IG Metall fördert die Bildungsberatung in den Betrieben durch Unterstützung und
- 2 Weiterbildung der Bildungsberater (BiBer). Die IG Metall erstellt
- 3 Handlungsempfehlungen für die Geschäftsstellen zur Bildungsberatung, damit die
- 4 Beratung auf Grundlage des individuellen Bildungswegs nach Funktion, der Vorbildung
- 5 (Seminarbesuche), dem Bildungsziel und den persönlichen Interessen des Mitgliedes
- 6 bestmöglich gestaltet werden kann.

Antrag L4.084: Abführung von Aufsichtsratsstantiemen

Antragsteller*in:	GS Mittelhessen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Ablehnung
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Dass hauptamtlich Beschäftigte der IG Metall, die als Aufsichtsratsmitglieder*innen
2 tätig sind, die abzuführenden Anteile ihrer Aufsichtsratsvergütungen nicht mehr an
3 die Hans-Böckler-Stiftung entrichten, sondern an eine unserer gemeinnützigen GmbHs,
4 aus deren Mitteln die politische Bildungsarbeit finanziert wird.
- 5 Als politische Mitgliederorganisationen sind wir vom Einsatz und von den Beiträgen
6 unserer Mitglieder abhängig. Für uns ist klar: Wenn wir auch in Zukunft erfolgreich
7 und wirkmächtig als Gestaltungskraft im Interesse unserer Mitglieder wirken wollen,
8 müssen wir zu Veränderungen bereit sein. Vor dem Hintergrund der aktuellen
9 zusätzlichen Vermögensfinanzierung unserer gewerkschaftlichen Aktivitäten und in
10 Anbetracht tendenziell stagnierender Beitragseinnahmen gilt es alle Register –
11 Stichwort: Beitragsehrlichkeit – zu ziehen und zugleich auch neue Wege finanzieller
12 Stabilität zu finden. Die Debatten um die zukünftige Aufstellung der IG Metall und
13 die damit verbundene Finanzstruktur tragen dem Rechnung. Eine Engführung dieser
14 Diskussion auf kurz- und mittelfristige Einsparpotenziale greift jedoch zu kurz.
- 15 Stattdessen müssen auch andere Einnahmemöglichkeiten in den Blick genommen werden.
16 Auf den Prüfstand gehört in diesem Zusammenhang insbesondere die Regelung, wonach
17 hauptamtlich Beschäftigte der IG Metall, die als Aufsichtsratsmitglieder tätig sind,
18 die abzuführenden Anteile ihrer Aufsichtsratsvergütungen an die Hans-Böckler-Stiftung
19 zu entrichten haben. Die Hans-Böckler-Stiftung betreibt – neben der Studienförderung,
20 die aus Bundesmitteln finanziert wird – wissenschaftliche Forschung für die Beratung
21 und Unterstützung von Gewerkschaften, Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräten. Diese
22 Arbeit ist unerlässlich. Im Kontext der aktuellen Sparanstrengungen ist es trotzdem
23 sinnvoll, auch den Mittelabfluss an die Stiftung in den Blick zu nehmen. Insbesondere
24 vor dem Hintergrund, dass Aufsichtsratsmandate im Regelfall während der Arbeitszeit
25 wahrgenommen werden, scheint uns eine Neuregelung angezeigt. ver.di-Hauptamtliche
26 entrichten die abzuführenden Anteile ihrer Aufsichtsratsvergütungen schon heute nicht
27 mehr an die Hans-Böckler-Stiftung, sondern an eine gemeinnützige GmbH, aus deren
28 Mitteln die politische Bildungsarbeit finanziert wird. Ein solches Modell regen wir
29 auch für die IG Metall an. Die betrieblichen Interessenvertreter*innen in
30 Aufsichtsräten wären von der Neuregelung nicht betroffen und würden weiterhin an die
31 Hans-Böckler-Stiftung abführen. Zudem muss aus unserer Sicht stärker darüber
32 debattiert werden, ob es Aufgaben gibt, die bislang noch von der Vorstandsverwaltung
33 erledigt werden, aber ebenso gut von der Hans-Böckler-Stiftung übernommen werden
34 können.

Antrag L4.085: Funktionsverbot bei Fremdweiterbildung

Antragsteller*in:	GS Krefeld
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Ablehnung
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 gewerkschaftliche Bildungsarbeit

- 1 Seminarbesuche und Beauftragung bei kommerziellen (gewerkschaftsfeindlichen)
- 2 Anbietern soll zu einem Funktionsverbot innerhalb der IG Metall führen können.
- 3 Kommerzielle - teilweise gewerkschaftsfeindliche- Anbieter von Bildungs- und
- 4 Beratungsdienstleistungen werben um die Teilnahme bei betrieblichen
- 5 Mandatsträger*innen.
- 6 Betriebliche, rechtliche, tarifliche, gesellschaftliche und organisationspolitische
- 7 Herausforderungen werden von diesen Akteuren nur sehr bedingt bearbeitet.
- 8 Die IG Metall Bildungsarbeit war, ist und bleibt Zweckbildung.
- 9 Sie dient der Stärkung von Mitgliedern und Funktionär*innen, um unsere demokratisch
- 10 gefassten Ziele erfolgreich umzusetzen.
- 11 Das Bildungsangebot der IG Metall Bildungszentren, der Academy of Labour und unserer
- 12 Kooperationspartner (z. B. Betriebsräteakademie, DGB Bildungswerk, TBS, Arbeit und
- 13 Leben,...) ist gut. Eine ständige Anpassung und Veränderung von Themen und Methoden ist
- 14 für uns selbstverständlich. Dem Bedarf nach zertifizierten Qualifizierungsangeboten
- 15 kommen wir nach und bauen diesen weiter aus. Der Antrag dient nicht nur der
- 16 Sicherung und dem Ausbau eigener Bildungszentren. Er will auch die Stärkung unseres
- 17 Bildungskonzeptes, bei dem ehrenamtliche Referent*innen eine besondere Rolle spielen,
- 18 und das gemeinsame Lernen und Arbeiten im Fokus steht.
- 19 Sofern nachgewiesen werden kann, dass ein bestimmtes Thema durch die IG Metall (oder
- 20 Kooperationspartner*innen) nicht angeboten wird oder ausgebucht ist, kann eine
- 21 Ausnahmeregelung getroffen werden. Gute Ideen und Beispiele von kommerziellen
- 22 Anbietern können in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit überführt werden.

Antrag L4.086: Modernisierung innerhalb der IG Metall

Antragsteller*in:	GS Berlin
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Digitalisierung der IG Metall

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, der Transformation und damit
- 2 verbundenen Modernisierung auch innerhalb der internen Abläufe Rechnung zu tragen.
- 3 Die Erstellung und Bearbeitung von Anträgen des Gewerkschaftstages mittels moderner
- 4 digitaler Methoden (wie z.B. open slides) soll von Beginn an flächendeckend im
- 5 Bundesgebiet einen zeitnahen Austausch, (online-) Diskussion, gleichzeitige
- 6 Bearbeitung von Themen sowie Fokussierung untereinander ermöglichen. Diese Art der
- 7 Zusammenarbeit entspricht dem Stand der Technik in allen großen Unternehmen und
- 8 vermindert schleppende Diskussionsprozesse.

Antrag L4.088: ChatGPT und Co: Sich der Revolution stellen!

Antragsteller*in:	Jugendausschuss
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Digitalisierung der IG Metall

- 1 Die Welt ist seit November 2022 nicht mehr die gleiche: Mit der Veröffentlichung von
 2 ChatGPT wurde eine besonders beeindruckende Variante von künstlicher Intelligenz -
 3 ein sogenanntes Large-Language-Model, also eine künstliche Intelligenz, die
 4 Sprachzusammenhänge erkennt - erstmals für die breite Masse nutzbar. Wer sich auch
 5 nur kurze Zeit mit dem Programm beschäftigt, erhält ein Gefühl für die Chancen aber
 6 auch die Risiken dieser Technologie: Sie wird den Menschen das Leben erleichtern, als
 7 digitale Assistenz im Alltag wertvolle Unterstützungsarbeit leisten und die Art, wie
 8 wir arbeiten und lernen, fundamental verändern. Gleichzeitig wird klar, dass wir uns
 9 wahrscheinlich von der Vorstellung verabschieden müssen, dass Bilder, Videos oder
 10 Tonaufnahmen ein Abbild der Realität sind, da sie meisterhaft und ohne viel Aufwand
 11 mit Hilfe von künstlicher Intelligenz erstellt werden können. GPT-basierte Programme
 12 wie Dall-E zeigen das eindrucklich. Das Potential für Fake News und breit gestreute
 13 Desinformation ist gigantisch.
- 14 Als IG Metall muss uns daher klar sein, dass wir aktuell Zeuge einer technologischen
 15 Revolution werden, die - vergleichbar mit der Erfindung des Autos oder des
 16 Smartphones - tiefgreifende Veränderungen für das Leben der Menschen bedeutet. Wir
 17 müssen uns der Herausforderung dieser Veränderungen stellen, um ihre Vorteile im
 18 Sinne unserer Mitglieder zu nutzen und Risiken frühzeitig zu erkennen. Schon jetzt
 19 entscheiden in manchen Unternehmen künstliche Intelligenzen darüber, wer eine Chance
 20 auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhält, und wer aussortiert wird. Aus
 21 ethischer Sicht sind die Technologien zumindest fragwürdig, wenn sie diskriminierende
 22 Muster übernehmen und anwenden.
- 23 Mitbestimmungsmöglichkeiten, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz müssen auch mit
 24 künstlichen Intelligenzen gelten!
- 25 **Handlungsauftrag:**
- 26 • Wir beschäftigen uns als IG Metall damit, wie wir künstliche Intelligenz zum
 27 Wohle unserer Mitglieder nutzen und weiterentwickeln können.
 - 28 • Als IG Metall sind wir auf der Höhe der Zeit und bringen uns sowohl in
 29 technologische als auch gesellschaftliche Debatten darüber ein.
 - 30 • Die IG Metall behandelt dieses Thema in ihrer Bildungsarbeit mit dem Ziel, dass
 31 Teilnehmende den Umgang mit KI-Systemen wie ChatGPT kennenlernen, sie über die
 32 Chancen und Herausforderungen in den Berufsschulen, Hochschulen und
 33 Ausbildungsstätten Bescheid wissen und sich gestärkt an der gesellschaftlichen
 34 Debatte, über den Einsatz moderner/neuer KI-Systeme, beteiligen können.

Antrag L4.089: Mitgliedsausweis als digitales Wallet für mobile Endgeräte

Antragsteller*in:	GS Aschaffenburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Digitalisierung der IG Metall

- 1 Die IG Metall bietet den Mitgliedsausweis zukünftig optional als digitales Wallet an.
- 2 Das Mitglied soll die Möglichkeit haben, zusätzlich bzw. statt dem bisherigen
- 3 Mitgliedsausweis ein digitales Wallet in seinem mobilen Endgerät zu hinterlegen. Dies
- 4 spart ökologische und ökonomische Ressourcen.
- 5 Eine Auswahlmöglichkeit bezüglich des Mitgliedsausweises, ob analog (Ausweiskarte)
- 6 oder digital (Wallet), muss sich sowohl auf den Beitrittsformularen sowie dem
- 7 Onlinebeitritt zum Ankreuzen wiederfinden. Eine jederzeitige Wahlmöglichkeit muss
- 8 ebenfalls im Self-Service-Portal der IG Metall abgebildet werden.
- 9 Das digitale Wallet soll sowohl für iOS (Wallet) als auch für Android (Google Wallet)
- 10 verfügbar sein.
- 11 Folgende Möglichkeiten kann ein digitaler Mitgliedsausweis beinhalten:
- 12 • Neben dem Namen und der Mitgliedsnummer kann ein QR-Code im digitalen
- 13 Mitgliedsausweis hinterlegt werden. Mit diesem QR-Code kann die Registration im
- 14 Streiklokal oder auch ein Datenabgleich beim Check-In in der Geschäftsstelle
- 15 vereinfacht werden. Die Systeme der IG Metall sind darauf auszurichten.
- 16 • Ergänzend kann ein Datenabgleich auch über die NFC-Funktion (Near Field
- 17 Communication) oder ähnliche technische Möglichkeiten erfolgen.
- 18 • Barrierefreier Zugang zum Self-Service-Portal der IG Metall

Antrag L4.090: Zeiteffiziente und ergonomische Digitalisierung der Revisionstools

Antragsteller*in:	GS Erlangen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Digitalisierung der IG Metall

- 1 Die zur Revision notwendigen Tools/Bedienoberflächen sollen anwenderfreundlich
2 angepasst werden, insbesondere zeiteffiziente und ergonomische Arbeitsabläufe für die
3 ehrenamtlichen Revisoren, als Anwender, sind dabei sicherzustellen.
- 4 Nach Einführung der digitalen Belegerfassung, haben die ehrenamtlichen Revisoren
5 die Notwendigkeit einen Teil der Revision mit digitalen Mitteln durchzuführen.
- 6 Der Zeitaufwand für die Prüfung durch die ehrenamtlichen Revisoren hat sich
7 dadurch etwa verdreifacht, was insbesondere auf eine nicht bedarfsgerechte
8 Bedienoberfläche und Datenaufbereitung sowie auf Wartezeiten beim Laden der Daten
9 zurückzuführen ist.
- 10 Hat die Revisionssitzung vor der partiellen Digitalisierung noch 1 Stunde benötigt,
11 benötigt sie nunmehr 3 Stunden. Daraus folgt, für die Revisoren geht durch die
12 Digitalisierung unnötig Freizeit verloren und die Neigung zum ehrenamtlichen
13 Engagement in der Revision sinkt.
- 14 Insbesondere sind den Antragstellern folgende Verbesserungspotentiale bekannt:
- 15 • jede zu prüfende ID ist einzeln händisch einzugeben, da keine fortlaufende Liste
16 oder gar Verlinkung existiert
 - 17 • -5 Mausklicks sind notwendig, um von einem Beleg zum nächsten zu gelangen
 - 18 • die Anlagen sind auf Monitoren mit kleiner Auflösung, wie bei dem für die
19 Revision verfügbaren Notebook, nicht im sichtbaren Bereich erkennbar und werden
20 somit nicht zuverlässig wahrgenommen
 - 21 • die Belege sind auf Monitoren mit kleiner Auflösung nicht ohne hineinzoomen und
22 scrollen lesbar
- 23 Wir wünschen uns einen wertschätzenden, effizienten Umgang mit der „Ressource“
24 ehrenamtlicher Funktionsträger -bei der Digitalisierung unserer IG Metall.

Antrag L4.093: IG Metall als Marke etablieren

Antragsteller*in:	GS Olsberg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Ablehnung
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Der Vorstand wird aufgefordert sich für folgende Veränderungen zur
2 Effizienzsteigerung einzusetzen:
- 3 • Geeignete Strukturen schaffen, gegebenenfalls Umstrukturierungen vorzunehmen, um
4 den Aufbau einer IG Metall internen Marketingabteilung zu schaffen. Diese stellt
5 den Geschäftsstellen Konzepte und Vorlagen für bedarfsgerechte
6 Mitgliederkommunikation zur Verfügung.
 - 7 • Jede Generation hat ihre eigene Sprache. Daraus resultiert ein eigenes
8 Ansprache- Marketingbedürfnis. Diesen Bedürfnissen muss die IG Metall als
9 Mitgliederorganisation nachkommen, um den Zugang zur jeweiligen Generation zu
10 ermöglichen.
 - 11 • Die Kommunikation über die neuen Kommunikationswege (soziale Medien) wird immer
12 schneller und kurzlebiger. Hier muss die IG Metall als Marke sowohl ganzheitlich
13 als auch in den Gliederungen vor Ort aktuell, zeitnah und authentisch auftreten.
 - 14 • Als IG Metall haben wir eine hohe Verantwortung für die Entwicklung unserer
15 Gesellschaft. Zudem haben wir neben den tarifpolitischen Erfolgen gerade auch
16 eine respektable Anzahl an politischen, gesetzgeberischen Erfolgen zu
17 verzeichnen. Diese bedarfsgerecht und mitgliederorientiert an die Kolleg*innen
18 zu bringen, muss eine einheitliche Hülle haben. Unter dieser Hülle müssen
19 örtliche Gegebenheiten Berücksichtigung finden können. Aber vor allem muss die
20 IG Metall mit Entwicklungsgeschwindigkeiten in Unternehmen und Gesellschaft
21 mithalten können.

Antrag L4.094: Vom Betrieb aus denken mit allen betrieblichen Akteuren

Antragsteller*in:	GS Suhl-Sonneberg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Die IG Metall vom Betrieb aus denken erfordert kollektives und solidarisches Handeln.
- 2 Die IG Metall im Betrieb sind vor allem unsere Gewerkschaftsmitglieder. Ein hoher
- 3 Organisationsgrad ist die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der IG Metall im
- 4 Betrieb. Besondere Verantwortung übernehmen dabei unsere Vertrauensleute. Das sind
- 5 nach Richtlinie der IG Metall zu Vertrauensleuten gewählte Vertreter*innen aus dem
- 6 Kreis der IG Metall-Mitglieder.
- 7 Zusätzlich sind Mitglieder der betrieblichen Interessenvertretungen, sofern sie
- 8 Mitglied der IG Metall sind, Vertrauensleute der IG Metall. Das sind Mitglieder des
- 9 Betriebsrates, der Jugend- und Auszubildendenvertretung und die
- 10 Schwerbehindertenvertrauenspersonen.
- 11 In Publikationen der IG Metall vom Betrieb aus denken und in anderen
- 12 betriebspolitischen Verlautbarungen ist es unverzichtbar, die Bedeutung der
- 13 verschiedenen, durch Wahl legitimierten Interessenvertretungen, gleichbedeutend zu
- 14 verwenden. Es spricht nichts dagegen, allein von Vertrauensleuten der IG Metall zu
- 15 sprechen. Sofern jedoch daneben Betriebsratsmitglieder gesondert aufgeführt werden,
- 16 muss das auch für Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie der
- 17 Schwerbehindertenvertrauenspersonen gelten.

Antrag L4.095: Digitale Kommunikation innerhalb der IG Metall verbessern

Antragsteller*in:	GS Hannover
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Die digitale Kommunikation zwischen Mitgliedern und der IG Metall wird weiter
2 ausgebaut, unter anderem:
- 3 • Self-Service Angebote in der Mitgliederdatenbank, wie beispielsweise die
4 eigenständige Mitteilung über die Änderung des Betriebs. Das Ziel ist es
5 Änderungen in Echtzeit zu erfassen. Die bereits vorhandenen Self-Service
6 Angebote auf der Seite www.igmetall.de sind ein guter Anfang.
 - 7 • Bestehende Messenger-Kanäle wie in „WhatsApp“ oder „Telegram“ sollen zentral
8 aufgelistet sein und anwählbar sein. Dies gilt auch für andere Social Media
9 Accounts wie beispielsweise „Instagram“ oder „TikTok“.
 - 10 • Alle Mitglieder sollen ihre Funktionen (wie beispielweise „Vertrauensfrau“,
11 „Betriebsrat“, „Schwerbehindertenvertretung“, „Ortsjugendausschuss“, „Referent“)
12 einsehen können, um bei Bedarf Mitteilungen über Veränderungen zu machen.
 - 13 • Zeitschriften der IG Metall sollen optional als Papierversion, Datei oder nur
14 als Link erhältlich sein. Somit erfolgt die Zustellung entweder postalisch
15 und/oder digital.
 - 16 • Aktuelle Materialien sollen in einer Art Cloud oder Plattform mit guten
17 Schlagworten zur Verfügung stehen. Insbesondere bei wiederkehrenden Terminen und
18 Ereignissen (1. Mai = Tag der Arbeit, 8. März = internationaler Frauentag,
19 etc.) müssen die Materialien rechtzeitig, mindestens einen Monat zuvor zur
20 Verfügung stehen. Das Aktivenportal ist ein guter Anfang.
 - 21 • Alle digitalen Vorlagen sollen in unterschiedlichen Formaten und Dateiformaten zur
22 Verfügung gestellt werden.
 - 23 • Vereinheitlichung der Inhalte verschiedener Internetseiten auf einer zentralen
24 Plattform mit einem Passwort.
 - 25 • Alle Inhalte sollen auf jeder Seite die Option der Sprachenänderung anbieten.
26 Hier bedarf es einer deutlichen Verbesserung nicht nur auf der Seite
27 www.igmetall.de .
 - 28 • Auch jeglicher digitaler Inhalt muss barrierefrei sein.

Antrag L4.096: Bundesweit einheitliches Homepage-System

Antragsteller*in:	GS Hagen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, unverzüglich ein bundesweit
- 2 einheitliches Homepage-System mit regionalen Unterseiten und einer gegenseitigen
- 3 Vernetzung einzurichten. Eine neue bundesweite Homepage der IG Metall, mit einer
- 4 Verlinkung auf Regionalseiten der einzelnen Geschäftsstellen und deren Homepages,
- 5 sorgt für eine einheitliche Internetpräsenz. Die Verlinkung auf Seiten der
- 6 übergeordneten Gliederungen stellt sicher, dass immer der aktuelle Stand abgebildet
- 7 ist. User*innen haben so die Möglichkeit auf die aktuellen, überregionalen Themen
- 8 aufmerksam zu werden, gleichzeitig wird der regionale Charakter durch die Möglichkeit
- 9 einer Gestaltung von eigenen Geschäftsstellen Unterseiten gestärkt. Besucher*innen
- 10 werden somit nicht durch veraltete Artikel und schlechte Gestaltung der Seiten
- 11 verschreckt und haben anhaltend einen guten Eindruck von unserem Internetauftritt.
- 12 Wichtig ist zudem, dass die Bedienung für die Redakteur*innen der Geschäftsstellen
- 13 niedrigschwellig ist. Das heißt, dass in wenigen Minuten mit einem vorgefertigten
- 14 Artikel und entsprechender Illustration „online“ gegangen werden kann. Dies muss auch
- 15 mit geringfügigen EDV-Kenntnissen möglich sein.

Antrag L4.097: IG Metall - Mitgliedern einen Vorteil verschaffen

Antragsteller*in:	GS Gelsenkirchen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Im Rahmen der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit wird man insbesondere im
- 2 Angestelltenbereich immer wieder mit der Frage konfrontiert: „Warum soll ich Mitglied
- 3 werden?“ oder „Warum soll ich Mitglied bleiben?“
- 4 Wie kann die IG Metall (Wissens-) Vorteile verschaffen? Hierzu sollen den Mitgliedern
- 5 Informationen einfach strukturiert, aktuell und personalisiert über digitale Zugänge
- 6 unterschiedlicher Art zur Verfügung gestellt werden.
- 7 Nichtmitgliedern wird als Einstieg zur Information lediglich eine Vorschau auf die
- 8 Themenvielfalt der IG Metall gewährt.
- 9 • Personalisierung des Zugangs im Aktivenportal (z.B. über einen Konfigurator für
- 10 die Informationsauswahl). „Ich möchte durch die IG Metall informiert werden über
- 11 die Themen, die mich interessieren.“
- 12 • Bündelung von Informationen in einer personalisierten App
- 13 • Persönlicher Newsletter mit Schlagwortauswahl
- 14 • Informationen müssen proaktiv zum Mitglied kommen
- 15 • Digitale Themenhefte für Mitglieder (z.B. New Work, Mobile Arbeit, Home Office,
- 16 Agiles Arbeiten etc.); Angestellte wollen bei Themen abgeholt werden.
- 17 • Nutzung weiterer Instrumente wie beispielsweise Podcasts, Filme usw.
- 18 • Offensive Verwendung materieller Vorteile. Hierfür Bestandsaufnahme von Best -
- 19 Practice – Beispielen zur deutlichen Differenzierung von Mitgliedern und (Noch-)
- 20 Nichtmitgliedern, wie z.B. in einem Sozialtarifvertrag.

Antrag L4.098: Formale Strukturen für die Social Media Arbeit in der IG Metall

Antragsteller*in:	GS Schweinfurt
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Die IG Metall erarbeitet ein Konzept zur breiten Abdeckung der zielgruppengerechten
- 2 Onlinepräsenz auf Social-Media-Kanälen. Hierzu werden finanzielle und personelle
- 3 Ressourcen aufgebracht, durch die eine Umsetzungsstrategie zur breiten Nutzung von
- 4 sozialen Medien für die Anwendung auf allen Ebenen der IG Metall erarbeitet und ein
- 5 Social-Media-Management aufgebaut wird. Die Ressourcen sollen auch genutzt werden, um
- 6 den Datenschutz innerhalb des Social-Media-Konzeptes zu gewährleisten, da
- 7 ehrenamtliche Strukturen dieser Aufgabe nicht gerecht werden können.

Antrag L4.099: Keine weitere Reduzierung von Papier Ausgaben der metallzeitung

Antragsteller*in:	GS Offenbach
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Die metallzeitung ist ein anerkanntes und gut etabliertes Medium innerhalb unserer
- 2 Mitgliedschaft. Gerade für unsere Mitglieder in passiver Altersteilzeitphase und in
- 3 Rente ist sie oft die einzige regelmäßige Bindung, die sie an die IG Metall haben.
- 4 Die metallzeitung wurde mittlerweile in mehreren Schritten auf 6 Ausgaben pro Jahr
- 5 reduziert. Von unseren Mitgliedern wird uns gespiegelt, dass dies das absolute
- 6 Minimum sein sollte. Es darf zu keiner weiteren Reduzierung der Ausgaben kommen.

Antrag L4.100: Beiträge in den IGM Medien in Englisch

Antragsteller*in:	GS Erlangen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Die IGM-Medien sollen stärker in englischer Sprache verfügbar sein. Insbesondere
- 2 sollen unter www.igmetall.de grundsätzliche Informationen und aktuelle Nachrichten
- 3 parallel auch in Englisch zur Verfügung stehen. Dies erleichtert die Ansprache von
- 4 Beschäftigten in einer internationalen Belegschaft.

Antrag L4.101: Roadshow

Antragsteller*in:	GS Nordhausen
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Die Kosten der Roadshow werden ganzjährig von der Vorstandsverwaltung der IG Metall
- 2 übernommen.
- 3 Die Roadshow ist ein gutes Angebot der IG Metall, bei betrieblichen und anderen
- 4 Aktionen die Kolleg*innen öffentlichkeitswirksam und mit viel Know-How zu
- 5 unterstützen. Zudem unterstützt ihr Einsatz die Geschäftsstellen auch
- 6 organisatorisch. Die Vorstandsverwaltung übernimmt im Zeitraum von April bis Oktober
- 7 die vollen Kosten für dieses Angebot.
- 8 Möchte eine Geschäftsstelle die Roadshow im Rahmen betrieblicher und
- 9 öffentlichkeitswirksamer Aktionen außerhalb des genannten Zeitraums buchen, werden
- 10 zwar die Fahrtkosten weiterhin übernommen, Kosten für den Personaleinsatz,
- 11 Übernachtungen und Material trägt aber die Geschäftsstelle selbst. Das ist oft
- 12 finanziell nicht leistbar.
- 13 Betriebliche Aktivitäten machen aber auch vor kaltem Wetter und in der dunklen
- 14 Jahreszeit keinen Halt. Tarifverhandlungen werden auch im Dezember geführt,
- 15 Betriebsräte außerhalb der festen Wahlperioden gewählt. Die Roadshow sollte also
- 16 folgerichtig ein Angebot darstellen, dass von den Geschäftsstellen ganzjährig
- 17 kostenschonend genutzt werden kann.

Antrag L4.102: Interessenbasierte Newsletter und Aktivenkommunikation

Antragsteller*in:	GS Aschaffenburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme als Material an den Vorstand
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

1 Es gibt innerhalb der IG Metall eine Vielzahl an Mailings, Newsletter und digitalen
2 Informationen für die Mitglieder der IG Metall. Besonders durch das Aktivenportal der
3 IG Metall mit dem wöchentlich versandten Newsletter hierzu ist wesentlicher
4 Bestandteil in der Funktionärskommunikation. Es braucht eine interessenbasierte
5 Vorauswahl des einzelnen gewerkschaftlich Aktiven, zu welchen konkreten Themen er
6 explizit informiert werden möchte. Eine Auswahl der betriebs-, tarif- und
7 gesellschaftspolitischen Themenfelder ist vorzugeben. Ebenfalls ist der Aufbau eines
8 „Funktionärs-WIKI“ zu prüfen.

9 Durch die knappen Zeitressourcen der Aktiven im Betrieb soll eine fokussierte
10 interessenbasierte Information kompakt und priorisiert erfolgen können.

11 Diese sollte unter anderem folgende Aspekte beinhalten:

- 12 • Kurzinformation über Inhalt des Artikels mit Link sowie zu
13 Hintergrundinformationen (Urteile, Entscheidungen, Vorlagen);
- 14 • Klare Struktur;
- 15 • Umfassende Stichwortsuche;
- 16 • Chronologischer Aufbau wie in Social-Media Plattformen;
- 17 • Erklärvideos, Podcast, Screencasts u.ä.;
- 18 • Option der Pushmitteilungen zu neuen Informationen aus dem Auswahlbereich

Antrag L4.103: Mehr Auswahl bei Kampagnenmaterialien

Antragsteller*in:	GS Kiel-Neumünster
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Annahme
Durch diesen Antrag erledigte Anträge:	L4.104, L4.105
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Der IG Metall Vorstand wird beauftragt zu überprüfen, wie ein breiteres Spektrum von
2 Kampagnenmaterialien angeboten werden kann und dabei verstärkt auf Kosten und
3 Nachhaltigkeitsprinzipien geachtet wird.
- 4 In den letzten Jahren sind gerade Kampagnenmaterialien immer teurer geworden, ein
5 Finanzposten der den Ortskassen zugeschlagen wird und kaum Wahloptionen bestehen. In
6 den meisten Fällen besteht nur die Möglichkeit die angebotenen Materialien entweder
7 zu nehmen oder gänzlich zu verzichten.
- 8 Zukünftig sollten folgende Kriterien überprüft werden:
- 9
- 10 • Sind die Materialien nachhaltig
 - 11 • Gibt es ein Alternativangebot für GS die wenigen Ressourcen in der Ortskasse
12 haben,
13 bzw. eine Range in der bestellt werden kan
 - 14 • Ist es möglich die Angebote digital anzubieten (Weihnachtskarten, Gutscheine für
15 Online-Angebote etc.)
 - Goodies und Geschenke grundsätzlich ohne Jahreszahlen anzubieten

Antrag L4.104: Verzicht von Jahreszahlen in Aktionsmaterialien

Antragsteller*in:	GS Osnabrück
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L4.103
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Die IG Metall verzichtet in ihren Aktionsmaterialien, besonders zu Tarifrunden,
- 2 bewusst auf Jahreszahlen in den Logos und Grafiken.

Antrag L4.105: Nachhaltiges Merchandising der IGM

Antragsteller*in:	GS Ludwigsburg
Status:	an den Beirat überwiesen
Beschlussempfehlung:	Erledigt durch L4.103
Sachgebiet:	L4. - Die IG Metall in einer neuen Zeit
Sachthema:	L4 Kommunikation & Kampagnen

- 1 Bei der IG Metall wird eine große Vielfalt und Anzahl an verschiedensten Werbemitteln
- 2 eingesetzt. Angefangen bei Textilien wie Caps oder T-Shirts bis hin zu
- 3 Kugelschreibern oder Trillerpfeifen. Viele dieser Werbemittel sind geringwertig und
- 4 haben auch nur eine sehr begrenzte Einsatz- bzw. Lebensdauer. Deswegen landen sie oft
- 5 nach kurzer Zeit im Müll oder werden verloren.
- 6 Die allermeisten dieser Produkte sind „Made in China“ oder hergestellt in anderen
- 7 Ländern mit vergleichbaren, inakzeptablen Umwelt- und Arbeitsbedingungen. Auch
- 8 gewerkschaftliche Tätigkeit ist dort verboten.
- 9 Die IG Metall steht jedoch für die Einhaltung von sozialen und umweltfreundlichen
- 10 Produktionsstandards. Billiglohnländer sollten wir aus sozialen Gründen und aus
- 11 Umweltschutzgründen im Jahr 2023 wirklich nicht mehr unterstützen.
- 12 Wir beantragen, zum einen künftig deutlich weniger Werbemittel wie oben genannt
- 13 einzusetzen. Zudem sollten diese Produkte Schritt für Schritt auf umweltfreundliche,
- 14 nachhaltigere Produkte möglichst „Made in Germany“ (oder zumindest „Made in Europe“)
- 15 umgestellt werden.